

Die Starker-Staat-Show

Nach dem entsetzlichen Mordanschlag in Solingen sitzt der mutmaßlich islamistische Täter in Haft. Die Parteien überbieten sich in Forderungen nach mehr Abschiebungen, mehr Grenzkontrollen, mehr Messerverboten und einem Asylstopp für Syrer und Afghanen. Aber was davon geht überhaupt und was hilft wirklich?

3, 12, 13



Barfuß mit Beinfesseln auf dem Weg zum Bundesgerichtshof: der mutmaßliche Täter des Messerangriffs in Solingen, der sich am Sonntag der Polizei gestellt hatte Foto: Uli Deck/dpa

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Ob Corona, die Grünen oder Terrorismus: Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder prescht immer als Erster voran, wenn die Union Gefahren wittert und vermeintliche Lösungen anbietet. Diesmal fängt er bei sich selbst an und kann als einziger Vorschlagmacher sogar schon ein Ergebnis vorweisen. Ja, es wirkt, sein

Rasiermesserverbot.

Kommentar von **Stefan Reinecke** zu der geplanten Antisemitismusresolution des Bundestages

Eine Zensur findet vielleicht doch statt

Narrativ ist ein Modewort, das gleichermaßen bedeutsam und vage klingt. Zum Narrativ gehört immer etwas Unscharfes. Das deutsche Wort – Erzählung – meint Fiktionales. Um nachzuweisen, dass ein Text oder eine Parole hasserfüllt, rassistisch oder jüdenfeindlich ist, muss man konkrete Beweise vorlegen. Beim Narrativ mit seinen flirrenden Bedeutungsdimensionen mag das leichter gehen.

Es ist kein Zufall, dass das Wort Narrativ im Kern der geplanten Resolution des Bundestages „Nie wieder ist jetzt“ steht. Union und SPD, Grüne und FDP fordern, dass „antisemitische Narrative“ dingfest gemacht werden sollen. Wer überführt wird, soll nicht mehr vom Staat gefördert werden. Das betrifft KünstlerInnen und NGOs.

Das ist wahrscheinlich gut gemeint, aber nicht gut gemacht, ja schädlich. Gerade die Mixtur aus Vagheit und konkreten Aufforderungen, Verdäch-

tiges wenn nicht zu verbieten, so doch faktisch aus dem Kulturbetrieb zu verbannen, öffnet die Tür für eine zensurartige Praxis. Denn wer entscheidet, was ein antisemitisches Narrativ ist? Der Resolutionsentwurf schweigt dazu. Schon jetzt gilt bei Antisemitismusvorwürfen oft „Schuldig bei Verdacht“. Das wird, wenn diese Resolution kommt, zunehmen. Auf die Ängstlichkeit deutscher Kulturbürokratie ist immer Verlass.

Die Berliner Justizsenatorin fordert, dass der Verfassungsschutz künftig antisemitische Narrative amtlich entschlüsseln soll. Das wäre der direkte Weg zum Gesinnungs-TÜV für KünstlerInnen. Dieser TÜV soll auch noch mithilfe der luftigen Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vorgenommen werden, die scharfe Kritik an Israel in die Nähe von Antisemitismus rückt. Eine Zensur findet vielleicht doch statt.

Kurzum: Diese Resolution dient nicht dem Schutz jüdischen Lebens. Sie zwingt eine schwierige, affektgeladene Debatte in ein viel zu enges Korsett. Wo aber, wenn nicht in der Kultur, soll offener Diskurs stattfinden?

Eine Resolution ist kein Gesetz. Aber sie ist auch viel mehr als eine folgenlose Willensbekundung. Die Erklärung des Parlaments 2019 gegen die Israel-Boycott-Bewegung BDS beflügelte eine fragwürdige Verbotspraxis. Gerade das Diffuse, in dem Erlaubtes und Verbotenes schwimmt, ist problematisch. So entsteht ein Klima von Denunziation. Das passt nicht in eine liberale Demokratie. Linke JüdInnen warnen nun in einem offenen Brief, dass diese forsche Einschränkung der Meinungsfreiheit „die Vielfalt jüdischen Lebens ausschließt, die sie zu bewahren vorgibt“. Es gibt kritische Stimmen. Sie sollten gehört werden.

7

Ausgabe Berlin
Nr. 13446
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch

23.467

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



Foto: Robert Michael/dpa

Seriensiegerinnen
Bayerns Männer wurden entthront, dafür spielen jetzt die Frauen dominant
19

Gefahr von allen Seiten

Russische Angriffswelle gegen Ukraine, dubiose Manöver in Belarus
2, 12

Brasilianische Hoffnungsträger

Hehre Ziele, finanzstarke Gegner: Der zähe Kampf der Landlosenbewegung
4-5

steile these

„Die Wälder der Zukunft werden lichter sein, weniger Nadeln haben, mehr Laubblätter“

Jörg-Andreas Krüger,
Präsident des Naturschutzbunds Deutschland (Nabu)
im taz-Interview zum geplanten neuen Waldgesetz

9



20635



Der Teilzeitpolitiker Robert Malorny will die FDP in Sachsen retten

Auch im Wahlkampf ist Robert Malorny nur Teilzeitpolitiker. Der Mann, der die FDP nach zehn Jahren erstmals wieder in den sächsischen Landtag führen will, arbeitet weiterhin in seinem Hauptberuf als Ingenieur bei einem Automobilzulieferer in Pirna. Die Wahrscheinlichkeit, dass Malorny auch nach den Wahlen als Ingenieur weiterarbeiten wird, ist durchaus hoch: Eine Forsa-Umfrage sah die sächsischen Liberalen zuletzt bei 2 Prozent, bei anderen Instituten tauchen die Zustimmungswerte für die Partei gar nicht erst auf.

Der Wahlkampf der FDP ist in Sachsen durch zwei Hypothesen belastet: Da ist einmal die unbeliebte Ampel-Koalition in Berlin, die auch das Image der Liberalen ramponiert. Und andererseits ist da der Parteiaustritt des langjährigen sächsischen FDP-Vorsitzenden Holger Zastrow. Er kehrte der Partei wegen der Politik der Liberalen in der Bundesregierung zum Jahresbeginn den Rücken. Zastrow erzielte seitdem mit einer neuen Gruppe und nationalliberalen Anklängen einen Erfolg bei den Kommunalwahlen in Sachsen. Sie zogen mit 8 Sitzen ins Dresdner Stadtparlament – die FDP um Robert Malorny erlangte dagegen nur 2 Sitze.

Malorny sagt, er orientiere sich nicht an den Umfragen. „Wir geben unser Bestes, wir machen einen unaufgeregten Wahlkampf, der auf Sachlichkeit abzielt“, erzählt er der taz. Dabei sind die Slogans der FDP durchaus zugespitzt. Die Wahlplakate zeigen den 45-jährigen Spitzenkandidaten großflächig mit Forderungen nach einem „Sächsischen Klimawandel“, der als „Politik ohne heiße Luft“ bezeichnet wird. Oder: „Weltoffenheit geht nur mit sicheren Grenzen“.

Was er damit meint? „Wir haben in Sachsen zurückgehende Einwohnerzahlen, natürlich sind wir weltoffen.“ Mit „sicheren Grenzen“ wolle er nicht dauerhafte Grenzkontrollen fordern, sondern meine die Grenzen des Rechts- und Sozialstaats, die es einzuhalten gelte. „Die Hürden, in das Sozialsystem zu gelangen, sind zu klein, die Hürden, in den Arbeitsmarkt zu kommen, sind zu groß.“ Ansonsten hält sich Malorny, dessen Großmutter aus Vietnam stammt, mit steilen Thesen zur Migration eher zurück. „Ich habe schon als Kind gelernt, man soll einen Menschen nach seinen Taten und seinem Verhalten beurteilen und nicht danach, was in seinem Pass als Geburtsort steht.“

Malorny ist in einem Plattenbauviertel im Süden Dresdens groß geworden. Er sagt, die Wendejahre hätten ihn in seiner Auffassung geprägt, dass es keinen Wohlstand ohne Anstrengungen gebe. „Wir haben bei uns in der Familie auch das Thema Arbeitslosigkeit gehabt.“ In seinem Leben sei es immer darum gegangen, fokussiert zu sein und etwas zu leisten.

Seine Laufbahn führte ihn über acht Jahre als Zeitsoldat bei der Heeresluftabwehr der Bundeswehr zu einem Ingenieursstudium. Die Zeit beim Militär habe ihn darin geprägt, Respekt vor allen Menschen zu haben, „die etwas für unseren Staat leisten“. Linke- und Wagenknecht-Positionen, die Bundeswehr abzuschaffen oder aus der Nato auszutreten, bezeichnet er als „befremdlich“. Im Gegensatz zu Sachsens Ministerpräsident von der CDU, Michael Kretschmer, ist Malorny aber auch ein großer Verfechter der Ukrainehilfen.

Dies begründet er vor allem mit Sachsens Lage in Europa: „Wir können es doch nicht hinnehmen, dass vor unserer Haustüre der Stärkere den Schwächeren mit Waffengewalt von der Karte wischen will.“ In Polen und in Tschechien wundere man sich auch über Haltungen von Politikern im benachbarten Freistaat.

Cem-Odos Güler

Koordinierter Raketenangriff

Zahlreiche Regionen in der Ukraine standen am Montag unter massivem Beschuss. Es war einer der größten und längsten russischen Angriffe in diesem Jahr

Aus Kyjiw Marco Zschieck

Russland hat am Montag einen der größten und längsten Raketen- und Drohnenangriffe auf die Ukraine in diesem Jahr verübt. Auch am Nachmittag waren noch russische Kamikazedrohnen im ukrainischen Luftraum unterwegs. Es ist unklar, wie viele der anfliegenden Raketen und Drohnen von der Luftverteidigung abgewehrt werden konnten. Es gab mehrere Tote und Verletzte. Bis Redaktionsschluss war das Ausmaß der Schäden noch nicht absehbar.

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat Russland das Nachbarland mit mehr als 100 Raketen und Marschflugkörpern verschiedener Typen attackiert. Dazu kamen mehr als 100 Shahed-Angriffsdrohnen iranischer Bauart sowie vergleichbare Modelle. Der Massenangriff war wohl koordiniert: Schon nach Mitternacht waren aus verschiedenen Richtungen Drohnen aus Russland in die Ukraine eingedrungen. In Kyjiw gab es gegen 3 Uhr den ersten Luftalarm, gegen 6 Uhr dann den zweiten. Gut eine Stunde später kamen Raketen und Marschflugkörper dazu, die von Flugzeugen aus dem russischen Luftraum abgefeuert wurden. So können sie von der Ukraine nicht aufgehalten werden: Zum einen darf das Land westliche Waffensysteme nicht gegen Basen auf russischem Terri-

torium einsetzen, zum anderen sind sie auch zu weit entfernt.

Der Telegram-Kanal von Kyjiws Bürgermeister Vitali Klitschko berichtete von mehreren Explosionen im Stadtgebiet. Ob es sich tatsächlich um Raketeneinschläge handelte, war noch unklar. „Die Luftverteidigung arbeitet“, heißt es dort. Wenn sie eine Rakete abfängt, geht das in der Regel auch mit einer Explosion einher. In der Hauptstadt dauerte der Luftalarm 7 Stunden und 46 Minuten.

Yulia, die in Kyjiw am östlichen Ufer des Dnipro wohnt, schickte der taz am Vormittag eine Nachricht: „Mir geht es gut. Ich verstecke mich noch immer im Korridor“. Wenn es keinen Luftschutzkeller gibt oder man es nicht mehr dorthin schafft, soll man möglichst einen fensterlosen Raum im Inneren eines Gebäudes aufsuchen. Sie habe mehrere Explosionen gehört. Als es eine weitere Explosion gab, schreibt sie, „Oh mein Gott. Das war nah.“

Ähnliche Meldungen häuften sich den ganzen Vormittag über aus vielen Regionen in der ganzen Ukraine. Angriffe werden unter anderem aus Odessa, Dnipro, Krywyj Rih und Saporischschja gemeldet. Auch in den frontnahen Regionen Sumy und Charkiw im Nordosten gibt es Luftalarm. Die ukrainische Luftwaffe meldete den Anflug ballistischer Raketen in den Regionen Lwiw und Wolyn an der

polnischen Grenze. Dort, in der Stadt Luzk, schlug eine Rakete in ein mehrgeschossiges Wohnhaus ein. Dabei soll es Todesopfer gegeben haben. Die Angriffe galten einmal mehr auch der Energieinfrastruktur der Ukraine. Bei Kyjiw wurde ein Wasserkraftwerk angegriffen. Wie groß der Schaden ist, war am Nachmittag noch nicht klar. In einem Teil Kyjiws setzte für einige Stunden die Wasserversorgung aus, weil die Pumpen nicht mehr funktionierten. In den Metrostationen im Zentrum suchten Tausende Menschen Schutz vor den Luftangriffen.

Die Angriffe galten einmal mehr der Energieinfrastruktur der Ukraine

In Odessa wurde der Tramverkehr eingestellt. Bereits in der Nacht zu Sonntag war in der Stadt Kramatorsk in der Region Donezk ein Hotel bombardiert worden. Ukrainische Quellen sprachen von einer Rakete. In dem Gebäude war auch ein Team der Nachrichtenagentur Reuters untergebracht. Mehrere Journalisten wurden verletzt, ein Sicherheitsberater getötet.

Unterdessen forderte die ukrainische Regierung Belarus auf, seine Truppenkontingente sowie militärische Ausrüstung

von der gemeinsamen Grenze abzuführen. Eine erhebliche Anzahl von Personal, insbesondere Spezialeinheiten, Waffen und militärische Ausrüstung, darunter Panzer, Artillerie, Anti-Flugzeugraketen, Luftverteidigungsausrüstung und technische Ausrüstung seien in der Region Gomel nahe der Nordgrenze der Ukraine aufgeföhren worden. Auch die Anwesenheit von Söldnern der ehemaligen Wagnergruppe sei erfasst worden, heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums unter Berufung auf ukrainische Geheimdienste vom Sonntag. Belarus solle unter dem Druck Moskaus keine tragischen Fehler begehen, forderte die Ukraine. Im Falle einer Verletzung der Staatsgrenze der Ukraine durch Belarus werde Kyjiw alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das in der UN-Charta garantierte Recht auf Selbstverteidigung umzusetzen.

Der Sekretär des belarussischen Sicherheitsrates, Alexander Wolfowitsch, sprach laut Nachrichtenportal Nastrojaschee Vremja von über 17.000 Soldaten, die an der Grenze stünden. Präsident Alexander Lukaschenko hatte den Schritt vor einigen Tagen in einem Interview mit dem russischen Staatsender Rossija 1 damit begründet, dass die Ukraine die 120.000 bereits an der Grenze stationierten Soldaten um weitere aufgestockt habe.

meinung + diskussion 12

Bei einem der schwersten Luftangriffe auf die Ukraine seit Wochen suchen Menschen am Montag in Kyjiw Zuflucht in einer -Bahnhofstation
Foto: Yevhenii Zavorodnii/reuters



taz lage

Der Neue

Ständig ist man irgendwo der Neue. Es beginnt schon mit der eigenen Geburt: Monate, ach was, Jahre gehen drauf, um die anderen in der Familie kennenzulernen. Wer war noch mal Mama, wer Papa? Ist das Opa oder ein anderer sehr alter Mann? Wann gibt es hier was zu essen und wo?

Das geht immer so weiter: im Kindergarten, in der Schule, im Sportverein. Überall, wo man hinkommt, sind schon welche da. Und die, die schon da sind, kennen die Regeln, die

Geschichten von früher und wissen, wo die Toiletten sind.

Seit Mai bin ich neu bei der taz. Gemeinsam mit Luise Strothmann leite ich die wochentaz. Luise beispielsweise ist schon sehr lange bei der taz und kennt jeden, der in der Kantine schon mal einen Löffel fallen gelassen hat. Dabei ist sie noch jünger als ich. Aber das ist auch nicht so schwer, ich bin schließlich schon 49 Jahre alt. Als 49-jähriger muss man sich in der Regel sehr anstren-

gen, um noch einmal irgendwo „der Neue“ zu sein, meistens lebt man ja doch in längst etablierten Verhältnissen.

Jetzt muss ich mich also bei der taz, meinem neuen Arbeitsplatz, etablieren, aber die Kolleginnen und Kollegen machen es mir leicht. Sie geben sich große Mühe, mich nicht spüren zu lassen, dass ich ihnen hin und wieder ganz furchtbar auf die Nerven gehe, weil ich Abläufe nicht kenne oder ganz anders handeln

würde oder immer noch nicht verstehe, was ein TC, ein PC oder ein NC ist.

Mittlerweile finde ich selbstständig den Weg zur Kantine. Ich habe auch keine Angst mehr, etwas kaputtzumachen, wenn ich mit dem Redaktionssystem arbeite. Und irgendwann, vielleicht schon bald, werde ich nicht mehr der Neue sein, sondern einfach nur irgendein Typ, der bei der taz arbeitet. Seit Kurzem.

Matthias Kalle

Drei Tage nach dem wohl islamistischen Anschlag in Solingen mit drei Toten kämpfen noch immer mehrere Menschen um ihr Leben. In der Politik ist derweil die Debatte um die nötigen Konsequenzen entbrannt. Ausgetragen wird diese vor allem auf einer Bühne: dem Asylrecht.

Zwar kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Besuch am Tatort (siehe Text unten) zuvorderst eine schnelle Verschärfung des Waffenrechts an. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte bereits Anfang August angekündigt, das Mitführen von Messern mit einer Klinge länger als sechs Zentimeter sowie Springmessern im öffentlichen Raum verbieten zu wollen. Scholz betonte aber auch: Es müsse geprüft werden, ob „neue Regelungen“ im Abschiebungsrecht nötig seien.

Dass dem so ist, davon ist vor allem die Union überzeugt. Ein mögliches Treffen zwischen Scholz und Merz in dieser Woche wollte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Montag zwar weder bestätigen noch dementieren. CDU-Chef Friedrich Merz forderte in seinem sonntäglichen Newsletter aber schon mal einen ganzen Katalog an weitreichenden Asylrechtseinschränkungen.

Am Freitagabend hatte der 26-jährige Syrer Issa al H. auf dem Fest zur 650-Jahr-Feier der Stadt Solingen mit einem Messer gezielt auf Besucher*innen eingestochen. Drei Menschen starben, acht sind zum Teil schwerst verletzt worden. Al H. kam Ende 2022 nach Deutschland und hätte im vergangenen Juni eigentlich nach Bulgarien überstellt werden sollen, das für seinen Asylantrag zuständig war. Am Tag der Abschiebung trafen die Beamten ihn jedoch nicht an. Er sei jedoch, anders als zunächst kommuniziert, nicht abgetaucht, sagte am Sonntagabend NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). In dem Fall hätte sich die Frist für eine Überstellung auf 18 Monate verlängern lassen. So aber war nach sechs Monaten ganz regulär Deutschland zuständig, und al H. bekam subsidiären Schutz.

Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan müssten möglich sein, forderte Merz nun – nicht zum ersten Mal. In diesem Punkt stimmt er zumindest mit Teilen der Bundesregierung überein: Scholz hatte im Mai nach dem Messerattentat in Mannheim schnelle Rückführungen von Straftätern und Gefährdern nach Syrien und Afghanistan angekündigt. Vom Bundesinnenministerium (BMI) hieß es am Montag, dazu gebe es vertrauliche Gespräche mit mehreren Ländern. Faeser sei überzeugt, dass es Mittel und Wege gebe. Zum genauen Stand der Gespräche gab das BMI keine Auskunft.

Auch SPD-Chefin Saskia Esken hatte diese Forderung am Sonntagabend bekräftigt, die FDP ist sowieso dafür. Am Montag sagte auch Grünen-Chef Omid Nouripour, wer schwere Straftaten begehe, müsse seinen Schutzstatus verlieren: „Mörder und Terroristen sind in diesem Land nicht willkommen“. Das



Tatkraft demonstrieren, Haltung bewahren: Kanzler Scholz mit Ministerpräsident Wüst (3. v.l.) am Montag in Solingen Foto: Thomas Banneyer/dpa

Hart in der Sache

Nach dem Messerangriff in Solingen läuft die Debatte um ein schärferes Asylrecht auf Hochtouren. Regierungssprecher: Grundrecht auf Asyl steht nicht zur Debatte

Aus Berlin **Dinah Riese** und **Anna Lehmann**

grün geführte Auswärtige Amt hingegen schätzt die Lage in Syrien weiterhin als gefährlich ein. Nach Auskunft der UN gebe es Kämpfe in allen Landesteilen, es komme zu schwersten Menschenrechtsverletzungen mit Folter. Laut UN seien Bedingungen für eine sichere Rückkehr derzeit nicht gegeben.

Weitergehenden Forderungen von Merz erteilte die Bundesregierung eine klare Absage. So forderte der CDU-Chef etwa, überhaupt keine Geflüchteten aus Syrien oder Afghanistan mehr aufzunehmen. Die deutschen Grenzen sollten dauerhaft kontrolliert werden, Schutzsuchende sollten dort „konsequent“ zurückgewiesen werden. Zudem forderte Merz für ausreisepflichtige Straftäter einen „zeitlich unbefristeten Abschiebegehwarsam“ – und die Rücknahme der von der Ampel in diesem Jahr beschlossenen Einbürgerungsreform, die unter anderem die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, forderte bei Table Media einen Asylkompromiss zwischen Bundesregierung und Union wie im Jahr 1993. Damals wurde das Grundrecht auf Asyl

im deutschen Grundgesetz fast vollständig abgeschafft, die heute tragenden Regelungen basieren vor allem auf internationalem Recht. „Das brauchen wir jetzt nochmal. Dazu reichen wir die Hand“, sagte Frei.

Regierungssprecher Hebestreit wies am Montag in Berlin darauf hin, dass die Bundesregierung bereits eine massive Wende in der Asylpolitik vollzogen und etwa die Hürden für Abschiebungen gesenkt habe. Abschiebungen würden derzeit nicht an rechtlichen Fragen, sondern an der praktischen Umsetzung scheitern. Das individuelle Grundrecht auf Asyl stehe aber nicht zur Debatte: Er erkenne „keinerlei Bestrebungen der Regierung tragenden Parteien“, an diesem Artikel im Grundgesetz etwas zu verändern. Dieser sei eine zentrale Errungenschaft. Auch einen generellen Aufnahmestopp für Menschen aus Bürgerkriegsländern könne die Union zwar fordern. Dies würde aber gegen das Grundgesetz und die EU-Menschenrechtsverordnung verstoßen.

Sie finde es „bemerkenswert, dass der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Forderungen erhebt, die an unterschiedlichen Stellen das Recht

brechen“, sagte der taz die Grünen-Innenpolitikerin Irene Mihalic. „Ich frage mich ja, ob sich der Vorsitzende einer sich christlich nennenden Partei einmal mit den Kirchen über einen generellen Aufnahmestopp von Afghanen und Syrern unterhalten hat. Wenn nicht, dann sollte er das einmal tun.“ Statt sich in einen „Wettbewerb der Billigkeit mit Populisten“ zu begeben, erwarte sie von der Union ein klares Signal dafür, die Sicherheitsbehörden grundlegend zu stärken. „Die Union erwartet alles von Polizei und Diensten, ist aber nicht bereit, sie entsprechend aufzustellen. Das hat mit gelebter Verantwortung wenig zu tun.“

„Nichts von dem, was gerade diskutiert wird, schafft mehr Sicherheit oder hilft gegen Islamismus“, sagte der taz die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Büniger. „Wir müssen etwas tun, damit Menschen sich nicht dazu entscheiden, anderen Menschen das Leben zu nehmen.“ Momentan erreiche der IS sein Ziel in doppelter Hinsicht: „Menschen wurden getötet, und die Gesellschaft weiter gespalten.“ Die aktuelle Debatte schüre Vorurteile und Rassismus, Geflüchtete würden unter Gene-

ralverdacht gestellt – dabei seien viele von ihnen selbst vor islamistischer Gewalt geflohen. „Das trägt zu islamistischer wie auch rechter Radikalisierung sogar noch bei, statt diese zu verhindern“, so Büniger. „Was ich von der CDU aber nicht höre, sind Forderungen nach mehr Prävention und einer Stärkung der Gesellschaft.“

Viele der Forderungen seien überhaupt nicht realisierbar, kritisierte auch Berenice Böhlo vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV). „Man darf niemanden dorthin zurückschicken, wo ihm Folter, unmenschliche Behandlung oder Menschenrechtsverletzungen drohen“, sagte Böhlo der taz. Ebenso sei es unmöglich, Menschen aus bestimmten Ländern pauschal das Asylverfahren zu verweigern. „Wenn man Merz' Vorschläge umsetzen wollte, müsste Deutschland nicht nur das Grundgesetz ändern und aus der Genfer Flüchtlingskonvention austreten, sondern auch aus der Europäischen Union – denn diese Dinge sind auch in der EU-Grundrechtecharta verankert.“

meinung+diskussion 12, taz zwei 13

solingen

Ringieren um ein bisschen Normalität

In Solingen versuchen Kanzler, Ministerpräsident und Oberbürgermeister am Montag die Bevölkerung zu beruhigen. Rechte Demos angekündigt

Aus Solingen **Yağmur Ekim Çay**

Zum Wochenstart versuchen die Solingerinnen und Solinger ein Stück Normalität wieder zu finden in ihrer Stadt: Nach dem Messerattentat mit drei Toten am Freitagabend sind die Läden in der Innenstadt nun wieder geöffnet, die Straßen haben sich wieder belebt. Besonders voll ist es am Kirchplatz, wo auf einem Stadtfest der Angriff stattgefunden hatte. Hier warten am Montagvormittag etwa 200 Menschen auf den Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), auf Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und auf Solingens Oberbürgermeister Tim Kurzbach (SPD).

Doch die Stimmung ist weiterhin gedrückt: Viele Bürger*innen sind besorgt und wütend. So auch der 28-jährige Masud Masto, der mit seiner Frau und seinem Kind auf den Kanzler wartet. Vor elf Jahren sei er aus Syrien nach

Solingen gekommen, „um genau vor solchen Tätern“ sicher zu sein. Der Anschlag habe ihn tief betroffen gemacht: „Ich bin wirklich besorgt“, sagt er mit Tränen in den Augen. Auch die 80-jährige Ute Bartels will am Montag hören, „was die Politiker zu sagen haben“. Sie ist ebenfalls erschüttert. Der Abend des Anschlags sei sehr schrecklich gewesen: „Wer nicht in Solingen wohnt, kann sich glücklich schätzen“, findet die Rentnerin.

„Gibt auch die Guten“

Der Kanzler trifft etwas später als erwartet ein am Kirchplatz; zunächst hatte es ein Treffen mit dem Oberbürgermeister im Solinger Rathaus gegeben. Dann ging es weiter zum Tatort und zu den Rettungskräften, die am Freitagabend im Einsatz waren. Das Gespräch sei „tief bewegend“ gewesen, betonte Scholz. „Es ist mir ganz wichtig zu sagen: Es gibt immer auch die Guten,

diejenigen, die in solchen Situationen zusammenhalten und versuchen, Menschenleben zu retten.“

Auch Wüst drückte seine Dankbarkeit gegenüber den Einsatzkräften aus, die trotz der schwierigen Lage am Abend des Anschlags hart gearbeitet hätten. „Das waren wirklich tolle Leute im Einsatz. Das sind diejenigen, die uns ausmachen“, ergänzte Scholz.

Gleichzeitig kündigte der Kanzler an, mit „aller Härte und Schärfe“ gegen diejenigen vorzugehen, die „das friedliche Miteinander von Christen, Juden und Muslimen“ gefährdeten. Konkret kündigte er eine Verschärfung des Waffenrechts an, insbesondere was den Einsatz von Messern betrifft. „Es soll und wird ganz schnell passieren“, sagte der Kanzler. Außerdem wolle man, auch durch konsequenteren Vollzug, die Abschiebezahlen weiter erhöhen.

„Ankündigungen alleine werden nicht reichen“, sagte Wüst. Er sprach

sich für mehr Abschiebungen aus, unter anderem „nach Syrien, mindestens in Teilen, und nach Afghanistan“, sowie innerhalb Europas. Dafür brauche es jedoch Behörden, die ausreichend ausgestattet sind, unter anderem mit den nötigen rechtlichen Befugnissen.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass es ein langer Weg sein werde, wieder ein Stück Normalität zurückzugewinnen, aber: „Wir werden uns nicht unterkriegen lassen“, so Wüst und erinnerte an den rassistischen Brandanschlag 1993 in Solingen, bei dem eine türkischstämmige Familie starb: „Diese Stadt weiß wie keine andere, wie lange so ein Weg ist, auch wieder unbeschwert zu sein.“

Wüst warnte auch vor den Demonstrationen in Solingen und riet dringend davon ab, das Geschehene „zu instrumentalisieren und diese Stadt erneut zur Bühne aggressiver politischer Kundgebungen zu machen“. „Lasst die

Menschen und die Stadt ein Stück zur Ruhe kommen“, forderte er.

Auch der Solinger Bürgermeister Tim Kurzbach appellierte am Montag: „Lasst uns zur Ruhe kommen.“ Es gehe jetzt nicht nur um Solingen, „sondern unser Land“. Die Debatten sollten nicht „auf dem Rücken der Menschen dieser Stadt ausgetragen werden“, betonte der Bürgermeister. „Deswegen rufe ich noch einmal dazu auf, Respekt vor den Menschen dieser Stadt zu zeigen“. Man sei in Solingen gerade erst dabei, zu realisieren, was hier alles geschehen sei. „Wir sind noch lange nicht durch mit dem Schrecken der Ereignisse“, so der Bürgermeister.

Für den Montagabend sind in Solingen Kundgebungen des sogenannten „Solinger Widerstands“ angekündigt, einer Gruppe von Impfgegner*innen und Rechtsextremen. Auch Gegendemonstrationen sind angemeldet.



Grüne Oase der Nachhaltigkeit: Im Camp Jaci Rocha betreibt die Landlosenbewegung eine Schule für Agrarökologie

Wandel durch Anbau

Seit 40 Jahren kämpft die brasilianische Landlosenbewegung MST für eine faire Verteilung von Land und Ökolandbau. Und macht sich damit mächtige Feinde. Ein Besuch in zwei Camps

Aus Marielle Vive und Jaci Rocha **Philipp Lemmerich** (Text und Fotos)

Júlia Cécilia ist eine zierliche Frau, die seit einer Krebserkrankung im Rollstuhl sitzt. Doch wenn sie an den entscheidenden Moment im Jahr 2018 zurückdenkt, als für sie ein neues Leben begann, richtet sie sich stolz auf.

„Als wir hier ankamen, waren die Polizei und der Präfekt bereits vor Ort. Sie stoppten unsere Busse, aber wir gingen zu Fuß weiter“, erzählt sie. „Ich war die erste Person, die die Flagge der Bewegung direkt vor den Polizisten hisste.“

Wir befinden uns im Camp Marielle Vive, einer Siedlung der brasilianischen Landlosenbewegung MST („Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra“) im hügeligen Hinterland von São Paulo. Das Camp trägt den Namen der 2018 ermordeten Politikerin Marielle Franco, deren Tod viele dem rechtsextremen Lager um Ex-Präsident Jair Bolsonaro zuschreiben – denn als linke Stadträtin von Rio de Janeiro kämpfte sie gegen Polizeigewalt und Diskriminierung und wurde dadurch zur Zielscheibe für rechtsextreme Milizen und ihre politischen Verbündeten. Hier im Camp ist ihr Name ein Symbol des politischen Widerstands gegen die immense wirtschaftliche Ungleichheit im Land.

Die großen roten Fahnen sind unübersehbar. Darauf abgebildet: Ein Mann, der eine Machete schwingt. „Die Flagge leitet uns“, sagt Júlia. Seit der Besetzung vor sechs Jahren leben rund 300 Familien auf einer 30 Hektar großen Fläche, auf der ursprünglich Luxuswohnungen entstehen sollten. Doch der Eigentümer ließ das Land jahrelang brachliegen. MST-Aktivist*innen vermuteten Bodenspekulation und organisierten im April 2018 die Besetzung.

Die Landlosenbewegung MST wurde vor 40 Jahren im Bundesstaat Paraná gegründet und zählt heute schätzungsweise 1,5 Millionen Mitglieder, die auf etwa 2.000 Siedlungen im ganzen Land verteilt leben. Ihre wichtigste Forderung: eine umfassende Agrarreform. Wie in vielen Ländern Lateinamerikas ist auch in Brasilien das Landeigentum extrem ungleich verteilt. 10 Prozent der Landeigentümer besitzen etwa 75 Prozent der Fläche, die meisten von ihnen Großgrundbesitzer und internationale Agrarunternehmen. Ihnen gegen-

über stehen Millionen von Kleinbauern und Landarbeitern, die keinen Zugang zu Anbauflächen haben. Viele von ihnen haben Armut und Verelendung erlebt und sind mangels Alternativen in die großen Ballungsgebiete gezogen.

Auch Júlia Cécilia hat schwere Zeiten hinter sich. Sie sitzt heute im Rollstuhl, weil sie mit Pestiziden vergiftet wurde, erzählt sie. „Fast meine ganze Familie ist daran gestorben.“ Ihr Vater sei Kleinbauer gewesen, und ihre Familie habe in der Nähe von Sojaplantagen gelebt, auf denen regelmäßig Pflanzengifte versprüht wurden. Es habe Jahre gedauert, bis sie die Todesfälle mit dem Einsatz von Pestiziden in ihrer Umgebung in Verbindung gebracht habe, sagt Júlia heute. Auch ihre eigene Krebserkrankung führt sie darauf zurück.

Brasilien ist der weltweit größte Importeur von Pestiziden. Es sind auch Stoffe zugelassen, produziert von deutschen Unternehmen wie Bayer, die wegen ihrer Gefahr für die menschliche Gesundheit in der EU längst verboten sind. Deshalb wirkt Júlias Geschichte plausibel, auch wenn sie sich nicht nachprüfen lässt. „Deshalb kämpfe ich nicht nur für Agrarreform, sondern auch gegen Pestizide und für eine gesunde Ernährung.“ Das MST-Camp bietet Júlia eine gelebte Alternative: biologische Standards, Selbstversorgung, Basisdemokratie. Ein kollektiver Gegenentwurf zu Privateigentum, das sich in den Händen einiger weniger konzentriert. Wie Júlia haben auch viele andere Bewohner Armut und Verelendung erlebt. Das Camp ist für sie ein Neuanfang, eine zweite Chance.

Es gibt gute Gründe für eine Landreform in Brasilien, und dennoch löst der Begriff bei vielen Alarmglocken aus. Es klingt nach Umsturz und Revolution, nach einem massiven Eingriff des Staates in die Eigentumsrechte. Doch in Wirklichkeit beruft sich das MST mit seinen Besetzungen auf die brasilianische Verfassung von 1988. In Artikel 184 heißt es: Ländereien, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden und keine soziale Funktion erfüllen, dürfen enteignet werden – wobei die soziale Funktion bedeutet, dass das Land produktiv genutzt wird, Umwelt- und Arbeitnehmersetze einhält und zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft beiträgt.

Für Júlia Cécilia hat das Leben neu begonnen, als sie nach Marielle Vive kam. Seit einer Krebserkrankung, die sie auf den Gebrauch von Pestiziden zurückführt, sitzt sie im Rollstuhl



Und dieser Verfassungsgrundsatz wird auch angewandt. Seit 30 Jahren findet in Brasilien eine Landreform statt. Zwar keine revolutionär-umstürzlerische, sondern eine stetige, langsame. Es gibt sogar eine eigene nationale Behörde für die Umsetzung der Landreform, die Incra.

Doch Brasilien ist ein riesiges Land, und es ist unmöglich, alle unproduktiven Ländereien zu überprüfen. Deshalb sei die Incra auf die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen wie dem MST angewiesen, erklärt Maria Rosilene, Direktorin für ländliche Entwicklung bei der Incra. „Die Kleinbauern, die Landarbeiter brauchen Anbauflächen. Sie können nicht abwarten, bis der Staat gegen unrechtmäßige Besitzverhältnisse einschreitet.“

Was vielversprechend klingt, ist in Wahrheit oft ein quälend langer Prozess. Bis die Prüfung durch die Incra abgeschlossen ist und besetzte Flächen legalisiert werden, vergehen meist einige Jahre. Erst dann wird der ursprüngliche Besitzer entschädigt, erst dann haben die Bewohner der Camps die Sicherheit, dass sie auch dort wohnen und arbeiten dürfen, wo sie sich eingerichtet haben.

Bei Marielle Vive ist dies noch nicht geschehen. „Hier gab es kein Trinkwasser“, erzählt Cíntia, die sich im Leitungskreis engagiert. „Wir haben die Stadtverwaltung immer wieder aufgefordert, uns Zugang zu Wasser zu ermöglichen.“ Bei einer Demonstration, die die Campbewohner organisiert hatten, fuhr ein Auto in die Menge, ein Mensch starb. „Erst danach hat die Verwaltung eingelenkt und schickt uns seitdem vier Wassertankwagen pro Woche.“

Solange das Camp nicht legalisiert ist, gehört das Land den Bewohnern nicht. Sie dürfen keine Genossenschaften gründen, um ihre Produkte zu vermarkten, und das bedroht ihre Existenz. Während der Amtszeit von Ex-Präsident Jair Bolsonaro wurde das Budget der Incra heruntergefahren und die Legalisierung von MST-Camps gestoppt. Seit dem Amtsantritt des linken Präsidenten Lula da Silva Anfang 2023 hat sich die Lage etwas verbessert. Die Bewohner von Marielle Vive sind mittlerweile zumindest bei der Incra registriert.

Am Ende eines staubigen Weges, an dessen Rand sich Wellblechhütten säumen, liegt der Gemüsegarten des Camps. Die Mittagssonne brennt unerbittlich, nur im Schatten der Bäume ist es aus-

zuhalten. Edilei, ein freundlicher Mann Ende 40, ist einer der Gärtner hier. „Wir hatten schon über 2.000 Maniokpflanzen. Aber wir bauen auch Heilmittel und fast jede Art von Gemüse an.“

Auch Edilei ist auf die konventionelle Landwirtschaft nicht besonders gut zu sprechen. „Ihnen geht es nur um Profit, Profit und wieder Profit.“ Welche Auswirkungen der Einsatz von „Gift“, wie alle hier sagen, also von Herbiziden und Pestiziden, auf die Gesundheit der Menschen habe, sei den großen Agrarunternehmen herzlich egal, meint er.

Brasilien ist in den letzten Jahrzehnten zu einem Eldorado für nationale und internationale Agrarkonzerne geworden, vor allem beim Anbau von Cash Crops wie Soja oder Mais, angebaut in riesigen Monokulturen, winken hohe Gewinne. Heute ist Brasilien bei vielen Agrarprodukten der größte Exporteur weltweit. Die kleinteilige Subsistenzwirtschaft wie hier im MST-Camp ist dazu ein starker Kontrast. „Wir wollen Produkte ohne Gift liefern“, sagt Edilei. Und: Das Wissen über ökologische Anbaumethoden soll sowohl an Campbewohner als auch die angrenzenden Communities weitergegeben werden.

Das sind ambitionierte Pläne. Bislang können sich die Bewohner von Marielle Vive noch nicht vollständig selbst versorgen und haben oft Jobs in der nahegelegenen Stadt Campinas. In Zukunft wolle man aber sogar umliegende Gemeinden mit gesunden Lebensmitteln beliefern, sagt Edilei selbstbewusst.

Einer, der Edilei regelmäßig beim Gärtnern unterstützt, ist Gilmar. Er lebt einen Steinwurf vom Gemüsegarten entfernt mit seiner Familie in einer Wellblechhütte. Drinnen ist es zur Mittagszeit noch heißer als draußen, ein klapperiger Ventilator sorgt für etwas Wind. Gilmar, ein warmherziger Mann um die 50, lässt sich davon nicht beeindrucken, holt einen Berimbau, ein traditionelles Saiteninstrument, aus einer Ecke und beginnt ein Lied über die Vorzüge der Landlosenbewegung zu singen: „Land zum Arbeiten, Früchte zum Ernten, das Volk arbeitet für den MST.“

In der Stadt habe er ständig mit hohen Mietkosten zu kämpfen gehabt, erzählt er später. „Überleben war eine tägliche Herausforderung. Ich habe manchmal auf Dinge verzichtet, die ich dringend brauchte, nur um die Miete bezahlen zu können.“ Als er vom Camp Marielle Vive hörte, sei er einfach mal vorbeigekommen. „Und dann haben sie mich tatsächlich aufgenommen“, erinnert er sich.

Ein Wendepunkt in Gilmars Leben, so sieht er das heute. Miete muss er keine mehr bezahlen, dafür hilft er bei der Selbstversorgung, hat ein eigenes Häuschen und eine kleine Solaranlage auf dem Dach, die seine Familie rund um die Uhr mit Strom versorgt. Besonders stolz ist Gilmar auf seine Arbeit als Capoeira-Lehrer mit den Jugendlichen im Camp. „Capoeira bietet Kultur, Kunst, Freizeit und körperliche Erziehung in einem. Es ist eine umfassende Ausbildung für die Jugendlichen.“

Marielle Vive ist für Gilmar mehr als nur ein Wohnort. Es ist eine Gemeinschaft, die ihm Sicherheit und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung bietet. „Es ist ein großes Gefühl von Freiheit“, sagt er.

Mit dieser Mischung aus nachhaltiger Landwirtschaft und gemeinschaftlichem Leben hat sich die Landlosenbewegung MST viele Feinde gemacht. Besonders für die extreme Rechte und die Agrarindustrie ist der MST ein rotes Tuch. Immer wieder werden Aktivisten gewaltsam angegriffen.

„De Olho nos Ruralistas“, eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, hat in einer Studie die Verbindungen zwischen bewaffneten Gruppen, großen Agrarunternehmern und der politischen Rechten analysiert. Besonders im Fokus: Die „Frente Parlamentar da Agropecuária“ (FPA), auch bekannt als „Agrar-Fraktion“ – ein parteiübergreifender rechter Zusammenschluss, der mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Bundesparlament hinter sich vereint. Führende Mitglieder der FPA erhielten direkte finanzielle Unterstützung durch Agrarunternehmen, so die NGO. Im Gegenzug profitierten die Unternehmen von gelockerten Umweltauflagen oder vereinfachtem Zugang zu landwirtschaftlichen Krediten.

Was die Agrar-Fraktion vereint, ist der Hass auf die Landlosenbewegung. Im vergangenen Jahr wurde von rechten Abgeordneten ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss initiiert, um den kriminellen Charakter des MST zu beweisen. Einer, der als Experte geladen war, ist Xico Graziano. Publizist und Ideengeber im konservativen Lager. Er argumentiert, der MST habe zum Zeitpunkt seiner Gründung vor 40 Jahren tatsächlich viele Missstände angesprochen, doch sei das lange her. Angesichts der Entwicklungen in der Agrarwirtschaft habe der MST längst seinen Sinn verloren. „Inzwischen hat sich der Großgrundbesitz gewandelt. Riesige Flächen, die früher brachlagen, werden heute landwirtschaftlich genutzt.“ High-Tech-Landwirtschaft brauche keine Landreform.

Bernardo Mançano, Professor für Geografie an der staatlichen Universität São Paulo, sieht das anders. Er beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem MST und hält ihren Ansatz, Subsistenzwirtschaft zu betreiben, für alles andere als rück-

ständig. Denn während große Agrarkonzerne in erster Linie für den Export produzierten, landeten die Erträge von Kleinbauern auf dem Teller der Brasilianer. „Bäuerliche Landwirtschaft, das Sich-selbst-versorgen, löst das Hungerproblem und das Klimaproblem“, ist sich Mançano sicher.

In jedem Fall ist die Fläche, um die es hier geht, enorm: Im Zuge der Landreform wurden in Brasilien 80 Millionen Hektar Land umverteilt, das entspricht knapp 10 Prozent der Gesamtfläche des Landes. Der konservative Graziano kritisiert, dass die Regierung viel Geld ausbebe, ohne ausreichend zu prüfen, was in den MST-Siedlungen tatsächlich passiere, ob überhaupt Ackerbau betrieben würde und die Ländereien nicht längst vererbt worden seien. „Brasilien hat in den letzten 30 Jahren fast 100 Milliarden Dollar für das Agrarreformprojekt ausgegeben. Doch mit welchem Ergebnis?“ Die Regierung solle lieber die Agrarwirtschaft stärker unterstützen, die fast ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

Maria Rosilene von der Incra kann diese Argumente nicht nachvollziehen. „Land ist keine Ware wie jede andere. Und Produktivität ist nicht das wichtigste Kriterium“, sagt sie. Die Landreform sei in der brasilianischen Verfassung verankert, und jeder habe das Recht, sich auf der Grundlage der Agrarreform anzusiedeln.

Verfassungsfragen sind das eine, die Realität das andere. Und die ist in Brasilien immer stärker vom Klimawandel geprägt. Dürren und Überschwemmungen häufen sich, zuletzt im Süden des Landes mit vielen Todesopfern (s. Spalte). Die riesigen Monokulturen, auf denen Cash Crops wie



Mais oder Soja industriell angebaut werden, sind besonders anfällig. Sie entziehen den Böden viel Wasser und sind nur mit viel Dünger und Pestiziden ertragreich.

Der MST will gegensteuern. Landreform gleich Umweltschutz, so die Devise der Aktivisten. Was das konkret bedeutet, lässt sich im Bundesstaat Bahia besichtigen, im Nordosten Brasiliens. Zwischen vertrocknetem Weideland und endlos wirkenden Eukalyptusmonokulturen ist die MST-Siedlung Jaci Rocha schon von Weitem erkennbar – als grüne Oase. Die Landlosenbewegung experimentiert hier mit nachhaltigen Anbaumethoden und Agroforst, also der gleichzeitigen

„Bäuerliche Landwirtschaft, das Sich-selbst-versorgen, löst das Hungerproblem und das Klimaproblem“

Bernardo Mançano, Professor für Geografie an der Universität São Paulo

Kultivierung von Nutzpflanzen und Bäumen, die Schatten spenden und die Bodengesundheit stärken. Zwischen einheimischen Bäumen wachsen Kaffee, Pfeffer und Maniok.

30.000 Hektar umfasst die Siedlung. Das MST hat sie 2009 besetzt, und schon seit Jahren ist sie von der Incra legalisiert. Verglichen mit dem Camp Marielle Vive sieht die Siedlung hier völlig anders aus: Die gut 200 Familien, die hier leben, wohnen in befestigten Wohnhäusern, haben eigene Flächen, die sie bewirtschaften, können sich mit den Erträgen selbst versorgen. Platz für neue Familien ist rar, wie in den meisten MST-Camps gibt es auch hier schon lange einen Aufnahmestopp.

Ein paar Hundert Meter einen Hügel hinab steht der Neubau der Schule für Agrarökologie „Egidio Brunetto“, die die Bewegung hier betreibt. Camilo, ein Mittdreißiger, der eigentlich aus Argentinien stammt, hat hier eine Ausbildung als Techniker für Agrarökologie und Agroforst durchlaufen. „Die Bewegung hat in mich investiert, die Ausbildung war völlig kostenfrei. Ich bin sehr dankbar dafür“, erzählt er.

Camilo wuchs in Bariloche in Patagonien auf, entdeckte schon früh seine Liebe zur Natur. Mit Mitte 20 kam er nach Rio de Janeiro, und erst während der Pandemie zog er mit seiner damaligen Ehefrau nach Bahia aufs Land. Als die Beziehung zerbrach, lud ihn einer seiner Freunde in die MST-Siedlung ein. „Camilo, auch du bist ein Landloser, du weißt es nur nicht“, habe sein Freund ihm damals lachend zugerufen, so erinnert sich Camilo heute.

Camilo beschäftigt sich intensiv mit Agrarökologie, mit nachhaltigen Anbaumethoden, aber auch mit der Landfrage und Privateigentum generell. „Es geht nicht nur um Brasilien oder Argentinien. Es ist ein Problem in ganz Lateinamerika“, erklärt er. Die Ungleichheit im Land sei eine strukturelle Fortsetzung des Kolonialismus, meint er. „Und dabei geht es nicht nur um die Landwirtschaft, sondern darum, wie lokale und indigene Kulturen überleben können.“ Kulturen, die viel über das Zusammenleben mit der Natur wüssten und die wir für die Lösung unserer ökologischen Krisen dringend bräuchten. „Land sollte kein Privateigentum sein, sondern ein Gemeingut, um das wir uns zusammen kümmern kön-

nen.“ Die MST-Siedlungen sind für Camilo, ähnlich wie die indigenen Schutzgebiete Brasiliens, ein Gegenentwurf zu Privateigentum und damit auch ein Weg, die langen Schatten des Kolonialismus zu überwinden.

Mit schnellen Schritten überquert Camilo das Gelände der Schule. In wenigen Tagen wird er hier seinen ersten Kurs als Dozent halten. „Ich bin schon ein bisschen nervös“, erzählt er lachend.

In einem der Klassenräume haben sich 30 Studenten versammelt. Erst tragen einige ein kleines Theaterstück vor, dann beginnen alle gemeinsam zu singen. Die Stimmung ist ausgelassen. „Jeder Morgen beginnt so“, erklärt Camilo. Es ist ein gemeinsames Ritual, die *mística*. „Einer der Ursprünge des MST ist die Befreiungstheologie. Das sieht man hier. So beginnt unser Tag. Wir erinnern uns daran, wo wir herkommen und warum wir hier sind. Es ist ein kollektiver Moment, und für mich hat es etwas Magisches“, meint Camilo.

Ein paar Hundert Meter weiter lebt Valdedi, eine freundliche Frau in ihren Fünfzigern. Sie ist Lehrerin an der Schule für Agrarökologie und bewirtschaftet gemeinsam mit ihrem Mann eine Parzelle Land. Seit 2017 lebt sie in der MST-Siedlung und kann sich kein anderes Leben mehr vorstellen. „Hier habe ich Platz. Alles ist offen und frei. Die Tatsache, dass ich Menschen in der Nähe habe, denen ich vertraue, gibt mir ein Gefühl von Sicherheit“, sagt sie. Stolz zeigt Valdedi die Obstbäume und einheimischen Gemüsesorten, die sie hier anbaut – alles ohne Pestizide. Es ist ihr Beitrag zum „Nationalen Plan“, den das MST ausgerufen hat. Bis 2030 sollen 100 Millionen Bäume gepflanzt werden, 25 Millionen sind es schon heute. Der MST hat sich damit recht geräuschlos an die Spitze der ökologischen Bewegung in Brasilien gesetzt.

Valdedi ist überzeugt davon, dass das der richtige Weg ist. „Ich glaube sehr daran, dass wir Agrarökosysteme schaffen müssen. Produzieren ja, aber innerhalb von Ökosystemen. Wir müssen der Natur ihren Platz einräumen. Und der Agroforst ist unser Weg, um diesen Wandel zu erreichen.“

„Krieg gegen das Feuer“

In Brasilien toben heftige Waldbrände. Keiner davon hat eine natürliche Ursache

Von Sunny Riedel

In Brasilien ist der menschengemachte Klimawandel derzeit an vielen Orten des Landes zu riechen – und zu sehen. Denn die Rauchschwaden der rund 3.500 Brände, die derzeit im bevölkerungsreichsten Bundesstaat São Paulo wüten, sind auch aus der Ferne sichtbar.

Es sind die schwersten Waldbrände in einem August seit Beginn der Aufzeichnungen von 1998. Das zeigen Satellitendaten des Nationalen Instituts für Weltraumforschung INPE. Laut Medienberichten starben am Freitag zwei Menschen bei dem Versuch, das Feuer zu bekämpfen, Hunderte mussten ihre Häuser verlassen. 48 Städte riefen die höchste Alarmstufe aus, 15.000 Feuerwehrleute sind im Einsatz, dazu unzählige freiwillige Helfer.

Gleichzeitig ermitteln die brasilianischen Behörden. Denn bislang sei keiner der Brände auf natürliche Ursachen zurückzuführen, sagte Präsident Lula da Silva am Sonntag in den sozialen Medien. „Das bedeutet, dass es Menschen gibt, die illegal Brände legen“, stellte Lula fest. Brasiliens Umweltministerin Marina Silva sprach von einem „Krieg gegen Feuer und Kriminalität“. Am Montag verkündete der Gouverneur von São Paulo, Tarcísio de Freitas, man habe bislang drei verdächtige Personen festgenommen.

Illegale Brandrodung kommt in Brasilien häufig vor. Abgeholzte Flächen werden angezündet, um neue Weiden sowie Ackerland für den lukrativen Sojaanbau zu schaffen. Doch der Klimawandel verstärkt die Gefahr einer Ausbreitung des Feuers. In diesem Jahr leidet Brasilien erneut unter hohen Temperaturen und einer extremen Dürre – wie schon 2023.

Auch im Amazonasgebiet gibt es derzeit schwere Brände. In Manaus sei der Pegel des Flusses Rio Negro, einer wichtigen Verkehrsader in der Region, auf ein Rekordniveau gesunken, berichten örtliche Medien. Hunderte von indigenen Siedlungen und Ortschaften seien nahezu isoliert und die Kosten für manche Lebensmittel um bis zu 100 Prozent gestiegen. Im Pantanal, dem weltweit größten Feuchtgebiet im Süden des Landes sowie in der nördlichen Savannenregion Cerrado brannte es zuletzt im Juni, lange bevor die eigentliche Waldbrandsaison begonnen hat.

Doch es ist nicht nur das Feuer, das Brasilien seit zwei Jahren fast ununterbrochen zusetzt. Erst im Mai versank nach tagelangen Regenschauern die halbe Millionenstadt Porto Alegre in den Fluten des über die Ufer getretenen Flusses Guaíba, 117 Menschen starben, Hunderttausende wurden obdachlos. Eine Jahrhundertkatastrophe. Doch zu einem Umdenken in weiten Teilen von Politik und Wirtschaft hat auch das bislang nicht geführt.

Edilei ist Gärtner in Marielle Vive. Den großen Agrarunternehmen wirft er vor, nur an Profit interessiert zu sein – und Gesundheitsrisiken beim konventionellen Anbau zu ignorieren

autobahnwetter

Freund, Helfer, langer Arm des Fundbüros: Ein Autofahrer sorgte bei Rosenheim für eine Sperrung der A8, weil er nach einer Rast seinen Geldbeutel auf dem Fahrzeugdach liegen ließ und anschließend gen Urlaub ins Gaspedal trat. Als er bemerkte, dass er seine Reisekasse verfahren hatte (500 Euro in bar), rief er die Polizei. Die sperrte prompt die Autobahn und half beim Einsammeln des Geldes, das auf 1,5 Kilometern verteilt lag. Die taz wünscht einen actionreichen Urlaub mit super Wetter. Rosenheim: 25 Grad, bewölkt.



BSW bekommt weiteren Zulauf

Linken-Staatssekretär läuft zur Wagenknecht-Partei über

Nächster Abgang bei der Linkspartei: Friedrich Straetmanns, Staatssekretär für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern, hat seinen Übertritt zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) angekündigt. „Die Linke hat politische Kernthemen wie das Thema ‚Frieden‘ aufgegeben“, begründete der 63-jährige Bielefelder seine Entscheidung. Außerdem beklagte er „unrealistische Migrationsforderungen“ und die „Kritikunfähigkeit“ der Parteiführung. Das BSW überzeuge ihn hingegen „mit einer schnörkellosen, sprachlich klaren Orientierung auf die Politikziele, die meine Grundüberzeugungen darstellen“.

Straetmanns saß von 2017 an vier Jahre lang für die nordrhein-westfälische Linkspartei im Bundestag. Aufgrund zu schlechter Listenplatzierung verpasste der Jurist 2021 den Wiedereinzug und wurde kurz darauf überraschend zum Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern ernannt. Mitglied der Linken war er seit der Gründung 2007, zuvor gehörte er 20 Jahre der SPD und dann der kurzlebigen WASG an.

Das BSW begrüßte erwartungsgemäß die Entscheidung Straetmanns. Sie kenne ihn „als ausgesprochen fähigen Juristen und guten Politiker“, sagte Parteichefin Wagenknecht dem Nachrichtenportal t-online. „Weitere vernünftige und kluge Köpfe aus meiner früheren Partei werden folgen“, twitterte der BSW-Europaabgeordnete Fabio De Masi.

Weniger begeistert zeigte sich hingegen der Linken-Vorsitzende Martin Schirdewan. Er halte Straetmanns für einen „Charakterzwerg“, sagte Schirdewan am Montag in Berlin und forderte ihn zum Rücktritt auf. Bislang noch nicht öffentlich geäußert hat sich Landesjustizministerin Jacqueline Bernhardt von der Linken, die ihren ex-linken Staatssekretär auch einfach entlassen könnte. *Pascal Becker*

Auch fürs Daddeln: Laut den Wissenschaftler:innen ist bei Jugendlichen Aufklärung ohne Bevormundung gefragt
Foto: Eugenio Marongiu/imagio

Erstwähler:innen leben im Widerspruch

In einer Studie wurden Erstwähler:innen nach ihren politischen Vorstellungen befragt. Sie halten Widersprüche aus und stehen Migration kritisch gegenüber

Von Louise Ringel

Die klassische Einordnung des politischen Spektrums in links und rechts hat für junge Menschen offenbar keine Relevanz mehr. 26 Prozent lehnen eine solche Zuschreibung sogar ab, ergab die am Montag vorgestellte „Jugendwahlstudie 2024 Ost“ des Augsburger Instituts für Generationenforschung. So ordneten sich zwar 33 Prozent der befragten Erstwähler:innen der politischen Mitte zu, 17 Prozent dieser Gruppe aber wollten die AfD und 18 Prozent das BSW wählen.

Die Macher:innen der Studie sehen, dass es eine neue Generation von Erstwähler:innen gibt. Für sie seien Bewegungen, zu denen das BSW, die AfD, Volt und die Tierschutzpartei zählen, interessanter als die etablierten Parteien. Auch lasse sich der große Zuspruch für die AfD und das BSW nur schwer mit „Protestwählen“

erklären, betonten die Studienmacher:innen.

So gaben 74 Prozent der Befragten an, sie würden ihre präferierte Partei wegen der „inhaltlichen Positionen“ wählen. Nur 16,1 Prozent wollen bei der Wahl einen „Denkzettel“ verteilen. 41 Prozent glaubten zudem, dass „einfache Menschen“ der Regierung egal seien, 32 Prozent vertraten sogar die Haltung, dass die Regierung gegen die Bevölkerung arbeite.

Viele Erstwähler:innen wünschen sich, dass der Staat mehr eingreift und lenkt. Sie sehen viel mehr eine Bringschuld beim Staat als die Notwendigkeit zum eigenverantwortlichen Handeln. „Das Gefühl eines eigenen Handlungsspielraumes ist viel geringer als bei Erstwählern vor fünf Jahren“, sagt Rüdiger Maas, Leiter der Studie.

Auf der anderen Seite haben Jugendliche Angst davor, dass der Staat zu stark in ihr Leben eingreift. Das mache ein Span-

nungsfeld für junge Menschen auf.

Wenige Tage und Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am Sonntag und in Brandenburg am 22. September haben die Studien-

„Das Gefühl eines eigenen Handlungsspielraumes ist viel geringer als bei Erstwählern vor fünf Jahren“

Rüdiger Maas, Studienleiter

macher auch eine klassische Wahlumfrage unter den 16- bis 25-jährigen durchgeführt. Demnach würden im Osten 19 Prozent AfD wählen (Westen: 9 Prozent), 13 Prozent CDU (Westen: 19 Prozent), 12 Prozent die Linke (Westen: 5 Prozent), 11 Prozent BSW (Westen: 7 Prozent), 9 Prozent Grüne (Westen: 16 Prozent),

9 Prozent Volt (Westen: 8 Prozent) und 5 Prozent SPD (Westen: 13 Prozent). Für die Studie wurden in einem dreistufigen Verfahren über 1.000 Personen quantitativ oder qualitativ befragt. Die Mehrheit der Befragten kam aus Ostdeutschland.

Die Wissenschaftler:innen fordern Aufklärung, offene Räume für intergenerationalen Austausch ohne Bevormundung und die bewusste Reduktion digitaler Medien. Außerdem wünschen sie sich, dass die analogen Kompetenzen und Medienkompetenzen von jungen Menschen gestärkt werden. Sie betonen, dass die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung wichtig für das Erleben von Selbstwirksamkeit sei.

Bei den letzten Wahlen, den Europawahlen, haben 16- bis 24-jährige mit 28 Prozent am stärksten Kleinstparteien gewählt. Danach kamen konservative und rechtsextreme Parteien. *(mit epd)*



brief des tages

„Der Westen“ ist reich?

„Der Ostdeutsche ist abgehängt“, wochentaz vom 24. 8. 24

Ich habe früher in Schleswig-Holstein gelebt, und dort waren die Löhne und Gehälter gleich hoch oder niedrig wie in Ostdeutschland. Eine Freundin lebt in Duisburg und auch da ist das Lohnniveau jammervoll. Es gibt noch mehr Beispiele. Ich bin jetzt Rentnerin und lebe in Bremen. Es ist ein Fehler, sich mit den Metropolen zu vergleichen, wo das Lohnniveau wirklich hoch ist. Dafür sind Wohnungen dort absolute Mangelware und noch viel teurer. Die Statistik stellt idiotischerweise immer Ost und West gegenüber, aber der sogenannte Westen ist viel größer als der sogenannte Osten, und die großen Einzugsgebiete, zum Beispiel der Autoindustrie, sind (fast) alle im Westen. Glauben Sie mir, auch Westdeutsche sind abgehängt, wenn man es so nennen will. Ich will das aber nicht. Vielleicht ist das der große Unterschied? Wie lange wollen wir noch Ost und West gegenüber und gegeneinander stellen? Auch hier im Westen leben die wenigsten im Bauhaus-Eigenheim mit Pool. Ich habe immer die Sorge gehabt, dass der Osten denkt, im Westen leben alle wie in irgendwelchen Werbespots. Tun wir nicht, versichere ich Ihnen. *Christine Litza, Bremen*



„Geht demokratisch wählen!“

Tausende Menschen haben in Dresden, Leipzig und Erfurt am Sonntag gegen Rechtsextremismus protestiert. Einige Redner sagten aus Angst vor dem befürchteten Rechtsruck und der AfD ab

Aus Dresden **Michael Bartsch**

Die Zählung der Teilnehmer an der Dresdner Großdemonstration „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“ allein rechtfertigt noch keinen Optimismus hinsichtlich des Ausgangs der Landtagswahlen in Sachsen am 1. September. Der Theaterplatz vor der Semperoper war in der Vergangenheit schon dichter gefüllt, zur Künstlerdemo am 19. November 1989 etwa, bei rechtsextremen Pegida-Demos oder zur Empörungswelle nach den Correctiv-Enthüllungen über die Potsdamer rechte „Remigrationskonferenz“ Ende Januar dieses Jahres.

Mit behaupteten 11.000 Personen haben die Veranstalter des Bündnisses „Wir sind die Brandmauer“ wohl zu hoch gegriffen. 5.000 waren angemeldet und etwa so viele Bürgerin-

nen und Bürger kamen auch am Sonntagnachmittag. In Leipzig sollen es sogar 15.000 gewesen sein, im thüringischen Erfurt 7.000, aber auch diese Veranstalterangaben sind zu überprüfen. In Sachsen demonstrierten auch in der Görlitzer Kreisstadt Zittau mehrere hundert Menschen für Demokratie angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen.

In Dresden kann vor allem die jugendliche Dominanz unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermutigen. Alle Altersgruppen waren vertreten, aber der Altersdurchschnitt dürfte kaum über 30 Jahren gelegen haben.

Was wiederum nichts an der von Jens Hoffsummer von der Kinder- und Jugendstiftung Sachsen auf der Bühne getroffenen Feststellung ändert, dass im Osten 22 Prozent der 18- bis

29-jährigen AfD wählen. In Sachsen wahrscheinlich noch mehr. Hoffsummer war einer der wenigen Redner, die nicht abgesagt hatten. Denn schon zur Begründung alarmierte ein Bericht der Veranstalter, dass „der Rechtsruck bereits Wirkung zeigt“. Insbesondere aus dem Bildungsbeereich seien vorgesehene Redner und Rednerinnen nicht erschienen, „weil sie Angst vor der kommenden Regierung haben“.

Unverdrossen lautete die Botschaft an die sächsische Bevölkerung aber: Geht wählen – und zwar demokratisch! Bekräftigt unter anderem vom gebürtigen Schweden Nilsson Samuelsson, dem Vorsitzenden des Dresdner Ausländerrates und Referenten für Stadtentwicklung in der Stadtverwaltung. Und eine Aktivistin, die sich als Janina vom Bündnis Fridays for Future vorstellte, schilderte

nochmals dramatisch die Entwicklung des Weltklimas und nannte das Verhalten vieler Politiker „verantwortungslos und gemeingefährlich“.

Mit wenigen Sätzen gedachten die Veranstalter auch der Opfer des Messeranschlags von Solingen und ihrer Angehörigen. Die Rednerin wandte sich aber angesichts ausländischer Demonstrationen „gegen jedwede Vereinnehmung“. Ein langer Demonstrationzug durchquerte anschließend ohne Zwischenfälle die Innenstadt.

In Erfurt redete unter anderem der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner. Er warnte vor Hass, Hetze und NS-Verharmlosung der AfD und warb für eine offenes, humanes und freundliches Thüringen.



Hält wenig von der geplanten Resolution gegen Antisemitismus: der Regisseur Barrie Kosky
Foto: Soeren Stache/picture alliance

Ausweitung der Grauzone

Union, SPD, Grüne und FDP wollen im Bundestag eine Resolution gegen Antisemitismus einbringen. Israelische KritikerInnen warnen vor einer Einschränkung der Meinungsfreiheit

Von **Frederik Eikmanns** und **Stefan Reinecke**

Die Fraktionen von Union, SPD, Grünen und FDP wollen vor dem 7. Oktober, dem Jahrestag des Hamas-Überfalls auf Israel, im Bundestag eine gemeinsame Erklärung einbringen. Sie soll „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ heißen und konstatiert einen „zunehmend offenen und gewalttätigen Antisemitismus in rechts-extremistischen und islamistischen Milieus“ genauso wie einen „israelbezogenen und links-antiimperialistischen Antisemitismus“.

Handfeste Maßnahmen schlägt der Entwurf vor allem gegen islamistischen und israelbezogenen Antisemitismus vor. So sollen etwa „repressive Möglichkeiten im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht“ konsequent angewandt werden. Außerdem wird die Regierung aufgefordert, „ein Organisationsverbot von BDS in Deutschland“ zu prüfen. BDS ist eine in Palästina gegründete Organisation, die Boykott und Sanktionen gegen Israel fordert, um das Besatzungsregime im Westjordanland zu beenden. Ob und inwieweit sie antisemitisch ist, ist umstritten (siehe Begleittext).

Im Kern aber zielt der Entwurf auf eine Reglementierung von staatlichem Geld für Kunst, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Gefördert werden soll künftig nur noch, wer der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA für Antisemitismus genügt. Förderprojekte, so steht es in dem Entwurf, sollen „auf eine Unterstützung oder Reproduktion von antisemitischen Narrativen überprüft werden.“ Ob die Passagen in dieser Schärfe auch in der finalen Resolution stehen werden, ist unklar. Die damit befassten Vizefraktionschefs schweigen, wohl um die komplizierten Verhandlungen nicht zu gefährden.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hält das, was im Entwurf steht, für selbstverständlich: „Wir sollten in diesem Land doch einen Konsens darüber haben, dass antisemitische und verfas-

sungsfeindliche Personen oder Organisationen nicht mit Steuergeldern gefördert werden.“ Ihn irritiere, dass in der Diskussion um die Resolution dies zur Debatte stehe. „Mir ist bewusst, dass nicht alles direkt verboten werden kann, muss oder sollte, aber ein Recht auf Förderung gibt es meines Wissens nicht.“

AutorInnen und KünstlerInnen, Theater- und FilmemacherInnen, die die israelische Politik kritisch sehen, fürchten dagegen eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die Rede ist von Zensur unter dem Deckmantel der Antisemitismuskämpfung. Gesetzeskraft wird die Resolution nicht haben, aber sie dürfte, ähnlich wie die BDS-Resolution des Bundestages 2019, trotzdem Wirkmacht entfalten und beeinflussen, wer als förderungswürdig gilt – und wer nicht mehr. So entsteht eine Grauzone.

Der Streit fängt schon bei der Frage an, was als Antisemitismus gilt und was nicht. Die IHRA-Arbeitsdefinition wird von vielen Staaten verwendet, fasst Antisemitismus sehr weit und legt einen Schwerpunkt auf dessen israelbezogene Ausprä-

Der grüne Ex-Abgeordnete Jerzy Montag fürchtet eine „Zensurbehörde wie in der McCarthy-Ära“

Manche kritisieren, dadurch würde auch legitime Kritik an der Politik Israels zu Unrecht für antisemitisch erklärt.

Israelische und jüdische KünstlerInnen und AutorInnen warnen nun eindringlich in einem offenen Brief vor der geplanten Resolution des Bundestages. Schon der Bezug auf die IHRA-Definition setze „berechtigter Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleich, um Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen“ heißt es. Unterschrieben haben den Text unter anderen der Filmemacher Udi Aloni, die Künstlerin Candice Breitz, die Schriftstellerin Esther Dischereit, die Autorin Deborah Feldman und der Regisseur Barrie Kosky, der

lange Intendant der Komischen Oper in Berlin war. Der Protestbrief liegt der taz vor und ist auf taz.de in voller Länge zu lesen.

Darin heißt es, die geplante Bundestagsresolution beanspruche „jüdisches Leben in Deutschland schützen zu wollen“, tue aber genau das Gegenteil. Die geplante faktische „Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit schließt genau die Vielfalt jüdischen Lebens aus, die sie zu bewahren vorgibt“. Der aktuelle Resolutionsentwurf sei daher „gefährlich“. Außerdem habe die Antisemitismusresolution eine schwere Schlagseite. Denn sie „suggeriere, dass die größte Bedrohung für JüdInnen von Menschen ausgeht, die von außerhalb Deutschlands kommen“. Die AfD, „deren Führungsfiguren wesentlich Nazi-Rhetorik verbreiten“, werde hingegen kaum erwähnt. Das sei eine „beschämende Ablenkung von der größten Gefahr für JüdInnen in Deutschland“.

Auch der Ansatz, jüdisches Leben zu schützen, indem man auf Repression setze, sei verquer. Anstelle dessen gelte es die Rechte aller Minderheiten zu schützen. „Wenn es eine Lehre aus der Katastrophe des Holocausts gibt, dann sei es diese: „Nie wieder“ bedeutet „nie wieder für alle“.

Diese Protesterklärung zielt auf den politischen Prozess. Die Fraktionen von Union, Grünen, SPD und FDP sind gerade dabei, die finale Textfassung zu erstellen. Es gab bereits eine Reihe warnender und unterstützender Stellungnahmen. Volker Beck, grüner Ex-MdB und Präsident der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ fordert, Haushaltsordnungen so zu regeln, dass Antisemitismus und Rassismus nicht gefördert werden dürfen, sowie einen Kulturfonds für „israel-solidarische Künstlerinnen und Künstler.“

Skeptisch äußerte sich hingegen Jerzy Montag, ebenfalls früher grüner MdB und wie Beck Rechtspolitiker. Montag, Sohn eines Holocaustüberlebenden, warnte bereits zuvor in einer Art Brandbrief die grüne Fraktionsspitze davor, die Resolution zu unterstützen. Die strotze „vor Strafwut, die man eher bei der

AfD vermuten würde“. Monika Grütters (CDU), früherer Staatsministerin für Kultur, schlug in der Zeit moderatere Töne an, hielt es aber auch für „schwierig, von Künstlern eine regelrechte Gesinnungsprüfung zu verlangen“.

Unklar ist, wer die Antisemitismusdefinition nach IHRA-Kriterien auslegen soll. Zeit Online berichtet, dafür könnte das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig werden. In dem Resolutionsentwurf steht dazu aber nichts. Der Grüne Jerzy Montag fürchtet angesichts solcher Szenarien die Installation einer „Zensurbehörde wie in der McCarthy-Ära“.

Aus den Reihen von Ampel und Union will sich niemand substanziell zu der geplanten Resolution äußern – unterhalb der Führungsebenen weiß niemand genau, was der aktuelle Stand ist. Bei den Abgeordneten, die sich äußern, bleibt es deshalb bei Bekräftigungen, dass eine Resolution prinzipiell eine gute Sache sei.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Marlene Schönberger sagte der taz: „Die bisherige Präventionsarbeit gegen Antisemitismus sowie die Maßnahmen, die wir zu seiner Bekämpfung unternommen haben, müssen auf den Prüfstand und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden.“ Denn: „Wir haben als Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zwar oft ‚Nie wieder‘ gesagt, beim Kampf gegen den Antisemitismus aber offensichtlich versagt, das zeigt die aktuelle Lage.“ Deshalb sei „eine gemeinsame Resolution wichtig und richtig“.

Candice Breitz, Unterzeichnerin des Protestbriefes, blickt kritischer auf das Vorhaben. Sie hat im Dezember 2023 erlebt, wohin ein erweiterter Antisemitismusbegriff in überhitzten diskursiven Situationen führen kann. In Saarbrücken sollte eine Ausstellung der jüdischen Künstlerin zum Thema Sexarbeit in Südafrika eröffnet werden. Doch dies wurde abgesagt – offenbar aus Furcht vor einer Antisemitismusdebatte um Breitz, die Israels Politik gegenüber den Palästinensern immer wieder scharf kritisiert. Dass sie die Hamas und deren Angriff am 7. Oktober verurteilt hat, nutzte ihr nichts.

Gerichte kippen BDS-Auflagen immer wieder

Die letzte Antisemitismusresolution des Bundestags kollidierte mit der Meinungsfreiheit

Von **Christian Rath**

Nicht zum ersten Mal versucht der Bundestag derzeit mit einer Resolution, ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Die Erfahrungen des letzten Versuchs im Jahr 2019 waren aber ernüchternd.

Im Mai 2019 beschloss der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und großen Teilen der Grünen-Fraktion eine Resolution mit dem Titel „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“. BDS steht für „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Mit der internationalen Kampagne versuchen propalästinensische Aktivist:innen, Israel unter Druck zu setzen. Die Kampagne ist umstritten, weil sie teilweise nicht nur die Räumung völkerrechtswidrig besetzter Gebiete durch Israel fordert, sondern auch das Existenzrecht Israels in Frage stellt.

In der Bundestagsresolution hieß es: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“ Der Bundestag wolle deshalb „Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels infrage stellen“, keine Räumlichkeiten und Einrichtungen mehr zur Verfügung stellen. Außerdem sollen solche Projekte nicht mehr finanziell gefördert werden. Bundesländer und Kommunen wurden aufgefordert, dieser Linie zu folgen.

Tatsächlich folgten viele Kommunen dem Aufruf des Bundestags und fassten eigene Anti-BDS-Beschlüsse. Besonders weitreichend war der Beschluss des Stadtrats von München, der in kommunalen Räumen jede Diskussion über die BDS-Bewegung verbot. Nicht einmal eine Diskussion über den Stadtratsbeschluss war möglich. Doch die Veranstalter einer verbotenen Diskussion klagten sich erfolgreich durch die Instanzen. Im Januar 2022 entschied dann das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, dass der Münchener Stadtratsbeschluss gegen die Meinungsfreiheit verstößt. Es sei nicht möglich, bestimmte unerwünschte Meinungen auszugrenzen. Die Meinungsfreiheit gelte unabhängig davon, ob die Meinung „als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt wird“. Einen ähnlichen Prozess verlor im April 2022 auch die Stadt Stuttgart.

Vermutlich gewinnen Initiativen die meisten Prozesse gegen Anti-BDS-Raumverbote, insbesondere seit einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts 2022. Dennoch ist es für die Aktivist:innen lästig, aufwendig und auch stigmatisierend, wenn sie sich immer wieder neu ihr Recht einklagen müssen. Versuche, direkt gegen die Bundestagsresolution vorzugehen, scheiterten jedoch.

antisemitismus-resolution

taz * panterstiftung

„Wir jungen Menschen spüren, wie ungleich Ost und West in Deutschland noch sind“

Mika Schlegel
(Thüringen)

Nachwuchsautor:innen verfassen anlässlich der Landtagswahlen drei Sonderbeilagen:
am 30. August zu Sachsen
am 20. September zu Brandenburg



Die taz Panter Stiftung wird durch Spenden finanziert: taz.de/spenden

EDITION • LE MONDE *diplomatique*

USA

Die zerrissene Supermacht



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

MEHR
ERFAHREN

Die zerrissene Supermacht

Bible Belt und Ivy League, Blue States und Red States, Black Lives Matter und Waffenfans: Die gesellschaftlichen Gräben in den USA scheinen unüberwindbar. Und in diesem Herbst stimmt die älteste Demokratie der Welt womöglich über ihr eigenes Fortbestehen ab.

Mit Beiträgen von Edna Bonhomme, Evgeny Morozov, Rebecca Solnit, Charlotte Wiedemann, Loïc Wacquant und vielen anderen plus 12 Seiten Originalgrafiken von Adolf Buitenhuis.

11,00 EUR, zzgl. Auslandsversand

Solarfirma stoppt den Bau einer neuen Fabrik

Meyer Burger hat nicht genug Geld, um Solarzellen in den USA zu fertigen

Von Hannes Koch

Einen erneuten Dämpfer muss der Solartechnikhersteller Meyer Burger verkraften. An diesem Montag informierte das Unternehmen seine Investoren, dass es den geplanten Bau eines neuen Werkes für Solarzellen in Colorado (USA) stoppe. Die Zellfertigung im sachsen-anhaltinischen Bitterfeld-Wolfen soll deshalb vorläufig weiterlaufen.

Die Firma mit Hauptsitz in der Schweiz steckt insgesamt in einer schwierigen Lage. Im Verlauf eines Jahres ist der Aktienkurs von umgerechnet etwa 170 Euro auf knapp 3 Euro gesunken. 2023 endete mit einem beträchtlichen Verlust. Nun warnt die Firma, dass der Gewinn dieses Jahr geringer ausfallen werde und ein „Restrukturierungsprogramm“ nötig sei.

Die Produktion von Solarzellen in Colorado ist an Finanzierungsproblemen gescheitert. Anscheinend wollte die Bank keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stellen, um die gestiegenen Baukosten abzudecken. Nun will sich Meyer Burger in den USA auf seine Fertigung von Solarmodulen konzentrieren, die allerdings nicht zusätzlich ausgebaut werden soll. Diese Fabrik steht in Arizona. Für das hiesige Werk in Bitterfeld-Wolfen heißt das: Die Produktion von Solarzellen mit rund 350 Beschäftigten bleibt erhalten. Bisher war geplant, sie zugunsten Colorados auslaufen zu lassen. Die Zellen aus Deutschland will Meyer Burger in Arizona zu Modulen weiterverarbeiten.

Meyer Burger steht unter Druck vor allem aus China. Die dortigen Zell- und Modulfabriken produzieren deutlich günstiger als deutsche und europäische. Ein Grund dafür sind Subventionen des chinesischen Staates. Solaranlagen mit chinesischen Komponenten werden deshalb hierzulande zu vergleichsweise niedrigen Preisen angeboten – unter anderem Meyer Burger hat das Nachsehen.

Parallel dazu kann die Bundesregierung sich nicht entscheiden, hiesigen Solarherstellern ebenfalls höhere Subventionen zu zahlen. In den Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern SPD, Grüne und FDP standen vor allem die Liberalen auf der Bremse. Die Probleme bei Meyer Burger sind damit auch eine Folge der knappen Mittel in den Bundeshaushalten 2024 und 2025. Ob es noch einmal gelingt, zusätzliches öffentliches Geld für die Solarindustrie zu mobilisieren, ist offen. Grundsätzlich in Frage kämen größere Summen aus den Staatshilfen zur Umstrukturierung der Kohleregionen und auf Basis des europäischen Netto-Null-Industrie-Gesetzes. Dieses ist dazu gedacht, Klimaschutztechnologien zu einem guten Teil in Europa herzustellen und nicht nur zu importieren. Beide Ansätze sind aber noch nicht umgesetzt.

In den USA geht es schneller. Die Regierung des demokratischen Präsidenten Joe Biden hat Hunderte Milliarden US-Dollar Subventionen zur Neuansiedlung zukunftsreicher Industrien bereitgestellt, unter anderem für die Solarindustrie. Das Meyer-Burger-Werk in Arizona wird entsprechend gefördert.

Flaute in der Wirtschaft

Unternehmen werden pessimistischer

Die Stimmung der Unternehmen in Deutschland ist laut Umfrage des Münchner Ifo-Instituts im August weiter gefallen. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank auf 86,6 Punkte, nach 87,0 Punkten im Juli, wie das Institut am Montag mitteilte. Die Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Lage schlechter, und auch die Erwartungen an die kommenden Monate fielen pessimistischer aus. Es ist der dritte Rückgang in Folge. Die Stimmung der Unternehmen sei „im Sinkflug“, erklärte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die deutsche Wirtschaft gerate „zunehmend in die Krise“. Im Verarbeitenden Gewerbe fiel der Index laut Ifo merklich: Die Unternehmen waren deutlich unzufriedener mit den laufenden Geschäften, ihre Erwartungen fielen auf den niedrigsten Wert seit Februar. Die Betriebe klagten erneut über rückläufige Auftragsbestände, wie das Ifo mitteilte. Insbesondere die Investitionsgüterhersteller seien in einer schwierigen Lage. (afp)

meinung + diskussion 12

Zahl des Tages

9 Städte

Wer klimafreundliche Verkehrsmittel kombinieren und sein Fahrrad in Bus oder Bahn mitnehmen will, kann noch nicht mit einheitlichen Tarifen planen – trotz des Deutschlandtickets. Die Radplattform Buycycle hat ausgewertet, wie viel ein Fahrradticket für den Nahverkehr in 40 deutschen Großstädten kostet. In **nur neun Städten fahren Drahtesel kostenlos** mit – zum Beispiel in Saarbrücken und Chemnitz, Mainz und Hannover, zu bestimmten Zeiten oder in bestimmten Verkehrsmitteln. In den restlichen Ortschaften kostet ein Zusatzticket zwischen 1 Euro in Schwerin und 6,50 Euro in Nürnberg – dabei kostet in der Innenstadt des benachbarten Erlangens nicht mal der ÖPNV selbst etwas.

Rotem Meer droht Ölpest

Ein brennender Tanker blockiert Schifffahrtsrouten. EU-Marinemission und USA warnen vor einer Havarie, die mit der der Exxon Valdez vergleichbar wäre

Nach dem Beschuss des Öltankers „MV Sounion“ vor der Küste des Jemen durch die Huthi-Rebellen haben Beobachter:innen mindestens fünf Brandherde auf dem Hauptdeck des Schiffes ausgemacht. Die Feuer befanden sich nahe an den Luken zu den Tanks, auch die Aufbauten würden brennen, berichtet die europäische Marinemission Eunafor Aspides am Montag bei Twitter/X. Bislang sei noch kein Öl ausgetreten. Das Schiff liegt im Roten Meer zwischen Eritrea und dem Jemen vor Anker.

Der Tanker des griechischen Unternehmens Delta Tankers Ltd. mit 150.000 Tonnen Rohöl an Bord war am Mittwoch vor dem Hafen von Hodeida von drei Geschossen getroffen worden. Die Huthi-Miliz berichtete, sie habe Drohnen und Raketen auf das Schiff abgefeuert.

Am Samstag hatte ein Sprecher des US-Außenministeriums gewarnt, dass „eine Million Barrel“ (umgerechnet rund 56.000 Tonnen) Öl ins Rote Meer fließen könnten. Das wäre viermal so viel, wie bei der Havarie der „Exxon Valdez“ 1989 vor Alaska ins Meer gelangt war. Damals waren mehr als 2.000 Kilometer Küste verseucht worden, Hunderttausende Fische, Seevögel und andere Tiere starben als direkte Folge des Unglücks. Der US-Sprecher erklärte, die 25 Menschen starke Besatzung der „MV Sounion“ sei zwar von Aspides-Leuten evakuiert worden, „doch die Huthis scheinen entschlossen zu sein, das Schiff und seine Ladung im Meer zu versenken“. Auch Aspides warnt: „Alle Schiffe in der Region müssen äußerste Vorsicht walten lassen, da die ‚MV

Sounion‘ sowohl eine Gefahr für die Schifffahrt als auch eine unmittelbare Gefahr für die Umwelt darstellt.“

Die Aspides-Mission beobachtet die Vorgänge vor Ort. Sie ist eine defensive EU-Operation im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ihr Auftrag, ist es, „die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und im Golf von Aden wiederherzustellen und zu wahren“.

In dem Gebiet verüben die Huthi-Rebellen seit Monaten Angriffe auf Handelsschiffe. Die vom Iran unterstützte und mit der radikalislamischen Hamas im Gazastreifen verbündete Miliz handelt eigenen Angaben zufolge „aus Solidarität“ mit den Palästinensern, seit Israel und die Hamas nach deren terroristischem Überfall vom Oktober 2023 Krieg führen. (bw, mit afp)



Mit dem Kauf von Terminals wie im Hamburger Hafen wollen die Reedereien mehr Pünktlichkeit erreichen. Foto: Christian Charisius/dpa

Reedereien auf Shopping-Tour

Die Containerreederei MSC will von der Stadt Anteile am Hamburger Hafen kaufen. Dagegen gibt es eine Protestwoche

Von Hermannus Pfeiffer, Hamburg

Ausverkauf in Deutschlands größtem Hafen: Die schweizerisch-italienische Reederei MSC will einen Großteil der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) von der Hansestadt kaufen. Der rot-grüne Senat ist dafür. Derzeit gehören der Stadt rund 70 Prozent, der Rest war bisher im Streubesitz. Am Ende soll die Stadt noch 50,1 Prozent und MSC 49,9 Prozent halten.

Gegen den Deal gibt es jedoch erheblichen Widerstand. Am Montag startete in Hamburg eine „Aktionswoche gegen den MSC-Deal“. Organisiert wird sie von einem breiten Bündnis, das vom Asta an der Uni bis zum federführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft Verdi reicht. Zum Höhepunkt soll eine Demonstration am Sonnabend an den Landungsbrücken werden.

Schon zuvor gingen Hafentarbeiter:innen auf die Straße und schreckten auch vor einem wilden Streik nicht zurück. Teile der Stadtgesellschaft opponiert gegen die Privatisierung

„ihres“ Hafens und die Opposition wirft dem rot-grünen Senat des Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher (SPD) einen „historischen Fehler“ vor. Den Teilverkauf aufhalten werden die Proteste vermutlich allerdings nicht. Am 4. September stimmt die Hamburger Bürgerschaft in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause über den Deal ab. Angesichts der Zweidrittel-Mehrheit von Rot-Grün gibt es keinen Zweifel an einer Entscheidung im Sinne des Senats.

Dabei ist die auch nach einem MSC-Deal immer noch teilstaatliche HHLA nicht nur in Hamburg tätig. Sie betreibt den Container Terminal Estonia in Tallinn, einen Terminal im italienischen Triest und seit 2001 in Odessa am Schwarzen Meer den größten und modernsten Containerterminal der Ukraine.

Jedoch sind die Hafen- und Terminalbetreiber eher kleine Fische im maritimen Weltmeer. Der Konzernumsatz der HHLA betrug im Jahr 2023 kaum mehr als 1,4 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Reederei Hapag-Lloyd fuhr im selben, wirtschaft-

lich für den Konzern eher durchwachsenen Zeitraum 19,4 Milliarden Euro ein. Einen kleinen Teil zum Gewinn der Reederei trug übrigens die ältere Beteiligung an einem Containerterminal im Hamburger Hafen bei.

Einen kräftigen Push erfuhren die Beteiligungen von Reedereien an Hafen-Terminals in aller Welt durch Corona. Während der Pandemie waren die Frachtraten in der Container-

An jedem großen deutschen Überseehafen sind bereits Reedereien beteiligt.

schifffahrt kräftig gestiegen, weil Transportkapazitäten knapp und Lieferketten brüchig geworden waren. International führende Reedereien wie die chinesische Cosco, die eine Mini-Terminal-Beteiligung in Hamburg besitzt, sowie Maersk, MSC oder eben Hapag-Lloyd führen zweistellige Milliarden-

gewinne ein. Die Milliarden fließen in Dividendenzahlungen, in Schiffsneubauten – und Beteiligungen an Terminals.

Hapag-Lloyd hält mittlerweile Anteile an 20 Terminals in Europa, Lateinamerika, USA, Indien und Nordafrika. Zu den zentralen Standorten gehören laut Firmenangaben auch das Container Terminal Altenwerder in Hamburg und der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. Weltweit bieten rund 3.000 Mitarbeitende in den Häfen zusätzlich zu den normalen Terminalaktivitäten Logistikdienstleistungen aller Art an. Ein Dutzend weiterer Terminals soll in den nächsten Jahren hinzukommen. Beim Ausbau dieses Konzernbereiches wolle Hapag-Lloyd die strategische und operative Kontrolle des Geschäfts an den Kaimauern haben, erklärte Konzernchef Rolf Habben Jansen vor einiger Zeit. „Wir halten wenig davon, Minderheitsanteile zu besitzen.“

Habben Jansen hat seine guten Gründe. Reedereien fahren nach Fahrplan. Pünktlichkeit ist Trumpf. Eigene Terminals gelten schon im Alltag als Schlüssel zu möglichst reibungslosen Abläufen bei den Lade- und Löschvorgängen. Erst recht gilt dies in Krisenzeiten wie heutzutage. Die gefährliche Situation im Roten Meer, die wochenlange Umwege um das Kap der Guten Hoffnung heraufbeschwört, führt zu Staus vor vielen Häfen. Wer vor Ort einen eigenen Terminal besitzt, wird vorrangig abgefertigt. Und spart nebenbei die Umschlagsgebühren von etwa 300 Euro pro Box. Bei etwa 5.000 Containern, die ein größerer Frachter in Hamburg oder Rotterdam umschlägt, springt dabei eine erkleckliche Summe für die Reederei heraus.

Ziel ist eine Zuverlässigkeit beim Fahrplan von mehr als 90 Prozent. Um dies zu erreichen, wollen Maersk und Hapag-Lloyd ab 2025 eine neue Allianz bilden. Der dänische Riese bringt 60 Terminals weltweit in die Partnerschaft mit ein. Darunter befindet sich eines in Bremerhaven, dem zweitgrößten Hafen in Deutschland. An jedem großen deutschen Überseehafen sind also bereits Reedereien beteiligt.

Weltweit ist auch MSC, die nach Transportkapazität größte Containerreederei der Welt, im Terminalgeschäft aktiv. Auf fünf Kontinenten, in 31 Ländern baut oder betreibt die Mediterranean Shipping Company aus Genf nach eigenen Angaben 70 Terminals. Plus x.

Interview **Hanna Gersmann**

taz: Herr Krüger, wie sieht der ideale Wald aus – lässt sich dort noch wandern und Rad fahren, auch mal querfeldein?

Jörg-Andreas Krüger: Querfeldein fahren hat seine Grenzen. Kann jeder überall fahren, wird der Boden zu sehr belastet. Die Tiere brauchen Rückzugsräume.
taz: Der grüne Bundeswaldminister Cem Özdemir will die Bewirtschaftung und Freizeitnutzung der Wälder neu regeln. Die Bike-Branche warnte, im Wald komme ein Radfahr-Verbot.

Krüger: Das bezog sich auf einen ersten nicht offiziellen Entwurf für das neue Bundeswaldgesetz. Nach der jetzt offiziell vorgelegten Version ist das Befahren des Waldes auf Wegen gestattet. Das ist auch richtig. Wir Menschen brauchen den Wald zum Erholen, gegen Stress.

taz: Özdemir schafft die perfekte Mensch-Natur-Beziehung?

Krüger: Er novelliert das Gesetz. Das ist gut. Aber er bleibt bisher leider zu allgemein. Er regelt nicht klar, was die Waldbesitzer tun müssen. Da steht viel zu oft sie „können“ und „sollten“. Sie können so weiterhin Waldflächen mit Fichten aufforsten, die Hitze und Dürre in Zeiten des Klimawandel nicht lange standhalten, und kassieren dafür womöglich noch staatliche Fördergelder.

taz: Waldbesitzer sagen, sie wüssten ganz gut, welche Bäume die richtigen seien.

Krüger: Der Zustand des Waldes spricht dagegen.

taz: In den 50ern pflanzten sie schnell wachsende Fichten, weil Baumaterial gefragt war.

Krüger: Die Wälder, die wir jetzt haben sind der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte geschuldet, stimmt. Es geht auch nicht um Schuldzuweisungen. Seit Beginn der 90er Jahre wissen wir aber, dass wir weg müssen von der Fichte hin zu klimastabileren Laubbäumen. Nun hat Deutschland allein in den vergangenen sechs Jahren 600.000 Hektar Wald verloren. Hitze, Dürre, Stürme haben sie geschwächt, der Borkenkäfer fraß sich durch. Damit ist ein Landschaftsökosystem in vielen Regionen in die Knie gegangen, das für uns Menschen lebenswichtig ist.

taz: Lebenswichtig?

Krüger: Der Wald ist ja nicht nur Zufluchtsort für Erholungssuchende, er spendet Sauerstoff, filtert Trinkwasser, kühlt die Landschaft, verhindert Hochwasser, speichert Treibhausgase.

taz: Sie wollen alles dem Um-



„Wir brauchen den Wald zum Erholen“, sagt Jörg-Andreas Krüger
Foto: M. Wuchenaauer/ imago

„Wir riskieren, den Wald zu verlieren“

Den deutschen Wäldern geht es schlecht. Um sie zu retten, müsse das neue Waldgesetz Besitzer stärker in die Pflicht nehmen, sagt Nabu-Chef Jörg-Andreas Krüger

weltschutz unterordnen – so in etwa sagen das Ihre Gegner.
Krüger: Das ist aber falsch. Auch wir wollen Holz aus unseren Wäldern. Es ist ökologisch ja nichts gewonnen, wenn Deutschland mit Holz versorgt wird, für das rumänische Urwälder oder Tropenwälder abgeholzt werden. Nur kann es im Wald nicht mehr allein um die Nutzung gehen so wie es in der aktuellen Fassung des Bundeswaldgesetzes steht. Die kommt aus dem Jahr 1975. Damals hat noch niemand vom Klimawandel geredet.

taz: Welcher Passus fehlt im Entwurf?

Krüger: Da geht es nicht um einen Satz, sondern um Konkretisierungen an vielen Stellen. Wer im Wald großflächig kahl schlagen will und keine Genehmigung hat, soll dafür zum Beispiel ein Bußgeld fürchten...
taz:...ursprünglich waren Gefängnisstrafen angedacht.

Krüger: Bußgeld ist schon in Ordnung, entscheidend ist vielmehr, dass ein Kahlschlag auf einer Fläche von bis zu einem Hektar ohne Genehmigung erlaubt bleiben soll, dabei ist er allenfalls auf 0,5 Hektar noch vertretbar.

taz: Ein halber Hektar macht den Unterschied?

Krüger: Ein kahle Fläche im Wald ist besonnt, Frost ausgesetzt, das typische Waldklima damit weg. Heimische Baumarten werden da nicht schnell einwandern. Für sie müssen erst Vogelbeere, Schwarzer Holunder und andere Pioniere den Boden bereiten. Das wird schon bei ein paar hundert Quadratmetern Fläche ein Problem, ein Hektar sind aber 10.000 Quadratmeter. Da sind 0,5 Hektar bereits ein Kompromiss. Wir riskieren den Wald und sein Klima für etliche Jahrzehnte zu verlieren.

taz: Warum keine Bäume pflanzen?

Krüger: Naturverjüngung, also die selbstständige Erneuerung des Waldes, bringt klimaangepasste, langfristig stabilere Wälder hervor. Außerdem ist das Pflanzen deutlich teurer.
taz: Sie haben das mit anderen Umweltverbänden vorgeschlagen, sich aber nicht durchgesetzt. Was lernen Sie von der Lobby der Forstleute?

Krüger: Ich will von ihr eigentlich nichts lernen. Das war bisher eine sehr destruktive Kampagnenarbeit, die weitgehend ohne Sachargumente auskam und die tatsächlichen Probleme des Waldes verschleppet.
taz: Slogan: „Finger weg vom Bundeswaldgesetz“...
Krüger:... sehr zugespitzt, aufgeregt. Wir müssen aber gemeinsam zu neuen Lösungen kommen, sonst kippen immer mehr Wälder weg.
taz: Wie die Waldbesitzer überzeugen?

Krüger: Schon heute können Waldbesitzer pro Hektar bis zu 100 Euro für ein klimaangepasstes Waldmanagement und vor allem die Speicherung von CO₂ erhalten. Wald ist aber zum Beispiel auch ein idealer Grundwasserspeicher. Künftig sollten auch solche ökologischen Leistungen honoriert werden. Das ist ja im Interesse der Waldbesitzer. Je nachdem wie gut der Wald bewirtschaftet wird könnten das etliche hundert Euro pro Hektar werden.

taz: Bisher bemisst sich der Wert des Waldes am Holzpreis. Woher kommt das Ökogeld?

Krüger: Das Geld dafür kann nicht nur aus öffentlichen Haushalten, sondern muss auch aus der Wirtschaft kommen. Schon heute wollen viele Unternehmen die Speicherung von CO₂ in Wäldern, Mooren und Agrarlandschaften finanzieren, um ihre Emissionen auszugleichen. Ähnliches erwarten wir für den Schutz des Grundwassers.
taz: Wie geht's weiter?

Krüger: Ende des Jahres soll die Waldgesetz-Novelle im Bundestag verabschiedet werden. Das Agrarministerium stimmt sich nun mit den anderen Ministerien ab. Im September werden alle Verbände angehört. Wir werden das Gespräch mit den beiden großen Organisationen der Waldbesitzer, also der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Waldbesitzer und dem Deutschen

Forstwirtschaftsrat suchen. Ich hoffe, wir können jetzt konstruktiv diskutieren.

taz: Den Deutschen wird ein romantisches Verhältnis zum Wald nachgesagt – macht es das leichter?

Krüger: Der Wald interessiert nach wie vor. Nur sieht selbst eine Kiefernmonokultur erst einmal grün aus und kann im Spätsommer zauberhaft schön sein. Sie wird es aber über die nächsten 150 Jahre nicht schaffen. Die Wälder der Zukunft werden lichter sein, weniger Nadeln haben, mehr Laubblätter. Vielleicht wird sich die Esskastanie stärker durchgesetzt haben, womöglich auch die Walnuss, andere Eichenarten oder der Bergahorn. Darüber werden wir reden müssen.



Foto: Die Hofotografen

Jörg-Andreas Krüger, 55, ist Präsident des Naturschutzbunds Deutschland (Nabu). Der studierte Landschaftsarchitekt, Jäger und Vogelkundler ist Mitglied der Zukunftskommission Landwirtschaft und sitzt im Rat für nachhaltige Entwicklung, der die Bundesregierung berät.

Unglück in Island Todesfall durch Eishöhlen-Einsturz

Beim Einsturz einer Eishöhle in Island ist ein Mensch ums Leben gekommen. Ein weiterer sei schwer verletzt, nach zwei Personen werde zudem noch gesucht, erklärte die Polizei am Montag. Demnach war eine 25-köpfige Besucher*innen-gruppe unter Leitung eines Führers am Sonntag zu einer Tour am Breidamerkurjökull-Gletscher im Südosten des Landes unterwegs gewesen, als die Eishöhle plötzlich einstürzte.

Islands Gletscher sind durch die Klimakrise schon deutlich zusammengeschnitten – auch der Breidamerkurjökull, der bislang ein beliebtes Ziel für Tourist*innen und Drehort mehrerer Filme wie „James Bond“ und „Tomb Raider“ war. Mit dem Okjökull hatte Island bereits im August 2019 den ersten Gletscher für verschwunden erklärt. An die früheren Eismassen und ihren CO₂-bedingten Niedergang erinnert nun eine Gedenktafel. (afp, taz)

41,5 Grad im Winter Australien leidet unter Rekordhitze

In Teilen Australiens werden derzeit Hitzerekorde gebrochen – dabei ist in Down Under eigentlich Winter. In der bei Touristen beliebten Region Kimberley im Westen des Landes seien an der Wetterstation in Yampi Sound am frühen Nachmittag (Ortszeit) 41,5 Grad gemessen worden, teilte der Wetterdienst „Weatherzone“ mit. Das ist der höchste jemals in dieser Jahreszeit gemessene Wert.

Der bisherige australische Winter-Rekord aus dem Jahr 2020 lag demnach bei 41,2 Grad. Die für die Rekorte verantwortliche heiße Luftmasse werde in dieser Woche über das Landesinnere zur Ostküste getrieben, hieß es. Dann würden voraussichtlich auch in den Bundesstaaten New South Wales mit der Metropole Sydney und in Queensland Winterrekorde gebrochen. Australien ist ganz besonders vom Klimawandel betroffen und leidet häufig unter Extremwetter. (dpa)

taz shop

Brotzeit!

Kornblumenhonig. Hergestellt von etwa 200 Bienenvölkern der Bioland-Imkerei in Steinsdorf, ostthüringisches Vogtland. Goldgelb und sehr aromatisch. Im 500-g-Glas.
Artikel-Nr. 12178, € 8,50

Senf. Hergestellt von einer Lebensmittelmanufaktur in Berlin. Von Hand zubereitet, ohne Zusätze oder Antioxidantien, der Großteil der Zutaten aus kontrolliert biologischem Anbau. Jeweils 140 ml, vegan.
Artikel-Nr.
12779 Feigensenf
12780 Aprikosensenf mit Chili
12781 Hagebutten-Zitronensenf
Jeweils **6,90**

Backmischungen. Der Duft von selbstgebackenem Brot macht glücklich. Die glutenfreien Backmischungen von Bauckhof basieren auf traditionellen Rezepturen und sind schnell und einfach zuzubereiten. Und mit ein wenig Kreativität und weiteren Zutaten lässt sich eine große Brot- und Brötchen-Vielfalt kreieren. Superkernig und superlecker.
Artikel-Nr.
13220 Schwarzbrot, Inhalt: 500 g, € 3,99
13223 Wunderbrot, Inhalt: 600 g, € 4,99
13221 Schnelle Brötchen, Inhalt: 500 g, € 3,79

Butterbrotsalz. Es besteht aus handgeschöpftem Flor de Sal, verfeinert mit gerösteten Zwiebeln, Kräutern und Gewürzen. Der volle Geschmack wird durch leichtes Zerstoßen im Mörser entfaltet. Hergestellt von der Lebensmittelmanufaktur Miriam Eva Kebe in Berlin. Inhalt: 100 g.
Artikel-Nr. 12786, € 7,50

Frühstücksmesser Buckels. Altdeutsches Tafelmesser zum Schneiden und Streichen. Für Brot, Butter, Käse und Hartwurst. Rostfrei. Von Windmühlmesser. Griff aus Pflaume. Klinge: 11,8 cm.
Artikel-Nr. 11793, € 3,50

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de
Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

Viele Tote bei Angriffen in Pakistan

Von **Sven Hansen**

Bei den größten Angriffen mutmaßlicher separatistischer Rebellen in der pakistanischen Provinz Belutschistan seit Jahren sind in der Nacht zu Montag mindestens 51 Menschen getötet worden. Der Angriff mit den meisten Opfern ereignete sich an einer Autobahn im Distrikt Musakhail. Dort hatten Bewaffnete eine Straßensperre errichtet.

Nach Kontrolle von Lkw-Fahrern, Autoinsassen und Buspassagieren wurden 23 Personen, die nicht aus der Südwestprovinz Belutschistan kamen, erschossen. 35 Fahrzeuge wurden nach Polizeiangaben in Brand gesteckt, bevor die Täter unerkannt flohen. Stunden zuvor hatte die separatistische Balochistan Liberation Army (BLA) davor gewarnt, auf der Autobahn zu reisen. Die BLA beschuldigte Sicherheitskräfte in Zivil, unterwegs zu sein. Die BLA wird von Pakistan, den USA, Großbritannien und der EU als Terrororganisation gelistet und bekannte sich später selbst zu dieser und anderen Taten.

Bei einem Anschlag im Bezirk Qalat, ebenfalls in Belutschistan, wurden nach Behördenangaben am Montag vier Polizisten und fünf Zivilisten getötet. Bei einem weiteren Anschlag auf eine Eisenbahnbrücke in der Region Bolat (Belutschistan) starb mindestens eine Person. Die Bahnverbindung zwischen der Metropole Karatschi und Belutschistans Hauptstadt Quetta ist seitdem unterbrochen. Berichten zufolge gab es noch einen Angriff auf eine Polizeiwache in Mastung, außerdem wurden in der Hafenstadt Gwadar nahe der Grenze zu Iran Fahrzeuge angezündet.

Innenminister Moshin Naqvi bezeichnete die Angriffe als „wohlüberlegter Plan, Anarchie in Pakistan zu schaffen“. Die Sicherheitsbehörden schätzen die BLA, Belutschistans größte separatistische Rebellengruppe, auf bis zu 3.000 Kämpfer. Die BLA wurde im Jahr 2000 gegründet und begann 2004 den bewaffneten Kampf mit dem Ziel der Unabhängigkeit Belutschistans. Pakistans Sicherheitskräfte gehen dort ihrerseits brutal gegen Nationalisten, einschließlich Zivilisten, vor. Verschwinden lassen und Tötungen auch friedlicher Aktivisten sind verbreitet. Am Montag erklärte die Regierung, Sicherheitskräfte hätten ihrerseits 12 Rebellen getötet.

Belutschistan liegt an der Grenze zu Iran und Afghanistan, ist Pakistans größte und ärmste Provinz. Doch ist sie rohstoffreich und liegt nah am Persischen Golf, weshalb sie Ziel strategischer chinesischer Investitionen ist.

Von Itamar Ben-Gvirs Gnaden

Die Führung der israelischen Polizei übernimmt mit Daniel Levy ein Vertrauter des rechtsextremen Ministers für Nationale Sicherheit. Kritiker sehen eine Unterwanderung der Gesetzeshüter durch die Siedlerbewegung

Aus Jerusalem **Felix Wellisch**

Israels rechtsextremer Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, strebt seit seinem Amtsantritt die Kontrolle über die Polizei des Landes an. Nun dürfte er diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen sein. Nun wurde sein präferierter Kandidat Daniel Levy als neuer Polizeichef vereidigt. Dieser bringe eine „zionistische und jüdische Agenda mit und wird die Polizei entsprechend meinen Vorgaben führen“, erklärte der Minister. Levy sagte in seiner Antrittsrede, er werde „die Souveränität des Staates stärken und gegen jeden vorgehen, der die Rechtsstaatlichkeit untergräbt.“ Er pflegt enge Verbindungen zu Ben-Gvir, der ihn letztes Jahr zum Polizeichef des Küstenbezirks machte, zu dem unter anderem die Hafenstadt Haifa gehört.

Der frisch gekürte Polizeichef Daniel Levy bei seiner Vereidigung am Sonntag in Jerusalem
Foto: Israel Police



Der Minister sieht in der Polizei ein Werkzeug für seine politischen Ziele, geriet jedoch schnell mit Levys Vorgänger Kobi Shabtai aneinander. Nur Tage nach seinem Amtsantritt im Dezember 2022 befahl Ben-Gvir den Beamten, landesweit palästinensische Flaggen zu entfernen, da diese „zu Terrorismus anstachelten“. Zusätzlich zu solch öffentlichkeitswirksamen Aktionen nimmt er seither Einfluss darauf, wer in der Behörde vorankommt und wer nicht. Seine Amtsvorgänger machten vom ministeriellen Vetorecht für hochrangige Neubesetzungen in der Polizei nur in Ausnahmefällen Gebrauch – Ben-Gvir hingegen regelmäßig.

Seine Bemühungen – zusammen mit der seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 nationalistisch aufgeladenen Stimmung – zeigen Wirkung. Es mehren sich Berichte, denen zu

folge Beamte bei Ausschreitungen rechter Aktivisten nicht eingreifen, etwa als Ende Juli teils bewaffnete junge Männer Militärbasen in Lod und Sde Teiman stürmten. Die Eindringlinge wollten die Festnahme mehrerer Soldaten wegen Misshandlung eines Palästinensers verhindern. Andersorts weigerten sich Polizisten laut Medienberichten, einen Siedler zu verhören. Soldaten hatten ihn zuvor bei dem Versuch festgenommen, ein palästinensisches Dorf zu betreten.

Ex-Polizeichef Shabtai hatte in seiner Abschiedsrede Mitte Juli gewarnt: „Der Kampf gegen die Politisierung der Polizei ist auf dem Höhepunkt.“ Ben-Gvir war zu der Zeremonie nicht eingeladen worden, Regierungschef Benjamin Netanjahu war nicht erschienen. Sein Nachfolger, sagte Shabtai, erbe „eine sehr schwierige Aufgabe“. Levys

bisherige Karriere lässt wenig Hoffnung, dass er ihr gerecht werden könnte. Im von ihm geleiteten Küstenbezirk ist die Kriminalitäts- und Mordrate in arabischen Gemeinden jüngst sprunghaft gestiegen, während die Polizei kaum Ermittlungserfolge vorweisen kann. Levy konzentrierte sich laut

Beamte greifen bei Ausschreitungen rechter Aktivisten wohl weniger ein

Medienberichten stattdessen auf ein hartes Vorgehen gegen regierungskritische Proteste. Ein Verbot einer arabisch-jüdischen Demonstration in Haifa musste er nach Kritik des Obersten Gerichts zurückziehen.

Ein weiteres Ereignis in seiner Karriere sticht heraus: 2021 kommandierte Levy als Vize-Polizeichef von Jerusalem den umstrittenen Einsatz während der Beerdigung der palästinensischen Journalistin Schirin Abu Akle. Sie war zuvor bei einem israelischen Armeeinsatz erschossen worden. Die Bilder von israelischen Polizisten, die mit Schlagstöcken auf die Sargträger einprügeln, gingen um die Welt.

„Die Ernennung Levys signalisiert den Zusammenbruch der Unabhängigkeit der israelischen Polizei und ihre vollständige Unterwerfung unter Ben-Gvir“, schreibt der *Ha'aretz*-Journalist Amir Tibon. Dass er mit seiner Einschätzung nicht alleine ist, zeigt ein vergangene Woche veröffentlichter Brandbrief des Inlandsgeheimdienst-Chefs Ronen Bar. In dem Schreiben an Ministerpräsident Netanjahu und weitere Kabinettsmitglieder warnt Bar, „jüdischer Terrorismus“ der sogenannten Hügelformen im Westjordanland sei außer Kontrolle und stelle eine ernsthafte Bedrohung für den Staat dar. Ein „Gefühl der Unterstützung“ durch die Polizei ermutige die Täter.

Auf den neuen Polizeichef Levy wartet bereits die erste Bewährungsprobe: Minister Ben-Gvir hat den Polizeibeamten Meir Suissa zum Leiter des Bezirks Tel Aviv-Süd ernannt. Gegen Suissa läuft allerdings seit Juli ein Verfahren, weil er im März 2023 eine Blendgranate auf regierungskritische Demonstranten geworfen und diese verletzt hatte.

Am Sonntag erklärte Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara die Beförderung für ungültig. Ben-Gvir will das ignorieren, ist dafür aber auf die Unterschrift des Polizeichefs angewiesen. An seiner Entscheidung wird sich ablesen lassen, wem sich dieser mehr verpflichtet fühlt: Minister Ben-Gvir oder dem Rechtsstaat.

krieg in nahost

Nur Erfolge auf allen Seiten

Nach ihrem jüngsten Schlagabtausch reden Hisbollah und Israel Schäden auf der eigenen Seite klein. An einer Eskalation haben wohl beide kein Interesse

Aus Beirut **Karim El-Gawhary**

Der neueste Schlagaustausch zwischen der Hisbollah und Israel folgt seiner eigenen, speziellen Logik. Beide Seiten erklären ihn zum Erfolg für sich und betonen gleichzeitig, dass auf ihrer Seite so gar nichts passiert ist.

Israel feiert, dass es in einem Präventivschlag – nachdem es Vorbereitungen für einen Hisbollah-Angriff entdeckt hatte – nach eigenen Angaben tausende Hisbollah-Raketen und Abschussrampen zerstörte. Die zu ähnlicher Zeit über 300 gestarteten Hisbollah-Raketen und Drohnen seien abgefangen wurden und hätten praktisch keinen Schaden angerichtet.

Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah betonte in einer Rede am Montag hingegen, dass trotz des vorbeugenden israelischen Militärschlages über 300 Raketen abgefeuert wurden. Diese hätten einen Korridor für die Drohnen geöffnet, die bis zum Hauptquartier des israelischen Mili-

tärgeheimdienstes in der Nähe von Tel Aviv geflogen seien. Und auch Nasrallah behauptete, dass beim israelischen Gegenangriff nur leere Täler im Südlibanon getroffen worden seien. Überprüfen lässt sich das alles nicht.

Beide Seiten haben wohl nur militärische Ziele ins Visier genommen, keine zivilen Bevölkerungszentren. Sie haben sich dabei weiter an die ungeschriebenen Regeln gehalten, die für ihre Konfrontationen seit dem letzten Krieg zwischen Israel und Hisbollah im Jahr 2006 gelten.

Beide Seiten betonten auch: Das sei noch nicht das Ende. Nasrallah erklärte in seiner Rede, dass der Hisbollah-Militärschlag evaluiert werden müsse: ob er ausreiche, Israel so weit abzuschießen, dass es keine weiteren gezielten Tötungsaktionen im Libanon mehr durchführe, wie jüngst gegen den Hisbollah-Kommandanten Fuad Schukur.

Netanjahu sagte praktisch das Gleiche: dass der militärische Austausch am Montag nicht das Ende der Geschichte

sei. Und um den Abschreckungseffekt, auf den Nasrallah hofft, für nichtig zu erklären, zielte eine israelische Drohne prompt am Mittwoch im Südlibanon auf das Fahrzeug eines bisher nicht namentlich genannten palästinensischen Repräsentanten. Der kam angeblich nur leicht verletzt davon.

Die USA verbreiteten Optimismus zu den Verhandlungen – doch die gehen nicht voran

Trotz aller Rhetorik: Das Loben des eigenen Erfolgs, gepaart mit dem Herunterspielen der Schäden auf der jeweils eigenen Seite, zeigt, dass weder die Hisbollah noch Israel derzeit an einer großen Eskalation interessiert sind. Und dass sie sich erst einmal mit dem Erreichten zufriedengeben. Auf kleiner Flamme wird der Kleinkrieg

an der israelisch-libanesischen Grenze trotzdem weitergehen.

Anders als Israel behauptet, ist die Hisbollah wahrscheinlich nicht wirklich militärisch angeschlagen. Am Montag schoss die schiitische Miliz vor allem billige, unpräzise Katjuscha-Raketen mit einer geringen Traglast ab sowie Drohnen. Das zielgenauere und sprengkräftigere Raketenpotenzial der Hisbollah ist weiter unter Verschluss geblieben. Nasrallah hat weitere Angriffsphasen zu einem späteren Zeitpunkt bereits angekündigt. Und die Hisbollah erklärte, dass sie mit jedem Angriff auf Israel das Verteidigungssystem des südlichen Nachbarlandes mehr auskundschaftet – für das, was später kommen soll.

Unklar ist außerdem, was der Iran oder die Houthi-Rebellen im Jemen noch in petto haben. Nasrallah erklärte, man habe sich mit beiden beraten und sich gegen einen koordinierten Schlag entschieden. Die Parteien könnten individuell antworten. Und die Drohkulisse wird somit aufrechterhalten.

Bleibt die Frage nach dem Timing: Israel hatte Wochen darauf erwartet, wie die Antwort der Hisbollah auf den Tod ihres Kommandanten Schukur ausfallen würde. Warum hat die Hisbollah gerade diesen Zeitpunkt gewählt? Zuvor war spekuliert worden, dass sie mit ih-

rem Schlag abwarten, wie die Waffenstillstandsverhandlungen in Kairo ausgehen. Nun hat sie aber doch nicht gewartet. Man könnte interpretieren, dass die Hisbollah mehr Druck auf die Verhandlungen aufbauen wollte. Denn ihr erklärtes Ziel ist es, Israel zu einem Ende der militärischen Offensive im Gazastreifen zu bringen.

Trotz allen von den USA verbreiteten Optimismus zu den Verhandlungen gehen diese nicht voran. Netanjahu möchte sich die Option offenhalten, selbst bei einem Waffenstillstand die israelische Offensive zu einem späteren Zeitpunkt weiterzuführen. Und er möchte, dass israelische Truppen in Teilen des Gazastreifens stationiert bleiben. Die Hamas will das Gegenteil: einen permanenten Waffenstillstand und den vollkommene Abzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen. Beide Delegation sind nun erst einmal aus Kairo abgereist. Der Angriff der Hisbollah könnte somit ein klassischer Warnschuss vor den Bug gewesen.

Ob das den israelischen Premier Benjamin Netanjahu beeindruckt, sei dahingestellt. Vielleicht waren vielmehr die USA Adressat der Botschaft der Hisbollah: Diese könne den regionalen Konflikt jederzeit eskalieren lassen.



Ohne Telegram wäre Russland aufgeschmissen

Regimefreunde und Regimekritiker gleichermaßen sind für freie Kommunikation auf die App angewiesen – und sorgen sich, wie es nach der Festnahme des Gründers weitergeht

Aus Moskau **Inna Hartwich**

Selbst russische Momfluencerinnen sind plötzlich aufgeschreckt. „Durow ist im Knast! Wo können wir uns nur austauschen?“ Ähnlich Alarmistisches ist auch bei russischen Propagandist*innen zu lesen. Oppositionell eingestellte Russ*innen, viele von ihnen im Exil, fordern „Freiheit für Durow!“ Und selbst das russische Außenministerium setzt sich für die Freilassung Durows ein.

Der 39-Jährige, der neben seiner russischen auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt und seit Jahren in Dubai lebt, war am Samstagabend in Paris festgenommen worden. Er soll sich geweigert haben, mit den französischen Behörden zusammenzuarbeiten, heißt es. Telegram weist jegliche Vorwürfe als „absurd“ zurück und behauptet, alle geltenden europäischen Regeln einzuhalten.

Im Jahr 2014 waren es russische Justizbehörden, die Durow mit der Festnahme gedroht hatten. Der Telegram-Gründer verließ daraufhin Russland. 2018 tat die russische Medienaufsichtsbehörde einiges, um Telegram in Russland zu sperren. Der windige Durow und sein Bruder Nikolai schafften es, die Blockierungen zu umgehen. Nicht nur in libertären Kreisen wurden sie damals dafür gefeiert.

Die große Einigkeit zwischen kremloyalen Propagandist*innen und russischen Oppositionellen mutet in diesen Tagen fast schon grotesk an. Doch sie alle hätten durch eine befürchtete Verschlechterung der Nutzung einiges zu verlieren. Die Telegram-App funktioniert eigentlich wie Whatsapp. Und doch ist sie mehr. Die Kommunikation lief von Anfang an verschlüsselt, durch seine „Kanäle“ ist Telegram zu einer Art Me-



dium geworden. 35 Millionen Nutzer*innen soll es allein in Russland geben, weltweit nach Angaben von Telegram 950 Millionen.

Ohne Telegram funktioniert in Russland keine Berichterstattung. Jedes unabhängige Medium bewirtschaftet sei-

Telegram-Nutzer nennen die Festnahme Durows ein „Geschenk an Putin“

nen eigenen Informationskanal. Auf andere legale Weise ist dies durch die Zensurgesetzgebung seit März 2022 unmöglich. Auch einzelne Journalist*innen nutzen den Dienst, um die Menschen darüber zu informieren,

was im staatsnahen russischen Fernsehen nicht gezeigt wird. Videos aus Gerichtssälen, wo wieder einmal jemand wegen „Diskreditierung der russischen Armee“ zu Jahren hinter Gittern verurteilt wird, finden sich hier genauso wie Aufrufe, Politgefangenen Briefe zu schreiben. Da russische Behörden soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram gesperrt haben und mittlerweile auch Signal oder Whatsapp sowie Youtube immer wieder blockieren, empfinden Telegram-Nutzer die Festnahme Durows als Schlag. Sie nennen das ein „Geschenk an Putin“.

Genauso wie unabhängige Journalist*innen nutzen allerdings auch Propagandist*innen, die der Ukraine den Tod wünschen, Telegram. Sie teilen Videos von Zerstörungen, unterlegt mit menschenverachten-

den und hetzerischen Aufrufen. Wie auch in Europa nutzen zudem Islamist*innen die geschlossenen Chats, um Verbrechen zu planen, oder Verschwörungstheoretiker*innen, um Verschwörungstheorien zu verbreiten. Auch die russische Armee kommt kaum ohne Telegram aus: Die App ist das Kommunikationsmittel schlechthin zwischen einzelnen Einheiten.

Auch in diesem Lager ist jetzt die Sorge groß. Deshalb schreiben sie oft, dass Durow einen Fehler gemacht habe, Russland – „das freieste Land der Erde“ – einst verlassen zu haben. Oder wie es der einstige russische Präsident, Dmitri Medwedew ausdrückt – selbstredend in seinem Telegram-Kanal: „Durow wollte ein genialer Weltenbürger sein, der auch ohne sein Vaterland bestens leben kann. Er hat sich verrechnet.“

Dieser Protest ist in Moskau erlaubt: gegen Pawel Durows Festnahme, vor der französischen Botschaft. Sonntag
Foto: Alexey Maishev/imagoo

aufreger

Londoner Hochhaus brennt, keine Toten. Warum das trotzdem eine Nachricht ist

Gut sieben Jahre nach dem verheerenden Inferno vom Grenfell Tower, bei dem am 14. Juni 2017 72 Menschen umkamen, stand am Montag in London erneut ein Hochhaus lichterloh in Flammen. Der Großbrand hat viele Fragen aufgeworfen, denn spätestens seit Grenfell sind die Risiken mit solchen Häusern bekannt.

„Spectrum House“, ein großes Wohnhaus mit 60 Wohneinheiten in Dagenham am Londoner Ostrand, brannte am frühen Montag. Binnen weniger Minuten waren über 225 Einsatzkräfte der Feuerwehr herbeigeiligt, die Bewohner:innen wurden sofort evakuiert und das Feuer erfolgreich bekämpft. Alles gutgegangen also. Beim Grenfell Tower hatte die Feuerwehr den Menschen nach Brandausbruch stundenlang geraten, in ihren Wohnungen zu bleiben – ein fataler Fehler, der zur ungewöhnlich hohen Opferzahl geführt hatte. Diesmal konnten über 80 Personen, darunter junge Familien, evakuiert werden, nur zwei Personen benötigten weitere Behandlung in einem Krankenhaus.

Noch ist nicht klar, was der Brandauslöser war. Bekannt war jedoch, das wusste auch die Einsatzkräfte, dass dem Wohnhaus verschiedene Brandrisikofaktoren zugeschrieben wurden. So bestand die Außenfassade zum Teil aus brennbarem Material. Außerdem stand ein Baugerüst um das Haus, da eine Firma gerade die brennbaren Teile der Außenfassade in den Dachtagen austauschte.

Nach dem Grenfell-Inferno hatte die britische Regierung Milliardenbeträge bereitgestellt, um brennbare Außenfassaden und Dämmungsmaterialien von Hochhäusern zu entfernen. Doch vielerorts kam es zu langen Verzögerungen, etwa aufgrund unklarer Zuständigkeiten – wer in einem einst kommunal errichteten Hochhaus eine Wohnung besitzt, besitzt damit nicht das Hochhausgrundstück selbst. Dies scheint bei Spectrum House ebenso der Fall zu sein. Lange wurde darüber gestritten, wer in solchen Fällen für die kostspielige Sanierung verantwortlich ist. Die britische Regierung stellte schließlich weitere Fonds zur Verfügung und wies die Grundbesitzer an, die Kosten zu tragen.

Die Sanierungen werden nun, das Grenfell-Tower-Inferno ist noch in schlechter Erinnerung, monatlich von der Regierung überprüft. Laut dem letzten Regierungsbericht gab es Ende Juli insgesamt noch 4.630 bewohnte britische Häuser mit einer Höhe von über elf Metern mit brennbaren Außenfassaden inklusive Dämmungsmaterial. Bei der Hälfte davon hätten Sanierungen jedoch begonnen oder seien im Fall von 1.350 Häusern abgeschlossen.

Der Verantwortliche der Londoner Labour-Stadtregierung für Wohnungspolitik, Tim Copley, gab im Juni an, dass generell solche Sanierungsarbeiten viel zu lange dauerten. Somit stellt sich die Frage, ob Spectrum House früher hätte saniert werden können und dann nicht gebrannt hätte. Am 4. September wird in London der Abschlussbericht der öffentlichen Grenfell-Tower-Untersuchung erwartet.

Daniel Zylbersztajn-Lewandowski, London

konflikt um telegram

Pawel Durow – oder Paul de Rouve

Der in Frankreich festgenommene Telegram-Gründer ist französischer Staatsbürger. Wie er das schnell und unbürokratisch werden konnte, gibt Rätsel auf. Nun wurde die Haft des in Ungnade Gefallenen verlängert

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Die Gunst am Hofe ist ein Wendehals. Wer gestern in Ehren stand, kann morgen schon in die Wüste geschickt werden. 2021 war Telegram-Gründer Pawel Durow aufgrund einer von der Zeitung *Le Monde* vermuteten direkten Unterstützung höchster Stellen Bürger der französischen Republik geworden. Staatspräsident Macron, der sich gern als Chef einer „Start-up-Nation“ bezeichnet, ist wohl fasziniert von legendären jungen Unternehmern, die praktisch aus dem Nichts ein weltweites Imperium schaffen und in wenigen Jahren Milliarden verdienen.

Anders als mit einer Anweisung von der Staatsspitze lässt sich laut *Le Monde* nicht erklären, dass Durow damals in einem Eilverfahren und nicht in einer normalen und gewöhnlich langwierigen Prozedur eingebürgert wurde. Wer genau dafür gesorgt hat, lässt sich heute nicht eruieren, weil auf Anfrage der *Le Monde*-Redaktion die eventuell Zuständigen entweder nicht antworteten oder die

amtliche Geheimhaltung in einem privaten Dossier vorschützen. Auch das Gesuch, einen Reisepass mit dem mehr französisch klingenden Namen Paul de Rouve zu bekommen, wurde unbürokratisch schnell bewilligt.

Durow erfüllte in keiner Weise die Kriterien für die Erlangung der Staatsbürgerschaft: Er besitzt keinen Wohnsitz und nicht mal ein Büro in Frankreich, hat keine verwandtschaftlichen Beziehungen. Auch sucht man vergeblich nach besonderen Leistungen im Interesse der Republik – es sei denn, man betrachtet die Tatsache, dass mehrere französische Ministerien und Behörden Telegram wegen der Verschlüsselung der Kommunikationsdaten benutzen, als seinen speziellen Verdienst.

Durow hatte wohl keine Sekunde lang damit gerechnet, bei seiner Ankunft aus dem aserbaidschanischen Baku auf dem Pariser Flughafen Le Bourget von Polizeibeamten begrüßt und in Handschellen abgeführt zu werden.

Ein Versehen oder amtlicher Übereifer ohne Zustimmung

von oben war die Festnahme wohl nicht: Nach Angaben der Nachrichtenagentur afp verlängerte der zuständige Untersuchungsrichter am Sonntagabend Durows Haft. Damit darf sie bis zu 96 Stunden dauern. Nach Angaben seines Anwalts wolle Durow „nicht kooperieren“.

Gesucht wurde Durow unter anderem wegen Beihilfe zur Verbreitung illegaler Inhalte

Bestimmt wusste Durow grundsätzlich, dass gegen ihn ein Haftbefehl vorlag. Die französische Polizeibehörde Ofmin, die mit der Bekämpfung von Pädokriminalität und allen Formen der Gewalt gegen Minderjährige betraut ist, wollte ihn seit Längerem wegen einer mutmaßlichen Beihilfe bei Verbrechen gegen Minderjährige oder Verbreitung illegaler Inhalte zur Rechenschaft ziehen.

Vorgeworfen wird ihm insbesondere seine absolute Weigerung, die Kommunikation auf seinem Netzwerk in irgendeiner Weise zu kontrollieren und so die Nutzung von Telegram durch Kriminelle oder Terroristen oder auch die massive Verbreitung von Fake News nicht zumindest einzuschränken.

Doch wie andere Internetunternehmer wählte er sich wohl zu mächtig und irgendwie über den nationalen Gesetzen erhaben. Nach Informationen französischer Medien hatte sich Durow zuvor mehrfach in Frankreich aufgehalten, in Luxushotels – oder auch laut *Le Monde* in Antibes an der Côte d’Azur, als Gast in der Villa des russischen Oligarchen Roman Abramowitsch. Dieses Mal aber griff die Polizei zu, und Durow ging in ihre Falle.

Die Festnahme kann man durchaus auch als Signal an die Internetgiganten verstehen. Denn die tun sich mit der Kooperation zur Verhinderung eines kriminellen Missbrauchs ihrer Netzwerke bekanntlich schwer – wohl im Namen der Freiheit, Toleranz und Neutralität.

RETTET DIE WAHLEN



taz * zeitung für morgen

10 WOCHEN
NUR 10 EURO
taz.de/entscheidung



debatte

Das Regime setzt auf Eskalation

Die iranische Führung steht innenpolitisch stark unter Druck – und gleicht das durch außenpolitische Machtdemonstration aus. Darunter leidet das Volk

Der Tag, an dem die Nachricht von Ebrahim Raisis Tod verkündet wurde, sei ein Freudentag gewesen, erzählt Nasim Sepehri, Besitzerin eines Kleiderladens in Shiraz. Auch ihre Angestellte sei am Morgen zur Arbeit gekommen und habe gestrahlt. „Endlich hat es einen von ihnen getroffen“, habe die Mitarbeiterin laut gesagt. Raisi war Staatspräsident der Islamischen Republik Iran. Er war einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker der 1980er Jahre, bei denen Tausende politische Gefangene ermordet wurden. Im Mai starb er bei einem Hubschrauberabsturz. Ein paar Stunden später, erzählt die 52-jährige Sepehri, habe ihre Mitarbeiterin einen Anruf von einer unbekannt Nummer erhalten. Der Geheimdienst der Revolutionsgarden: Sie solle in Zukunft vorsichtig sein, was sie sagt, es könne gefährlich für sie werden.

Die Unbeugsamkeit der Frauen, die das Kopftuch nicht mehr tragen, ist ein Stachel im Fleisch des Systems

„In diesen Tagen hat das iranische Regime so viel Angst vor der unzufriedenen Bevölkerung, dass es Agenten überall hinschickt; Agenten in Zivil in Einkaufszentren, Taxis, Cafés, Geschäften“, schreibt eine anonyme Beobachterin aus Teheran im deutschen Exilmedium *IranJournal* über die Situation im Land. Wohl noch nie in der mehr als 45-jährigen Geschichte der Islamischen Republik war der Graben zwischen Regierenden und Regierten so tief und unüberbrückbar wie heute. Die „Frau, Leben, Freiheit“-Proteste, die im September 2022 nach dem staatlichen Mord an Jina Mahsa Amini wegen ihres vermeintlich nicht richtig sitzenden Kopftuchs ausbrachen, haben die Machthaber nachhaltig verstört. Trotz ihres hochgradig organisierten Sicherheitsapparats gelang es ihnen monatelang nicht, die täglichen Proteste niederzuschlagen. Nur mit brutalster Gewalt wurde es zumindest oberflächlich ruhiger.

Unter der Oberfläche aber ist die Wut der Menschen mit Händen zu greifen. Als Hamas-Chef Ismael Haniye in Teheran – mutmaßlich von Israel – getötet wurde, feierten viele Menschen den Anschlag in den sozialen Medien. Sie priesen Israel für den Schlag gegen die Islamische Republik. Die Mächtigen um Revolutionsführer Ali Khamenei wissen nur zu gut, dass die größte Bedrohung von innen kommt. Sollte das Regime eines Tages fallen, dann wohl nur durch Widerstand der Bevölkerung. Wird der Druck durch die Menschen im Land eines Tages zu bedrohlich, besteht die Gefahr, dass die eigenen Leute aus Angst die Seiten wechseln. Oder das Land verlassen. Das Regime braucht die Loyalität seiner Gefolgschaft, um seine Macht zu sichern.

Deswegen ist das wichtigste Ziel für die Machthaber und ihre bewaffneten Truppen, jeglichen Protest im Land zu ersticken. Dazu gehört auch, den Verschleierungszwang wieder rigoros durchzusetzen. Die Unbeugsamkeit der vielen Frauen,

die seit Beginn der „Frau, Leben, Freiheit“-Proteste das Kopftuch nicht mehr in der Öffentlichkeit tragen, ist ein Stachel im Fleisch des Systems. Abschrecken sollen auch die vielen Hinrichtungen: Im vergangenen Jahr hat das Regime mehr als 820 Menschen exekutiert und damit so viele wie seit vielen Jahren nicht. Die gesamte Führung der Islamischen Republik ist hochgradig nervös.

Genau aus diesem Grund setzt der Staat außenpolitisch auf Eskalation. Um das zu verstehen, muss man wissen: Die wichtigste Prämisse für das iranische Regime ist die Sicherung seiner Existenz. Jegliches Handeln, nach innen und nach außen, orientiert sich an dieser Prämisse. Die Instabilität im Inneren ist einer der wichtigsten Gründe, warum die Führung sich außenpolitisch durch Machtdemonstrationen zu stabilisieren sucht. Eine wichtige Rolle spielt dabei die sogenannte Achse des Widerstands: Die von Teheran finanzierten und in Teilen kontrollierten militärischen Gruppen von Hamas, Hisbollah, Huthis im Irak und in Syrien sichern die Macht nach außen ab.

Das Regime verbreitet mit Hilfe seiner Verbündeten das Narrativ, dass es der Verteidiger der palästinensischen Sache und aller Muslime weltweit sei. Der Terroranschlag vom 7. Oktober war für die Machthaber ein Geschenk: Ihre Stellung in der Region hat sich seitdem verfestigt. Gab es zuvor Annäherungen zwischen Israel und den USA auf der einen und Saudi-Arabien – dem größten Gegenspielers Teherans in der Region – auf der anderen Seite, so präsentieren sich die iranischen Machthaber als erste Front gegen den in der Region bei vielen Menschen verhassten Staat Israel.

Am Iran kommt niemand mehr vorbei. Das zeigt sich auch an den Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas: Die Amerikaner üben mit Verweis auf das iranische Regime Druck auf Netanyahu aus, einem Deal zuzustimmen. Seit der Tötung Haniyes auf iranischem Boden lässt das Regime die Weltgemeinschaft in Unsicherheit darüber, wie es Rache nehmen möchte. Teheran möchte Angst verbreiten. Sollte es einen Waffenstillstand geben, so das Regime, könnte es auf einen Gegenschlag verzichten. Es ist in erster Linie ein Machtspiel. Dass das Regime tatsächlich einen großflächigen Angriff gegen Israel anordnet, ist schwer vorstellbar. Es wäre für das Regime nicht kalkulierbar, wie die USA reagieren – über eine solche Situation hätten die Machthaber keine Kontrolle mehr. Wahrscheinlicher ist es, dass weiterhin die Hisbollah aus dem Libanon im Auftrag des Iran die Angriffe auf Israel durchführt. Diese mächtige Stellung ist wie eine Lebensversicherung für das Regime. Die internationale Gemeinschaft interessiert sich noch weniger als ohnehin schon für die tagtäglichen Menschenrechtsverbrechen des Staates gegen die eigene Bevölkerung. Die Machthaber können die Repression bis ins Unermessliche ausweiten, ohne dass sie Konsequenzen befürchten müssen.

Für die Menschen im Iran sind das keine guten Aussichten; für Israel und die gesamte Region ebenso wenig. Und so werden im Iran die Räume des Widerstands für Menschen wie Nasim Sepehri und ihre Mitarbeiterin wohl noch kleiner werden. Und der Hass auf das Regime noch größer.



Gilda Sahebi ist ausgebildete Ärztin und Politikwissenschaftlerin und hat später den Weg in den Journalismus gefunden. Beschäftigt sich mit Rassismus, Antisemitismus, Medizin und Wissenschaft sowie dem Nahen Osten.

Frederik Eikmanns über CDU-Forderungen nach Solingen

Bloßes Ressentiment

Offensichtlich lief im Fall des islamistischen Anschlags von Solingen einiges schief. Der mutmaßliche Täter hätte den Schutz, den ihm Deutschland zuerkannte, nicht bekommen sollen.

Deshalb sollte unbedingt darüber gesprochen werden, wie sich künftig verhindern lässt, dass Gefährder einreisen und bleiben können. Wie die Sicherheitsbehörden potenzielle Täter besser erkennen. Wie sich der Islamismus bekämpfen lässt, auch unter Geflüchteten. Und ja, es ist auch legitim, über verstärkte Abschiebungen von gefährlichen Personen nachzudenken. Zumindest so lange gewährleistet ist, dass die Menschenrechte für jede*n gelten, die Deutschland enge Grenzen setzen. Auch ist die Frage mitzuverhandeln, ob das Problem wirklich gelöst ist, wenn die Gefährder einfach einem anderen Land aufgehalst werden.

Längst nicht alle Wortmeldungen von Politiker*innen werden diesen komplexen Fragen gerecht. Bei der AfD dürfte das niemand verwundern. Die Einlassung von CDU-Chef Friedrich Merz jedoch ist erstaunlich. In einem

wöchentlichen Rundbrief vom Sonntag schlägt er nicht nur vor, künftig gar keine Geflüchteten aus Afghanistan und Syrien mehr aufzunehmen. Er will auch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zurückzunehmen, die gerade erst in Kraft getreten ist.

Auch Merz dürfte wissen, dass es rechtlich quasi unmöglich ist, Geflüchtete aus gefährlichen Ländern wie Afghanistan oder Syrien generell vom Asylrecht auszunehmen. Genauso klar sollte ihm sein, dass diese kollektive Haftbarmachung moralisch falsch wäre – besonders im Falle Afghanistans, an dessen tragischer jüngster Geschichte Deutschland ja durchaus mitwirkte. Wirklich schäbig aber ist, dass Merz den Anschlag von Solingen als Vorwand für die altbekannte Forderung der Union nimmt, die Staatsbürgerrechtsreform zurückzudrehen. Denn dieses Thema hat mit islamistischen Gewalttaten schlicht nichts zu tun. Gezielt verweigert Merz jede sinnvolle Diskussion. Stattdessen setzt er auf Ressentiments. Seiner CDU wird das wenig nutzen – aber der AfD.

das thema 3

Barbara Oertel zu belarussischen Truppen an der ukrainischen Grenze

Nur eine Drohgebärde?

Mehrere zusätzliche Einheiten belarussischer Soldaten (Genaueres weiß man nicht) sollen im Gebiet Gomel an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen worden sein – angeblich zu Übungszwecken. Klingelt da etwas? Eben. Mehrere gemeinsame russisch-belarussische Manöver hatte es auch vor dem 24. Februar 2022 gegeben. Was folgte, wissen wir: Der Aufmarsch, den viele damals als Bluff und militärisches Muskelspiel abgetan hatten, entpuppte sich als Vorbote des russischen Angriffskrieges gegen den Nachbarn. Dieser Wahnsinn hat bislang zigtausende Tote gefordert.

Genau aus diesem Grund sollten die jüngsten Entwicklungen ernst genommen werden. Doch ob sie mehr als eine Drohgebärde sind, muss bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass es sich um eine weitere Facette des Informationskrieges zwischen den Kriegsparteien handelt.

Das gilt vor allem für die belarussische Seite – will heißen den autokratischen Dauerherrscher Alexander Lukaschenko. Der ergeht sich in vollkommen abwegigen Verschwörungs-

fantasien. Eine lautet, dass Belarus zum Opfer eines Angriffs der Nato-Staaten (zum Beispiel Polens) oder der Ukraine werden könnte. Letztere, so das gängige Narrativ, ist ein willfähriger Erfüllungshelfer des aggressiven Westens.

Mit der vermeintlichen personellen Aufrüstung an der Grenze kann sich Lukaschenko gegenüber der eigenen Bevölkerung (eine große Mehrheit lehnt den Krieg ab) wieder als „Leader“ präsentieren, der sein Land schützt und alles tut, um eine Beteiligung von Belarus an diesem Krieg zu verhindern.

Dabei ist Minsk längst mittendrin. Immer wieder erfolgen russische Angriffe auch von Belarus aus, bei der Logistik ist Putins Verbündeter Lukaschenko ebenfalls zu Diensten. Dabei muss es nicht bleiben: Sollte Putin einen Marschbefehl geben, müsste Lukaschenko dem Folge leisten. Der Rest wäre sein Problem. Das sind keine schönen Aussichten. Auch wenn man bedenkt, dass der Kremlchef (siehe den ukrainischen Vormarsch auf Kursk) nicht einmal in der Lage ist, Russland zu schützen.

der tag 2

Simon Poelchau über die schlechte Stimmung bei den Unternehmern

Die FDP schadet ihren Wählern

Deutschland schlittert in eine Krise – und schuld ist die FDP. Das zeigt der Geschäftsklimaindex des Münchner ifo Instituts, der die Erwartungen der Unternehmen misst und der im August erneut gesunken ist. Grund sind aber nicht etwa der Fachkräftemangel oder geopolitische Spannungen. Nein, die Stimmung ist so mies, weil nicht genügend investiert wird. Da müsste jetzt eigentlich der Staat einspringen. Doch die Liberalen kleben an der Schuldenbremse – und schaden damit ihren eigenen Wählern. Die selbsternannte Partei des Unternehmertums hat für Unternehmer nichts übrig.

Offiziell befindet sich Deutschland zwar noch nicht in einer Rezession. Doch trägt der Schein. Insbesondere das sogenannte Potenzialwachstum hat nachgelassen. Es geht also nicht allein darum, ob das Wachstum für ein, zwei Quartale um einen halben Prozentpunkt schwächer ausfällt, sondern dass die deutsche Wirtschaft mittelfristig den Anschluss verliert. Diese Sorge wird derzeit immer mehr zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Da die Zukunft unklar ist, sind Unternehmen zögerlich bei neuen Anschaffungen. Diese Zurückhaltung spüren nicht nur die Investitionsgüterhersteller. Auch die Angestellten werden pessimistischer – und vor allem sparsamer. Schließlich gibt es mittlerweile nicht nur Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt; auch Stellenstreichungen schaffen es wieder in die Nachrichten.

Angesichts der nahenden Krise müsste der Staat eigentlich investieren. Erstens würde er kurzfristig die Konjunktur ankurbeln. Zweitens würden Investitionen in die Infrastruktur und in den Klimaschutz mittel- bis langfristig dafür sorgen, dass es auch in Zukunft gutbezahlte Jobs und sprudelnde Steuereinnahmen gibt.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Union und FDP sperren sich gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse. Also hat der Staat nicht genug Mittel. Stattdessen konnte sich die Ampel nur auf einen Haushalt einigen, indem sie ordentlich trickste und den Rotstift ansetzte. Das Geschäftsklima dürfte sich weiter verdüstern.

wirtschaft + umwelt 8



talkshow

Die Frage der Sicherheit

Der mutmaßliche Täter von Solingen, 25. 8. 2024
Foto: Uli Deck/dpa

Nach dem islamistischen Messeranschlag in Solingen vermitteln manche politische Forderungen vor allem Hilfslosigkeit. Doch nichts hindert Sicherheitsbehörden daran, die Propaganda und Netzwerke der Szene stärker in den Blick zu nehmen

Von Konrad Litschko

Am Ende gab sich die Polizei martialisch. Barfuß und mit Beinfesseln wurde Issa al H. am Sonntagabend aus dem Helikopter in Karlsruhe geführt, die Augen verdeckt, der Oberkörper von verummten Spezialkräften nach unten gedrückt. Der 26-jährige Syrer wurde mehr zum Haftrichter des Bundesgerichtshof geschleift, als dass er laufen konnte. Die Botschaft: Jetzt wird hart gegen den Terror durchgegriffen.

Stunden zuvor waren die Bilder noch andere. Einen Tag lang konnte die Polizei den Messerangreifer von Solingen nicht fassen, der auf dem Stadtfest drei Menschen erstach und mehrere lebensgefährlich verletzte – trotz Großfahndung. Es waren Stunden der Unsicherheit, das Bild einer hilflosen Polizei. Am Ende stellte sich Issa al H. selbst einer Polizeistreife, seine Kleidung soll noch blutverschmiert gewesen sein.

Inzwischen bekannte sich der IS zu der Tat, nannte den Täter von Solingen „einen Soldaten des Islamischen Staates“, der „aus Rache für die Muslime in Palästina und überall“ gehandelt habe. Ein Video eines Verummten soll Issa al H. zeigen, der Ende 2022 als Geflüchteter nach Deutschland kam.

Und ab da bleiben vorerst nur Fragen, die unweigerlichen: Warum diese Tat? Hätte sie nicht verhindert werden können? Und: Haben die Sicherheitsbehörden die Lage noch im Griff? Fragen, die auch die rabiaten Bilder aus Karlsruhe nicht überdecken können.

Es sind auch aber auch politischen Forderungen, die jetzt im Raum stehen, die Hilfslosigkeit vermitteln: Messer verbieten, Grenzen dichtmachen, nun auch nach Syrien und Afghanistan abschieben. Es bleibt das Problem, dass schnelle, harten Antworten verlangt werden, wo die zentralen Fragen längst noch nicht geklärt sind. Was war das Motiv? Ab wann verfolgte er seinen Plan? Radikalisierte er sich erst hierzulande oder schon zuvor? Hatte er wirklich Kontakt zum IS? Und wenn ja, war er ein Einzeltäter, der sich erst kurz vor der Tat mit der Terrorgruppe in Verbindung setzte? Oder war er Teil eines Netzwerks, wurde gar für das Attentat beauftragt? Wir wissen all dies noch nicht. Aber genau davon hängen die Antworten ab, die jetzt gegeben werden müssen.

Was dagegen klar scheint: Die Sicherheitsbehörden haben es auch in Deutschland wieder mit einem Islamismus zu tun, von dem viele dachten, dass er mit der Niederlage des „Is-

lamischen Staats“ in Syrien und dem Irak 2019 erledigt sei. Nur war er das nie. Auch zuletzt noch zählten die Sicherheitsbehörden in Deutschland 27.200 Islamisten, in Essen, Hamburg oder Berlin. Immer noch wurden 470 islamistischen Gefährder hierzulande schwerste Gewalttaten zugetraut. Wollen wir über Solingen reden, sollten wir darüber reden.

Die Sicherheitsbehörden zählten in Deutschland 27.200 Islamisten. 470 Gefährdern werden schwerste Gewalttaten zugetraut

Man kann den Sicherheitsbehörden nicht vorwerfen, sie hätten das Problem nicht kommen sehen. Seit dem Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober warnte Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, die Gefahr sei wieder „so hoch wie lange nicht“. Aber tun die Sicherheitsbehörden auch ge-

nug? Offen reden diese über diese Arbeit ja kaum, aber bekannt ist, dass die Behörden nach den 9/11-Anschlägen alles auf die islamistische Gefahr ausrichteten, mit fatalen Folgen für den Blick auf den Rechtsterror. Und dass sie auch nach den islamistischen Angriffen 2016 in Hannover, Ansbach, Würzburg und schließlich auf den Berliner Breitscheidplatz erneut die entsprechenden Abteilungen weiter stärkten. An Personal mangelt es also nicht. Und auch nicht an Befugnissen: Die Geheimdienste dürfen Kommunikation mitlesen, Treffpunkte überwachen, Spitzel einsetzen. Tatsächlich wurden zuletzt immer wieder Terrorverdächtige festgenommen, 15 Anschläge wollen die Sicherheitsbehörden nach eigener Auskunft in den vergangenen Jahren verhindert haben.

Das Problem der Sicherheitsbehörden bleibt: Sie müssen Terrorwillige überhaupt erst mal auf dem Schirm haben – und richtig bewerten. Viele der zuletzt Radikalisierten taten dies aber im Stillen, abseits von Szenetreffpunkten, aufgeputscht von Social-Media-Content. Es waren dann oft noch ausländische Geheimdienste, vornehmlich aus den USA, die den Deutschen halfen und entscheidende Hinweise auf Terrorverdächtige gaben. Und

es ist kein Geheimnis, dass die Befugnisse dort weitergehend sind.

Die Frage ist: Sollen nun auch die deutschen Geheimdienste aufgerüstet werden? Wollen wir eine digitale Rasterfahndung? Wollen wir flächendeckende, anlasslose Kontrollen in Fußgängerzonen, wie sie Markus Söder ins Spiel bringt? Heimliche Durchsuchungen von Wohnungen, wie es Nancy Faeser zuletzt in einen Gesetzentwurf schrieb? Eine offene Gesellschaft kann das nicht wollen. Der Preis ist: Eine Unsicherheit wird bleiben.

Nichts aber hindert diesen Staat und seine Sicherheitsbehörden daran, weiter sehr präzise die islamistische Terrorgefahr in den Blick zu nehmen – ihre Netzwerke, ihre Anheizer, ihre Trefforte. Nichts, islamistische Propaganda aus Onlinekanälen zu verbannen. Nichts, aufpeitschende Gruppen wie „Generation Islam“ in die Schranken zu weisen und wenn möglich zu verbieten. Und vor allem hindert diesen Staat nichts, auf breiter Front auf Präventionsprojekte zu setzen, um Radikalisierungen schon im Keim zu verhindern. Ja, auch damit wird am Ende keine absolute Sicherheit garantiert. Aber das ist der Weg, den eine Gesellschaft gehen muss, wenn sie ihre Freiheiten nicht preisgeben will.



Die verlassene Fabrik, in der das Filmprojekt stattfindet, steht synonym für den Leerstand der Stadt
Foto: madonnenwerk

Wir Kinder von Nordhausen

Liebe, Nervenkitzel und Selbstverletzungen: Bei einem Filmprojekt in Thüringen bestimmen Jugendliche Themen und Szenen. Das zeigt nicht nur die Stärken kultureller Jugendbildung

Aus Nordhausen **David Muschenich**

Anfangs scheint der Tanz in der alten Fabrikhalle harmonisch. Auf dem ölverschmierten Boden wiegen sich zwei Mädchen zu den Klängen von „Schwanensee“. Zwei taktvolle Schritte, ein Griff nach der Hand, innig herangezogen und ein abrupter Stoß. Die klassische Musik steigert sich. Noch ein Stoß, dann ein Schlag, ein Mädchen geht zu Boden. Mit stolpernden Schritten richtet sie sich auf, fällt erneut und bleibt liegen, während Schwanensee allmählich verstummt. Dieses Mal siegt der Tod über die Liebe.

Die Kamera fährt noch einmal dicht auf das Mädchen am Boden zu, hält auf ihr Gesicht. In der Fabrik riecht es metallisch und chemisch. Massive Betonsäulen tragen das Wellblechdach. Wasser tropft wie leichter Regen in eine Pfütze. Dann steht die 14-jährige Lee auf, läuft lächelnd zurück zur applaudierenden Film-Crew und versucht sich dabei den Dreck vom rechten Ärmel zu klopfen. Szene geschafft, auf zur nächsten.

Die leere Fabrik dient an diesem Montag kurz vor den Sommerferien in Thüringen einem knappen Dutzend Jugendlichen im Alter von 13 bis 15 Jahren als Filmkulisse. Sie arbeiten gemeinsam mit zwei Kamerafrauen, einem Tonassistenten, einem Dramaturgen, einer Visagistin, einer Kostümbildnerin und einer Regisseurin an einem Filmprojekt. Die Idee: In selbstgestalteten Szenen zeigen die Jugendlichen, welche Themen sie bewegen, beschäftigen.

In dem Tanz zu Schwanensee verarbeitet Lee zum Beispiel die Themen Liebe und Zusammenbruch, wie sie etwas später erklärt: „Man denkt, man hat die wahre Liebe gefunden – bis einen der Partner betrügt. Oder umbringt, wie in meiner Szene. Ich spiele da eine Frau, die von ihrem Mann an dem Tag ermordet wurde, an dem sie eigentlich heiraten sollten.“

Als Regisseurin leitet Christina Friedrich das Projekt. Sie ist selbst in Nordhausen geboren und aufgewachsen und arbeitete schon in Japan, Marokko, der Schweiz und Israel. Mit den Jugendlichen in Nordhausen hat

sie bereits bei zwei weiteren Filmen gearbeitet. Aber dass die dieses Mal maßgeblich selbst die Szenen kreieren, ist neu. Beim Dreh beobachtet Friedrich eher, gibt kaum Anweisungen. Höchstens den Kamerafrauen sagt sie: „Noch näher ran.“ Ist die Kamera aus, regt sie bei den Jugendlichen an, wie sie sich bewegen könnten oder besser ins Licht treten.

Dass Kinder und Jugendliche abseits von Fernsehen und Netflix mit Schauspielerei in Berührung kommen, ist selten. In der letzten Thüringer Kinder- und Jugendbefragung besuchen drei Viertel der Befragten selten oder nie kulturelle Veranstaltungen wie das Theater – geschweige denn, dass sie selbst auf die Bühne traten. So haben sie wenig Möglichkeiten, in andere Rollen zu schlüpfen oder andere Perspektiven einzunehmen. In Kommunen gilt die Förderung für kulturelle Bildungsangebote dann oft als streichbar – obwohl sie zum gegenseitigen Verständnis und damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt.

An diesem Montagnachmittag in der Fabrik kurz vor den Sommerferien ist es erst halb fünf Uhr, doch durch die dunklen Wolken ist es düster. Hier ist die Zeit stehen geblieben: Auf allen Fabrikuhren ist es immer kurz nach acht. Von 1991 bis Ende 2020 fertigte der US-Konzern Eaton hier in Nordhausen Ventile für die Automobilindustrie. Dann schloss die Fabrik in der Pandemie, weil Konkurrenz in Asien die Produkte zu geringeren Preisen anbieten konnte. Die leere Industriehalle kaufte der Nordhäuser Unternehmer Axel Heck.

Da Heck die Arbeit von Christina Friedrich inhaltlich gut findet, dürfen sie in der Fabrik filmen. „Das ist nicht selbstverständlich“, betont Friedrich. Für sie ist die leere Brache dabei mehr als alte Mauern mit dickem Wellblechdach. Sie sei ein Trauerort, „der synonym für ganz viele Orte der Stadt steht, in denen etwas nicht mehr existiert. Viele geschlossene Kom-

binare, also ehemalige Fabriken, das geschlossene Freibad.“ Und es sei ein Ort, an dem die Jugendlichen mit der Biografie ihrer Eltern in Berührung treten.

Fast vier Jahre steht die Arbeit im Eaton-Werk still. Nicht irgendwo am Stadtrand, sondern kaum zehn Minuten zu Fuß vom Bahnhof entfernt. Die überraschende Schließung erinnert unweigerlich an die Zeit nach der Wende. Auch Nordhausen blieb bei der Wiedervereinigung nicht vom Plattmachen der Betriebe und den damit einhergehenden Jobverlusten verschont. Seit 1990 geht die Einwohner:innenzahl kontinuierlich zurück. Heute leben etwa 41.000 Menschen in der Stadt.

Auf einem gefederten Fahrrad rollt Josephine über den ebenen Boden der Fabrikhalle. Unter dem Dach zwitschert ein aufgeregter Vogel. Ihr Ziehvater hat bis zum letzten Tag in der Fabrik gearbeitet, erzählt die 13-jährige. Mittlerweile arbeitet er im Sicherheitsdienst. „Ich will später mal in die Veranstaltungstechnik gehen. Da hilft mir die Erfahrung hier auch“, sagt sie über den Dreh. Ihre Anliegen im Film sind Selbstverletzung und Verschmelzung.

Wie kommen die Jugendlichen eigentlich auf die Themen? „Abgesprochen hat sich keiner“, sagt Josephine. Es gehe eben um die eigenen Emotionen, das, was einen bewege. „Wir zeigen anderen Jugendlichen, die das Gleiche durchmachen, dass es normal ist“, sagt sie.

Ihr Kollege Lukas ist schon im Kostüm, trägt einen schwarzen Ledermantel und eine weiße Hemdkrause, wie sie im 17. Jahrhundert beliebt war. Er ergänzt: „Es gibt viele Jugendliche, die ihre Probleme für sich behalten und nicht darüber sprechen. Der Film soll einen Anreiz geben, zu sagen: ‚Das ist normal, ich kann darüber reden und werde nicht ausgelacht oder gemobbt.‘“ Seine Themen im Film sind Glaube und Freude.

Beim Dreh hofft die Tänzerin Lee etwas für ihre berufliche Zukunft mitzunehmen. „Theater, Filmen, Schauspielern, das in-

teressiert mich, und vielleicht möchte ich das mal versuchen, wenn ich erwachsen bin.“ Sie träumt von größeren Projekten, auch von Actionfilmen. Lee wurde in Nordhausen geboren, aber zum Studieren, da träumt sie vom Ausland, etwa England. Die Chancen auf eine große Zukunft in der kleinen Stadt seien gering.

Seit 1990 geht die Einwohner:innenzahl kontinuierlich zurück

Zu Christina Friedrichs Zeit in Nordhausen an der Schule „Wladimir Iljitsch Lenin“, die mittlerweile abgerissen wurde, lernte sie Akkordeon zu spielen. Damals sei das üblich gewesen. „Es gab monatliche Theaterbesuche, die kostenlos waren.“ Heute sehe das anders aus. „Es gibt da kein durchgehend nutzbares Angebot für Kinder und Jugendliche.“ In Nordhausen noch weniger als in westdeutschen Städten.

Wenig kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche in Nordhausen? Martina Degenhart widerspricht da – zumindest teilweise. Auch sie ist in Nordhausen aufgewachsen und leitet seit 2009 die Jugendkunstschule. „Wir haben in der Stadt ein verhältnismäßig großes Angebot an Kinder- und Jugendarbeit im kulturellen Bereich“, sagt sie. Damit meine sie etwa den Kinderzirkus Zappellini, das Junge Theater oder eben die von ihr geleitete Jugendkunstschule selbst.

Aber ja, räumt sie ein, das Angebot erreiche nicht alle. Wen nicht? Um das zu verstehen, muss man wissen, Nordhausen lässt sich in die Oberstadt und in die Unterstadt aufteilen. Die unterscheiden sich, zugespitzt gesagt, so: In der Oberstadt stehen die Villen, in der Unterstadt stehen die Plattenbauten. Und dort,

das stimme, sei wirklich keins der Angebote direkt vor der Tür.

Zudem, erklärt Degenhart behutsam weiter, motivierten vor allem Eltern ihre Kinder, Zeichnen oder Schauspielern in den Kursen zu lernen. Wie in anderen Bildungsbereichen gilt auch bei der Kultur: Die soziale Herkunft beeinflusst maßgeblich, wo es für Kinder langgeht. In der Unterstadt leben mehr Kinder in finanziell schwierigen Verhältnissen, so erzählt es Degenhart.

Doch trotz Gebühren braucht es finanzielle Förderung von der Kommune. „Da wäre ein bisschen mehr Planungssicherheit gut. Wenn die Haushalte eng werden oder der Stadtrat auf andere Bereiche mehr Wert legt, dann sind wir sehr schnell von Kürzungen bedroht.“ Wie das in Zukunft aussieht? Ende der Woche wählt Thüringen einen neuen Landtag. Schon bei der Kommunalwahl Ende Mai bekam die AfD in Nordhausen 35 Prozent der Stimmen für den Stadtrat. Auch Martina Degenhart sitzt im Stadtrat, allerdings für die Linke. Sie sei besorgt, ob die Kulturvereine noch weiter gefördert werden.

Die Jugendkunstschule unterstützt das Filmprojekt der Jugendlichen mit Christina Friedrich finanziell und bei der Organisation. Die Regisseurin kenne sie schon eine Weile, erzählt Degenhart. „Wir sind sehr froh, das mit ihr machen zu können.“ Friedrich befähige die Jugendlichen, ihre Ideen auszudrücken und „bündelt das dann zu einem einzigartigen Werk“.

In der Fabrikhalle schaut Christina Friedrich über die Schulter ihrer Kamerafrau. Es ist dunkel, nur ein schwacher Lichtschein fällt von irgendwoher auf die am Boden sitzende Josephine. Sie hat das linke Bein angewinkelt, über Arme und Beine läuft rote Flüssigkeit. Die Finger zu Krallen gekrümmt, fährt sie darüber, als würde sie sich kratzen. Ganz dicht, direkt vor ihr, schwebt die Kamera. Selbstverletzung, auch das ist ein Thema, das Kinder und Jugendliche bewegt.

taz reisen
in die Zivilgesellschaft



Frauenpower und Traumlandschaften – optional mit Wüstentour

Marrakesch – Hoher Atlas – Tazenakht – Zagora – Tamellalt (Dadès-Tal) – Marrakesch

MAROKKO (SÜD) mit Abderrahmane Ammar

Marokko hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine dynamische gesellschaftliche Öffnung erlebt, vor allem durch eine starke Frauenbewegung. Auf einer Fahrt von Marrakesch über den Hohen Atlas zu den Palmenoasen am Draa-Fluss lernen Sie Frauen aus dem Netzwerk „Synergie Civique“ kennen: u. a. die Berber-Künstlerin Fatima Mellal in Tamellalt, Teppichweberinnen in Tazenakht und die sehr aktive Frauengruppe „El Amane“ in Marrakesch.

5. bis 17. Oktober, ab 1.890 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (030) 25 90 21 17
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

bundes **talk** 



bundestalk

Die „Übergangsregierung“

Wieder ein Ampelstreit. Diesmal ausgelöst von Grünen-Chef Omid Nouripour, der sich beim Ampel-Bashing sonst zurückhält. Ist die Koalition endgültig am Ende? Darüber diskutiert **Sabine am Orde** mit **Cem-Odos Güler**, **Tobias Schulze** und **Stefan Reinecke**.

Jetzt hören!



Adolf Hitler beim Propagandamarsch durch die Straßen Weimars während des ersten Reichsparteitages der NSDAP 1926
Foto: ullstein bild

Als rote zu braunen Hochburgen wurden

Vor 95 Jahren feierten die Nationalsozialisten erste relevante Wahlerfolge bei einer Landtagswahl – Thüringen wurde zum sogenannten Mustergau. Heute ist dort der Zuspruch zur Rechten erneut stark

Von Oliver Bahl

Die Weimarer Republik gilt als eine krisengeschüttelte, politisch umkämpfte Episode, an deren Ende die Schreckensherrschaft der Nazis steht. Velerorts wandten sich die Menschen über die 14 Jahre, die die erste deutsche Demokratie bestand, den extremen Rechten zu. Doch was sich in Thüringen abspielte, sticht ins Auge.

Eigentlich startete das kleine Land zwischen Wartburg und Vogtland als linke Musterregion in die 1920er Jahre. Hier befanden sich Zentren der Arbeiterbewegung mit einer langen roten Wahlkontinuität. Eine regierende SPD sorgte für eine bis dato beispiellose Kulturpolitik; erstmals in Deutschland wurde hier etwa die Prügelstrafe in Schulen verboten. 1923 kam es sogar zu einer roten Landeskoalition mit der KPD – eine Rarität! Ab dem Jahr darauf wandelte sich jedoch die politische Landschaft. Konservative Parteien errangen die Oberhand und die noch kleine NSDAP wurde durch rechtsbürgerliche Regierungen geradezu hofiert, um sich ihre Unterstützung im Landtag zu sichern. Während sie in anderen Teilen Deutschlands noch lange eine unbedeutende Splittergruppe blieb, wurde sie hier immer größer. Bei den Landtagswahlen 1929 erhielt die Thüringer NSDAP schließlich über 11 Prozent – genug, um eine Koalition mit rechtsnationalen Parteien einzugehen und erstmals in ihrer Geschichte einen Minister zu stellen. 1932, am Vorabend der Machtergreifung, bekam sie hier gut 43 Prozent. Das Besondere am Zulauf der Thüringer NSDAP war, dass nicht nur ihr

mittelständisches Stammklientel hinter ihr stand, sondern sich auch erstmals in vielen ehemals linken Arbeitermilieus das Stimmungsbild wandelte. Während das linke Lager in Ostthüringen noch recht stabil blieb, wurden vor allem im Süden und Westen des Landes viele rote zu braunen Hochburgen.

Besonders bei sogenannten Heimarbeiter:innen konnte die NS-Bewegung punkten. Arbeiter:in war eben nicht gleich Arbeiter:in. Anders als bei der klassischen Industriearbeit in Fabriken, die vor allem in Ostthüringen die Norm darstellte, waren etwa in der Spielzeugbranche Südthüringens die meisten in Heimarbeit beschäftigt. Hier produzierte man auch für eine Firma, jedoch in den eigenen vier Wänden. Statt am Feierabend mit den Kolleg:innen ein Bier zu trinken, hatte man die Familie um sich, die in der Regel mitarbeiten musste. Dies hatte auch eine politische Komponente: Statt sich als ein Proletariat mit gemeinsamen Zielen zu begreifen, war die Einzelkämpfermentalität in Heimarbeiterkreisen weit verbreitet. Viele sahen sich noch als selbständige Handwerker:innen, ganz so als hätte nie eine Industrialisierung stattgefunden. Bürgerliche Normen waren hier weit verbreitet, ebenso die Bindung zur Kirche. Auch gewerkschaftlich organisierten sich hier die wenigsten, wohingegen es in Ostthüringer Städten wie Gera quasi zum guten Ton gehörte.

Paradoxe Weise erwiesen sich gerade die Verhältnisse der Heimarbeit katastrophaler als woanders. Tägliche Arbeitszeiten von 14 Stunden für einen Hungerlohn waren keine Seltenheit. Eine gefährliche Kombination: Die miserable wirtschaft-

liche Lage gepaart mit einer bürgerlichen Identität und der Ablehnung der Arbeiterbewegung führte zu einem Protestwahlverhalten, von dem die NSDAP profitierte. Die propagierte ein Image, was die Geschichtsforschung später veranlasste, von der „ersten deutschen Volkspartei“ zu sprechen. Ihr Arbeiterbegriff umschloss alle, die irgendwie arbeiteten, egal ob am Fließband, im Büro oder auf dem Acker, egal ob selbständig oder beschäftigt. Man konnte diese „Arbeiterpartei“ mit gutem Gewissen wählen, ohne sich zum dreckigen Klischee des Proletariats zählen zu müssen. Gleichzeitig sprach man die Arbeiterschaft bewusst an, spielte mit Begriffen wie „Sozialismus“ und brach teilweise in rote Milieus ein. So war es letztlich nicht nur die Heimarbeiterschaft, die zu Hitler kam, sondern auch viele Industriebeschäftigte.

Um in Arbeitermilieus einzudringen, egal ob sie Fabrik- oder Heimarbeit ausübten, musste die NS-Bewegung jedoch auf mehr als nur die bürgerlichen Tendenzen ihres Wahlvolks setzen. Über Einzelpersonen schufen sich die Nationalsozialisten kleine Bastionen in Arbeitermilieus; Ausgangspunkte, von denen weitere überzeugt werden sollten. Das war umso wichtiger, da die Partei einen „Mittelstandsbau“ besaß; Selbstständige und Beamte waren überrepräsentiert. Agitationsversuche konnten praktisch nur scheitern, wenn etwa gut bezahlte Bankangestellte ihren „Volksgenossen“ an der Werkbank von der arbeiterfreundlichen NSDAP erzählten. In gezielten Gesprächen wurde daher versucht, sogenannte Milieuöffner in der Arbeiterschaft für die eigene Sache zu gewinnen.

Aber auch Aufsätze in NS-Zeitungen eigneten sich hervorragend, indem man Vorbilder schuf: Entweder schrieb man über einen Überläufer oder bestenfalls berichtete die Person selbst – oft noch verifiziert mit Klarnamen und Adresse, was für die damalige Pressepraxis nicht ungewöhnlich war. Als Motiv, das Lager zu wechseln, gab man meist die Enttäuschung über eine korrupte oder zu lasche Arbeiterbewegung an. Tatsächlich

Gezielt im Sinne einer Volkspartei versucht die AfD, alle Schichten anzusprechen

finden sich in der Thüringer NSDAP einige Beispiele von Überläufern. In Steinach bei Sonneberg trat ein Glasarbeiter nach dem Streit mit dem Vorsitzenden aus seiner Gewerkschaft aus und wurde führendes Mitglied der NSBO vor Ort, einer Art Nazi-Gewerkschaft. Im ehemals roten Waltershausen schaffte es die Hitlerbewegung den örtlichen Antiführer sowie einen Betriebsratsvorsitzenden zum Übertritt zu bewegen – viele an der Basis folgten. Und ein ehemaliger Gewerkschafter aus Greiz tourte nach seinem politischen Wandel durch Thüringen und konnte neue Arbeiter:innen rekrutieren. Die Strategie, alle Schichten, gerade auch die Arbeiterschaft, anzusprechen, war zweifelsfrei von Erfolg gekrönt.

Die heutige Situation in Thüringen ist selbstverständlich eine grundsätzlich andere. Statt auf den Ersten Weltkrieg, Inflation und Wirtschaftskrise blicken die Menschen in Thüringen heute auf 40 Jahre DDR und eine in vielen Punkten schiefgelaufene Wiedervereinigung zurück. Doch wenn heute, 100 Jahre später, immer wieder Parallelen gezogen werden zu den krisenhaften 1920er Jahren, in denen die Nationalsozialisten das Fundament für ihre zwölf Jahre währende Schreckensherrschaft legen konnten, lohnt es sich, genauer hinzugucken.

Laut aktuellen Umfragen könnte die AfD in Thüringen stärkste Kraft werden. Gezielt im Sinne einer Volkspartei versucht sie, alle Schichten anzusprechen, von der Oberschicht bis zur Industriearbeiterschaft. Letztere sind seit Jahren im Fokus der Thüringer AfD. Nach 1. Mai-Kundgebungen mit dem Motto „Sozial ohne rot zu werden“ versuchte Fraktionsvorsitzender Björn Höcke 2018 auch eine Streikversammlung im Eisenacher Opel-Werk zu infiltrieren. Inzwischen geht man davon aus, dass etwa ein Drittel der Belegschaft dort die AfD wählt.

Die politische Rechte profitiert auch von einem Vertrauensverlust in die etablierten Parteien. Zwar sind die kurzlebigen Regierungen der Weimarer Republik, eingebettet in ein polarisiertes Vielparteiensystem, schwerlich mit Groko-Überdruss und Ampelfrust der letzten Jahre vergleichbar. Das gilt ebenso für die massiven wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme, die die Weimarer Regierung zu lösen hatte. Doch damals wie heute gilt: Wer unzufrieden ist mit der eigenen wirtschaftlichen Situa-

tion, macht sich auf die Suche nach Alternativen – auch wenn sich diese in manchen Fällen als menschenverachtend darstellen. Heute trägt die AfD diesen Anspruch sogar im Parteiennamen.

Auch die besondere Rolle von Einzelpersonen lohnt es sich damals wie heute in den Blick zu nehmen. Viele Dinge, die vor zehn Jahren als unsagbar galten, sind in vielen Städten heute Alltagsgespräch aufgrund des Einsatzes Einzelner, die die Gesprächskultur in Straßenbahnen, auf Arbeit und an Stammtischen prägen. Björn Höcke sprach bei einem auf Youtube veröffentlichten Bürgerdialog Anfang 2024 davon, dass ein kleiner Thüringer Ort AfD-Werte von über 50 Prozent erreichte, weil eine einzelne Person dort regelmäßig Infomaterial verteilte. Dieses Rezept stellt kein Privileg der politischen Rechten dar. Auch auf linker, bzw. demokratischer Seite kann der Einsatz im persönlichen Umfeld helfen, den öffentlichen Raum zurückzuerobieren und rechter Hetze Paroli zu bieten. Auch das funktionierte damals vielerorts so wie heute – und sollte uns Mut machen.

berichtigung

Eine zur Bank umfunktionierte römisch anmutende Säule in einer Mall war hier gestern abgebildet. Im antiken Rom sahen Einkaufszentren noch besser aus. Wie die Trajansmärkte, im frühen 2. Jahrhundert n. Chr. halbkreisförmig erbaut, sechs Stockwerke hoch. Heute Touri-Magnet wie alles in der Ewigen Stadt.

Die zersplitterte Utopie

Kontrast zwischen Realität und Kunst: Das krisengebeutelte Nigeria präsentiert sich gerade auf der Kunstbiennale in Venedig selbstbewusst mit acht international erfolgreichen Künstler:innen. Welches Bild will das Land von sich vermitteln?

Von **Maxi Broecking**



Viele Benin-Bronzen aus Ton und die Offiziersbüste von Sir Harry Rawson mit Waxprints: Yinka Shonibares „Monument to the Restitution of the Mind and Soul“ im nigerianischen Pavillon während der Kunstbiennale in Venedig
Foto: Andrea Avezzù, Courtesy La Biennale di Venezia

Verträumt mischt sich der Klang Hunderter kleiner Glocken mit dem Rascheln von Gras und Blättern im Wind. Dazu kommen Stimmen aus Lautsprechern, die von Bewegungssensoren gesteuert sind. Als von Pflanzen umschlungener Sendeturm steht die Installation „Pre-Sky/ Emit Light: Yes Like That“ der nigerianisch-amerikanischen Künstlerin Precious Okoyomon im Innenhof eines Palazzos aus dem 16. Jahrhundert in Venedig. Dort präsentiert sich Nigeria noch bis Ende November auf der 60. Kunstbiennale, seit 2015 das zweite Mal mit einem eigenen Länderpavillon.

Den nationalen Auftritt organisiert hat das gerade erst in Benin-City entstehende Museum of West African Art (MoWAA). Man kennt vielleicht die Renderings von seinem erdfarbenen, flachen Bau, entworfen vom international gefeierten aber seit MeToo-Vorwürfen gegen ihn wieder aus dem Rampenlicht zurückgetretenen ghanaisch-britischen Architekten David Adjaye. Das neue MoWAA im Bundesstaat Edo galt in der Restitutionsdebatte länger als jenes Haus, in dem auch die an Nigeria wieder zurückgegebenen sogenannten Benin-Bronzen aufbewahrt werden könnten – bis im letzten Jahr Präsident Muhammadu Buhari verfügte, die in Sammlungen weltweit verhandelten Objekte dem Oba zu übereignen. Und der Oba, als Nachkomme des einst beraubten Königshauses von Benin, hätte für sie lieber ein eigenes Museum.

Solch kulturpolitische Unstimmigkeiten aus Nigeria sollen aber offenbar in Venedig keine Rolle spielen. Denn Aindrea Emelife, die Kuratorin für zeitgenössische Kunst im zukünftigen MoWAA, legt mit ihrem Programm „Nigeria Imaginary“ einen selbstbewussten Auftritt des Landes hin. Acht in der Diaspora lebende Künstler:innen hat sie eingeladen. Die meisten von ihnen sind wie Okoyomon prominent im internationalen Kunstbetrieb etabliert. Sie alle vermitteln das Bild von einem Nigeria, das seit seiner Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft 1960 politisch und wirtschaftlich zwar tief gespalten ist, aber für die Kulturwelt wichtige Stim-

men hervorgebracht hat. Die Biennale, sie ist auch Politik mit den Mitteln der Kunst.

Okoyomon, die 1993 in London geboren wurde und bis zu ihrem siebten Lebensjahr in Nigeria lebte, hat für die Klanginstallation im Hof des Palazzos unterschiedlichsten Menschen auf den Straßen von Lagos dieselben zehn Fragen gestellt. Etwa „Beschreiben Sie einen Morgen, an dem Sie ohne Angst aufgewacht sind“ oder „Was hat das Leiden Ihrer Mutter verursacht?“ Sachte schallen nun in Venedig die Ängste, Albträume und alltäglichen Gewalterfahrungen in Nigeria hin zu den Biennalebesucher:innen, aber auch Träume und Wünsche. Viele hätten geantwortet, sich nicht zu erinnern, wann sie das letzte Mal ohne Angst aufgewacht seien, erzählt Okoyomon im taz-Gespräch während der Ausstellungseröffnung. „Das

Sachte schallen nun in Venedig die Ängste, Albträume und Gewalterfahrungen hin zu den Besuchern

ist eine Reibung von Energie, die sich durch die Städte zieht. Wie eine ständige Vibration, eine Urangst.“ Sie selbst trage ein „zersplittertes Nigeria“ in sich, da sie mit ihrer Mutter in den USA aufwuchs, aber jeden Sommer bei ihrem Vater in Lagos verbrachte. Die Glocken habe sie in Benin-City herstellen lassen, dem Gebiet des schillernden vorkolonialen Königreichs Benin, dessen Reichtum sich zeitweilig selbst aus dem Sklavenhandel mit den Europäern speiste: „Der Klang trägt Erinnerung.“

Wie persönliche Erinnerungen mit der Trauer über die Geschichte des Landes verbunden sind, zeigt auch die Installation „Ilé Oriaku (House of Abundance)“ von Toyin Ojih Odutola. Die Künstlerin, 1985 im nigerianischen Ilé-Ife geboren, in Kalifornien und Alabama aufgewachsen und heute in New York

lebend, wurde bekannt durch ihre mehrschichtig mit schwarzem Kugelschreiber gezeichneten Figuren. Den Hintergrund lässt sie dabei häufig weiß, so wird die Haut zum Ort, an dem die Bildzusammenhänge entstehen. Im Palazzo hat Odutola ihre Malereien in hinterleuchtete Glaskästen geheftet. Durch das Glas etwas verschwommen, fällt der Blick auf die persönliche Erinnerung der Künstlerin an ihre kürzlich verstorbene Großmutter. Die alte Frau, eine Igbo, jene Bevölkerungsgruppe Nigerias, um die sich auch 1967 der nigerianische Bürgerkrieg entfesselte, stellt sie in einem Mbari-Haus dar. Die Tradition dieser nach einem Versöhnungsritual in der Landschaft zerfallenden, offenen Bauten ist während der britischen Kolonialherrschaft und den Folgen des Biafra-Kriegs verloren gegangen. Auf ihren Bildern macht Odutola das Mbari Haus nun zu einer Utopie. „Ich schaffe mir meine Heimat in meiner Arbeit. Das ist das Nigeria, in dem ich leben möchte“, sagt die Künstlerin.

Über die aktuelle Situation von Frauen oder der drastischen Anti-LGBTQ-Gesetzgebung in Nigeria möchte sich die offene queer lebende Künstlerin nicht äußern. Während der Arbeit an den Bildern hörte sie viel nigerianische Highlife-Musik aus der Zeit, als ihre Großmutter eine junge Frau war, in der Zeit der Post-Unabhängigkeit der 1960er Jahre, als im Land kurz Aufbruchstimmung herrschte.

Mit seinem „Monument to the Restitution of the Mind and Soul“ (Denkmal zur Wiedergutmachung von Verstand und Seele) greift der 1962 in London geborene, nigerianisch-britische Künstler Yinka Shonibare erneut die Diskussion um die Restitution der vielen Tausend 1897 von den Briten geraubten Benin-Bronzen auf. Wie so häufig wendet Shonibare dafür den Kunstgriff der Entfremdung an: Eine Reihe von historischen Bronzen ließ er durch Ton nachbilden. Den Kopien setzte er die Büste des damals für die „Strafexpedition“ in Benin leitenden Offiziers Sir Harry Rawson entgegen. In einer Vitrine, „analog zu den Artefakten, die aus ihren rituellen Kontexten herausgenommen wurden“, so der Künstler im Gespräch.

Rawsons Büste ist, wie es Shonibares Skulpturen häufig sind, mit dem Muster vermeintlich traditioneller westafrikanischer Textilien bemalt. Die Waxprints sind jedoch in der Kolonialzeit nach dem Vorbild indonesischer Stoffe in Holland

gefertigt worden (heute werden die bedruckten Textilien viel in China produziert) und fanden in Westafrika einen sehr guten Absatz. „Viele Menschen verstehen nicht, dass die aktuellen Probleme Nigerias aus der Erfahrung kolonialer Unterdrückung kom-

men“, so Shonibare. „Sie haben sich bis heute in die Psyche eingeschrieben.“

„Nigeria Imaginary“: Nigerianischer Pavillon im Palazzo Canal, Kunstbiennale Venedig, bis 24. November 2024

Anzeige

Das Romandebüt von

Micha Lewinsky



Gehen oder bleiben – eine rasante Tragikomödie über die Suche nach Liebe und Sicherheit

Ben Oppenheim kämpft mit Rückenschmerzen, Geldsorgen und den Wirrungen der Liebe und stolpert dabei von einem Ernstfall in den nächsten. Halsbrecherisch, intelligent, paranoid, selbstironisch und voller Humor erzählt Micha Lewinsky die Geschichte eines verunsicherten Mannes im Dauerkrisenmodus.

Ein Romandebüt über die brennenden Themen unserer Zeit.

Mehr unter: diogenes.ch/angekommen

Diogenes



Die Premiere von „Antifa – Schulter an Schulter, wo der Staat versagte“ in Berlin-Friedrichshain
Foto: Selene Magnolia Gatti

Weil der Staat versagte

Der neue Film „Antifa“ des linken Videokollektivs Leftvision erzählt die Geschichte der Bewegung. Was die Lehren für die heutigen Herausforderungen mit der AfD sind, bleibt jedoch unklar

Von Timm Kühn

Eltern, die ihre Kinder durch hakenkreuzverschmierte Plattenbauten manövrieren, Nazis auf Fackelmärschen, Molotowcocktails, die auf Flüchtlingsheime fliegen: Der Einstieg in den Film „Antifa – Schulter an Schulter, wo der Staat versagte“ des linken Videokollektivs Leftvision ist schnell und brutal. Die Zuschauer:innen werden zunächst in die Nachwendzeit geworfen, in die sogenannte Baseballschlägerjahre, in denen der Nationalismus grassiert und Flüchtlingsheime brennen.

Das ehrenamtlich arbeitende Medienkollektiv Leftvision bleibt damit seinem stilistischen Ansatz treu, durch beeindruckende Bildchoreo-

grafien die Lebenswirklichkeit linker Bewegungen verständlich zu machen. „Antifa“ ist der dritte Kinofilm des Kollektivs. Nach „Hamburger Gitter“ (2018), einer Analyse der Polizeigewalt und -militarisierung während des G20-Gipfels in Hamburg, folgte 2022 „Rise up“, eine Spurensuche nach den Beweggründen von Menschen weltweit, die für eine neue, bessere Welt kämpfen.

Stets sind die Filme schnell und mitreißend, arbeiten abwechselnd mit Riotporn und tiefgehenden Interviews. So ist auch „Antifa“ ein radikal parteiischer, subjektiver Film, in dem fünf Antifa-Aktivist:innen der 1990er Jahre ihre Geschichte

erzählen. Eine einordnende Erzählstimme gibt es nicht. Was so entsteht, ist eine gelungene, vielschichtige Selbstreflexion der antifaschistischen Bewegung, die einige aktuelle Fragen zum Umgang mit Faschismus aufwirft – sich dann aber teilweise verweigert, sie auch zu beantworten.

Deutlich wird in den Interviews, wie sich die Antifa der 1990er Jahre in dem Vakuum entwickelte, das die staatliche Untätigkeit gegen Nazigewalt hinterließ. Eindrucksvoll erzählen die Interviewten im Film, wie die Polizei rechte extreme Pogrome laufen ließ, aber groß aufrückte, wenn antifaschistische Aktivist:innen

Flüchtlingsheime verteidigten. „Die Polizei kann das nicht machen, mit dem Faschisten umhauen, also machen wir das für sie. Ist doch logisch, ‘ne?“, sagt ein Hamburger Teenager, vielleicht 17 Jahre, in einer Archivaufnahme. Seine Jugendgruppe nannte sich „Red Cops“ – eine kommunistische Polizei, weil die bürgerliche versagte.

Es war dieser Impuls der Selbstverteidigung, aus dem heraus sich die antifaschistische Gegenwehr professionalisierte. Die Entwicklung wird durch die Interviews detailliert nachgezeichnet. Um führende Neonazis „abfangen“ zu können, beginnen vielerorts Antifagruppen mit umfassender

Recherchearbeit. In einer weiteren Archivaufnahme jammert ein Neonazi in die Kamera: „Die Autonomen haben einen Bespitzelungsapparat aufgebaut, der den Verfassungsschutz bald noch übertrifft.“

Doch schnell wird klar, dass die Nazis mit Gegengewalt allein nicht kleinzukriegen sein werden. Also wird am Aufbau einer Gegenkultur gearbeitet. Jugendklubs werden gegründet und Selbstverteidigungskurse angeboten. Antifagruppen machen Fortbildungen für Lehrer:innen, auch die Öffentlichkeitsarbeit verbessert sich. Selbst unter Bedingungen großer Repression entwickelt sich eine Professionalität,

die junge Antifa der nachkommenden Generation beeindruckten dürfte.

Nicht ganz deutlich wird dann aber, was genau die Lehren für die Herausforderungen heute sind. Angesichts der AfD fällt das Resümee der meisten Interviewten nüchtern aus. „Wenn ich ehrlich bin, war unser Erfolg doch relativ dünn“, sagt einer der Aktivist:innen. In einem Film, der nicht primär Bewegungschonik, sondern politische Intervention sein will, lässt diese Abwesenheit von greifbaren Antworten etwas Unbefriedigung zurück.

Natürlich ist es auch nicht die Aufgabe eines Kinofilms, eine Schritt-für-Schritt-Anleitung gegen den Faschismus zu liefern. Aber schon mit Blick auf die 1990er wäre es wohl hilfreich gewesen, das im Titel angesprochene Staatsversagen etwas näher zu betrachten. Im Film geschieht diese Auseinandersetzung fast ausschließlich mit Blick auf die Polizei. Unter den Tisch fällt dabei aber etwa die Mitschuld der Politik.

So waren es schließlich Union, SPD und FDP, die 1993 auf die rechten Anschläge unter anderem in Mölln und Rostock-Lichtenhagen ausgerechnet mit einer massiven Einschränkung des Asylrechts reagierten. Wie heute versuchten bürgerliche Parteien den Faschismus mit möglichst großen Zugeständnissen an die Faschist:innen zu bekämpfen. Ein Blick erfahrener Antifas auf diesen Teil des Staatsversagens und auch auf die Verteilungskämpfe der Nachwendzeit wäre sicher gewinnbringend gewesen, um doch noch mögliche politische Lehren aufzuzeigen.

Insgesamt liegt der große Wert des Films jedoch darin, einer Generation junger Antifas zu zeigen, wie schon vor ihnen Menschen ihr Leben dem Kampf um Menschlichkeit verschrieben haben. Das ist in Zeiten, in denen der intergenerationale Wissenstransfer durch Corona in vielen Bewegungskontexten unterbrochen wurde, ungemein wertvoll. Zu hören, wie am Ende des Films eine erfahrene Aktivistin sagt: „Ich würd’s genauso immer wieder machen.“

- ARD**
 12.00 Tagesschau
 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
 14.00 Tagesschau
 14.10 Rote Rosen
 15.00 Tagesschau
 15.10 Sturm der Liebe
 16.00 Tagesschau
 16.15 Nachtstreife (6/6)
 17.00 Tagesschau
 17.15 Brisant
 18.00 Gefragt – Gejagt
 18.50 WaPo Bodensee: Blindgänger. D 2022
 20.00 Tagesschau
 20.15 Fußball: DFB-Pokal
 23.15 Money Maker
 23.45 Tagesschau
 23.55 Sophie kocht
 1.30 Willkommen in Lüsgraf
 3.00 Naturwunder
 Gemüsegarten: Die große Welt der kleinen Tiere
 3.45 Europamagazin

- ZDF**
 12.00 heute
 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
 14.00 heute – in Deutschland
 14.15 Die Küchenschlacht
 15.05 Bares für Rares
 16.00 heute – in Europa
 16.10 Die Rosenheim-Cops: Mörderische Volksmusik. D 2008
 17.00 heute
 17.10 hallo deutschland
 18.00 SOKO Köln: Vor die Hunde. D 2023
 19.00 heute
 19.25 Die Rosenheim-Cops: Ein Unfall mit Folgen. D 2021
 20.15 Kamala Harris – Die erste Frau im Weißen Haus?
 21.00 frontal
 21.45 heute-journal
 22.15 Wenn Helfen gefährlich wird – Einsatzkräfte in Not
 22.45 Markus Lanz
 0.00 heute journal update
 0.15 Papillon. Drama. CZ/E/ USA 2017. Regie: Michael Noer. Mit Charlie Hunnam, Rami Malek
 2.15 The Tourist – Irisches Blut (4/6)

- 3.10 Die Rosenheim-Cops: Mörderische Volksmusik. D 2008
 3.55 WISO

- RTL**
 12.00 Punkt 12
 15.00 Barbara Salesch
 16.00 Ulrich Wetzell
 17.00 Verlag mich doch!
 17.30 Unter uns
 18.00 Explosiv – Das Magazin
 18.30 Exklusiv
 18.45 RTL Aktuell
 19.05 Alles was zählt
 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
 20.15 Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden
 22.25 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
 22.45 RTL Direkt
 22.55 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
 23.15 Extra – Das RTL Magazin
 0.00 RTL Nachtjournal
 0.35 Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden
 2.25 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
 3.10 Der Blaublicht-Report
 3.40 Explosiv – Das Magazin

- SAT.1**
 12.00 Auf Streife
 17.00 Lebensretter hautnah
 18.00 Notruf
 19.00 Die Landarztpraxis
 19.45 SAT.1 newstime
 20.15 Navy CIS: Ducky. USA 2024
 21.15 Navy CIS: Hawaii: Bruchlandung. USA 2024
 22.15 FBI: Special Crime Unit 2
 0.10 Navy CIS
 1.50 FBI: Special Crime Unit
 2.30 FBI: Most Wanted: Mann ohne Heimat. USA 2022
 3.10 Auf Streife
- Pro 7**
 12.25 Two and a Half Men
 14.10 The Middle

tagestipp

„Ich bin froh, in Amerika nicht wählen zu müssen, ich wüsste nicht, für wen ich stimmen würde.“ Na, wer hat das der „Zeit“ gesagt? Genau – die Chefin der Drückerkolonne Frieden und Sozialismus. Ach Amerika, du hast es mal wieder besser!

„Kamala Harris – Die erste Frau im Weißen Haus?“, ZDF, 20. 15 Uhr



Foto: Brian Spurlock/epa/zdf

- 15.10 The Big Bang Theory
 17.00 taff
 18.00 ProSieben :newstime
 18.10 Die Simpsons
 19.05 Galileo
 20.15 Das Jenke-Experiment
 22.35 Uncovered
 0.50 Das Jenke-Experiment
 2.55 Uncovered
- K.I.K.A**
 7.45 Sesamstraße
 8.10 Zacki und die Zoobande
 8.30 Die Biene Maja
 9.00 Heidi
- 9.45 Wir sind die Dorfbande
 10.20 Belle und Sebastian
 11.10 Lassie
 12.15 H2O
 13.05 krass nass! 13.30logol
 14.10 Tiere bis unters Dach
 15.00 H2O
 15.45 Mia and me
 16.35 Der kleine Prinz
 17.00 Simsalagrinn
 17.25 Yakari
 17.50 Pinocchio im Zauberdorf
 18.15 Feuerwehrmann Sam
 18.35 Löwenzähnen

- 18.50 Unser Sandmännchen
 19.00 Peter Pan
 19.25 purr
 19.50 logol
 20.00 KiKA Live
 20.10 RUN4U

- ARTE**
 8.10 Stadt Land Kunst
 9.00 Tierische Kämpfe
 10.30 Mikroben – Die wahren Herrscher der Erde (2/2)
 11.15 Insekten
 12.10 Alte Mordfälle – Neue Spuren
 12.40 Stadt Land Kunst
 14.15 Trapez. Zirkusfilm. USA 1956. Regie: Carol Reed. Mit Burt Lancaster, Gina Lollobrigida
 16.00 Hochzeit auf Italienisch. Komödie. I/F 1964. Regie: Vittorio De Sica. Mit Sophia Loren, Marcello Mastroianni
 18.30 Straße Europas (2/6)
 19.20 Arte Journal
 19.40 Zeitreise ins Steinzeit-Camp
 20.15 Durch Mord zur absoluten Macht – Hitler dezimiert die SA
 21.45 Der Sohn des Mullahs
 23.15 Frau, Leben, Freiheit – Eine iranische Revolution
 0.10 Tracks Spezial
 0.45 Hongkong – Eine Stadt im Widerstand
 2.30 Krieg der Bilder – Der Kalte Krieg in Kindercomics und Zeichentrickfilmen
 3.25 42 – Die Antwort auf fast alles
 3.45 Mit offenen Augen
 4.00 28 Minuten
 4.57 Sendepause

- 3SAT**
 18.30 Verborgene Vulkane: Wie gefährlich sind sie?
 19.00 heute
 19.20 Kulturzeit
 20.00 Tagesschau
 20.15 Bis zum letzten Tropfen
 21.45 Erlebnisreisen
 22.00 ZIB 2
 22.25 Hitlers Macht

- 0.40 10vor10
 1.10 Der Mann mit dem Vogel – Ein Schweizer Hobby-Ornithologe und seine Eule
 1.45 Hart aber fair
 3.00 Bis zum letzten Tropfen

- BAYERN**
 18.00 Abendschau
 18.30 BR24
 19.00 Der tödliche Unterschied (2/3)
 19.30 Dahoam is Dahoam
 20.00 Tagesschau
 20.15 Irgendwie und Sowieso
 21.50 BR24
 22.05 Mord in bester Gesellschaft: Winters letzter Fall. D 2017
 23.35 Brokenwood – Mord in Neuseeland (3/4)

- SWR**
 18.00 SWR Aktuell RhPf
 18.15 SWR Landesschau RhPf
 19.30 SWR Aktuell RhPf
 20.00 Tagesschau
 20.15 Marktcheck checkt ...
 21.00 Was kostet...
 21.45 SWR Aktuell RhPf
 22.00 Hannes und der Bürgermeister
 22.30 Verstehen Sie Spaß?
 23.15 kabarett.com
 0.00 Ladies Night
 0.45 Hannes und der Bürgermeister

- HESSEN**
 18.00 Maintower
 18.25 Brisant
 18.45 Die Ratgeber
 19.15 alle wetter
 19.30 rbb24 Abendschau
 20.00 Tagesschau
 20.15 Auftrag Luxus
 21.00 Die Aufräumexpertin – Warum Ordnung glücklich macht
 21.45 Rettung für das rote Höhenvieh – Biozucht aus Niedenstein
 22.15 hessenschau
 22.30 Bäckström (1/6): Die Insel. S/D 2020

- MDR**
 18.10 Brisant
 19.00 MDR Regional
 19.30 MDR aktuell
 19.50 Einfach genial
 20.15 Umschau
 21.00 Oval der Rekorde: Das Dresdner Heinz-Steyer-Stadion
 21.45 MDR aktuell
 22.10 Die Bibliothek brennt – 20 Jahre nach der Tragödie von Weimar
 22.55 Polizeiruf 110: Es ist nicht immer Sonnenschein. DDR 1983
 0.15 Rentnercops: Mord vor der Hochzeit. D 2023

- PHOENIX**
 12.00 phoenix vor ort
 12.45 phoenix plus
 13.15 phoenix plus
 14.00 phoenix vor ort
 14.45 phoenix plus
 15.30 phoenix plus
 16.00 Hart an der Grenze – Geschichten aus Zittau (1/2)
 16.45 Hart an der Grenze
 17.30 phoenix der tag
 18.00 Terra X Harald Lesch
 18.30 Traumziele Südostasiens
 19.15 Traumziele Südostasiens
 20.00 Tagesschau
 20.15 Das Berner Oberland (1/2)
 21.00 Das Berner Oberland (2/2)
 21.45 heute-journal
 22.15 phoenix runde
 23.00 phoenix der tag
 0.00 phoenix runde
 0.45 Das Berner Oberland (1/2)
 1.30 Das Berner Oberland (2/2)
 2.15 Geheimnisvolle Schlösser (2/2)
 3.00 Geheimnisvolle Schlösser (1/2)
 3.45 Moritzburg – Ein Kurfürst und drei Haselnüsse
 4.30 Schloss Reinhardsbrunn – Thüringens verlorenes Paradies

- NDR**
 18.00 Ländermagazine
 18.15 Zwischen Windrad und Wellen – Mit dem Offshore-Wartungsschiff auf der Nordsee
 18.45 DAS!
 19.30 Ländermagazine
 20.00 Tagesschau
 20.15 Visite
 21.15 Panorama 3
 21.45 NDR Info
 22.00 Tatort: Pleitegeier. D 1988
 23.40 Weltbilder
 0.10 The Princess – Lady Diana
- RBB**
 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter
 19.30 rbb24 Abendschau
 20.00 Tagesschau
 20.15 Hirschhausen – Medizin von morgen
 21.00 Notfall Rettung – Wenn die Hilfe versagt
 21.45 rbb24
 22.00 Blue Moon
 0.00 Rosenstolz – Liebe ist alles (4/4)
 0.25 Hauptstadtderby – der Union- und Hertha-Podcast

Drohende Vorherrschaft

Beim Gewinn des Supercups gegen den VfL Wolfsburg zeigen die Fußballerinnen des FC Bayern eine Souveränität, die die Bundesliga durchaus beunruhigen darf

Aus Dresden **Frank Hellmann**

Es ist auch aus Gründen der Nachhaltigkeit begrüßenswert, dass eine fast schon vergessene Trophäe aus der verstaubten Vitrine plötzlich wieder Verwendung findet. Es war das zuletzt vor 27 Jahren vergebene Original, das Glóidís Viggósdóttir als Kapitänin des FC Bayern nach dem gewonnenen Supercupfinale gegen den VfL Wolfsburg (1:0) in Dresden stemmte. Vermutlich fiel es der Isländerin gar nicht auf, dass Spezialisten von der Silberware die einstige Aufschrift „Damen“ entfernen hatten.

So hieß das ja noch, als Grün-Weiß Brauweiler sich das letzte Mal auf dem Cup verewigte. 1997 waren 800 Augenzeugen auf einem Dorfsportplatz von Eintracht Rheine zugegen, am Sonntag schauten nun 16.690 Zuschauer in der Heimstätte des Traditionsvereins Dynamo Dresden zu. Der neuerdings die Pressekonferenzen nicht mehr in Englisch abhaltende Bayerncoach Alexander Straus suchte später nach dem passenden Wort, um die Atmosphäre vor dem dankbaren Publikum der Elbmetropole zusammenzufassen. „Wie sagt man in Deutsch? Geill!“, so der 48 Jahre alte Norweger.

Das vom Meister ausgesandte Signal mit Blickrichtung aufs Bundesliga-Eröffnungsspiel bei Aufsteiger und Altmeister Turbine Potsdam (Freitag 17 Uhr) ist nicht zu unterschätzen. Bei den Frauen könnte eine Vorherrschaft folgen, die an die frühere Hegemonie der FCB-Männer erinnert. „Für mich ist der FC Bayern der Favorit auf die Meisterschaft“, hob VfL-Trainer Tommy Stroot hervor. Mit der wohl noch bis Jahresende ausfallenden Lena Oberdorf (Bayern), Dominique Janssen (Manchester United) und Ewa Pajor (FC Barcelona) habe man drei Schlüsselspielerinnen verloren. Aber eines machte der am Saisonende scheidende 35-Jährige klar: „Wenn die Bayern was liegen lassen, wollen wir da sein. Wir wollen sie pushen ohne Ende.“

Nur: Die von Klara Bühl veredelte Vorstellung belegte, dass der Kader der Konkurrentinnen breiter und besser aufgestellt war. „Es hat unglaublich viel Spaß gemacht. Es war



ein cooles Erlebnis“, fand die früh erfolgreiche Stürmerin (9.), die wie neun andere Nationalspielerinnen nur 16 Tage nach dem gewonnenen Spiel um Olympia-Bronze gegen Spanien wieder auf dem Platz stand.

„Wir haben ein Zeichen gesetzt, dass wir in großen Duellen stabil sind. Ein Sieg gegen Wolfsburg ist

„Wir haben ein Zeichen gesetzt, dass wir in großen Duellen stabil sind“

Bayern-Keeperin **Maria Luisa Grohs**

immer was Besonderes“, konstatierte Bayerns Keeperin Maria Luisa Grohs, die vor den Augen von Bundestrainer Christian Wück erneut so stark hielt, dass die wieder offene Tor-

wartfrage eigentlich nicht nur auf Ann-Katrin Berger als Deutschlands Fußballerin des Jahres und Merle Frohms als langjährige Stammtorhüterin beschränkt werden müsste.

Auf der Tribüne zeigte sich die geballte DFB-Führungsspitze zufrieden, dass das Comeback des oft als Kunstprodukt bekrittelten Supercups glückte. Präsident Bernd Neundorff sprach von einem „wunderbaren Rahmen“. Bei einer Talkrunde im Vorfeld mahnte DFB-Geschäftsführer Holger Blask weitere Maßnahmen als nur die Aufstockung auf 14 Klubs zur Saison 2025/2026 an, „um aus dem Frauenfußball ein selbst tragendes System zu machen“. Und weiter: „Wir wollen, dass der Beruf der Profifußballerin ein attraktiver ist.“

Nicht nur bei Ausbildungsvereinen wie der SGS Essen leben viele Akteurinnen von der Hand in den Mund. Dennoch schießt bereits je-

der Lizenzverein im Schnitt knapp zwei Millionen Euro pro Saison zu. Blask befindet sich für einen Wachstumsplan in Gesprächen mit den Liga-Vertretern, um Sichtbarkeit und Vermarktung sukzessive zu erhöhen – und irgendwann auch Mindestgrundgehälter von rund 3.000 Euro brutto für jede Bundesligaspielerin zu garantieren. Völlig offen, wie die Erlösseite gesteigert werden kann – ein weiterer Partner der Liga, der vielleicht Anteile einer ausgelagerten Gesellschaft erwirbt, ist zumindest ein Denkmodell. Der Investitionsbedarf wird inklusive der Verbesserung der Stadioninfrastruktur auf fast 100 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren geschätzt. Wie viel Ausdauer noch erforderlich sei, machte Katharina Kiel, Technische Direktorin vom Tabellendritten Eintracht Frankfurt, deutlich: „Wir sind bei einem Triathlon und kommen gerade aus dem Wasser.“

Diese Saison eindeutig den Fuß vorn? Sarah Zadrazil gegen Wolfsburgs Svenja Huth
Foto: Reuters/Annegret Hilse

was alles nicht fehlt

Sommermärchen-Prozess: Der Prozess gegen Wolfgang Niersbach rund um das Sommermärchen 2006 steht kurz vor dem Ende. Einstige Spitzenfunktionäre des DFB sollen im April 2005 eine an die FIFA erfolgte Zahlung in Höhe von 6,7 Millionen Euro unrechtmäßig als Betriebsausgabe deklariert haben. Daraufhin startete ein Verfahren wegen Verdachts auf Steuerhinterziehung in einem besonders schweren Fall. Niersbach war laut RichterIn möglicherweise nicht explizit an den Abläufen beteiligt. Deshalb wurde nun eine Vereinbarung gefunden – Niersbach muss 25.000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung bezahlen, um den Prozess für ihn zu beenden.

Noch ein Weltrekord: Nur 20 Tage nach seiner Goldmedaille bei Olympia mit Weltrekord verbessert Armand Duplantis erneut seine Bestmarke im Hochsprung. Beim Diamond-League-Meeting in Chorzów sprang der Schwede 6,26 Meter und damit einen Zentimeter höher als noch in Paris. Der 24-Jährige bekommt für diesen Weltrekord von der Diamond-League eine Prämie von 45.000 Euro. Bei einer Leichtathletik-WM werden sogar 100.000 Euro für einen Weltrekord ausgeschüttet.

24 Millionen für Trikot: Ein Trikot der Baseballlegende Babe Ruth hat für eine Rekordsumme den Besitzer gewechselt. Der Spieler der NY-Yankees trug das Trikot bei seinem letzten Home-Run. Das sogenannte Called Shot wurde für 24,12 Millionen US-Dollar in Dallas versteigert und ist laut Auktionshaus Heritage damit das wertvollste Sportsammlerstück der Welt. Der in Baltimore geborene US-Amerikaner verstarb bereits 1948.

Fortschritt im Sport ist nicht linear

Ein neues Sachbuch erzählt, wie erst Olympia 1936 die Ausschlüsse „unfemininer“ Frauen fest schrieb

Von **Agnes Laffert**

Berlin 1936. Unbeeindruckt von der steten Machtzunahme der Nazis plant die Führung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) die Austragung der Olympischen Spiele in Deutschland. Erst kurz zuvor, 1935, hatte der tschechische Sprintstar Zdeněk Koubek, der bei den Women's World Games 1930 einen Weltrekord im 800-Meter-Lauf aufgestellt hatte, verkündet, von nun an als Mann zu leben. Die öffentliche Rezeption ist positiv: Zeitungen berichten wohlwollend über die Transition des Athleten – „marvellous“ – und Mediziner*innen besprechen Koubeks vermutete Intersexualität als Beispiel für die Fluidität von Geschlecht.

Wie kommt es, dass das positive öffentliche Interesse an Koubeks Geschlechtsidentität und sportlichen Erfolgen heute undenkbar ist? In seinem Buch „The Other Olympians: Fascism, Queerness and the Making of Modern Sports“, findet Autor Michael Waters Antworten und zeigt: Historischer Fortschritt ist

nicht linear. Der Sportarzt Heinrich Knoll, NSDAP-Mitglied und bekennender Anhänger eugenischer Lehre, nimmt die Spiele 1936 sowie Koubeks Öffentlichkeit zum Anlass, um parallel zur Entfernung „unpassender Elemente“ aus dem Sport, also jüdischer und nicht-weißer Personen, für die Einführung von Geschlechtskontrollen bei Athletinnen zu werben. Im späteren IOC-Vorsitzenden Avery Brundage sowie Hitlers Sportfunktionär Karl Ritter von Halt findet Knoll Verbündete. Es ist, so Waters, „eine seltsame Wendung der Geschichte“: Eine Reihe nazifreundlicher Sportvorstände beschließt aufgrund ihrer Ablehnung gegenüber („unfemininen“) Frauen im Sport die Notwendigkeit klarer Kriterien für Weiblichkeit und macht sich die institutionelle Überwachung von Geschlecht zur Aufgabe – und das, bevor die heute normalisierte staatliche Reglementierung und Katalogisierung von Geschlecht existiert.

Schon bei den ersten einzelnen Geschlechtstests 1936 ist al-

lerdings unklar, welche Sportlerinnen des „Geschlechterbetrugs“ verdächtigt werden: Frauen, die sich rasieren, muskulös sind oder tiefe Stimmen haben? Frauen, die Weltrekorde brechen? Frauen aus kommunistischen Ländern?

Aus gutem Grund halten Sportverbände noch heute die Details ihrer Geschlechtstests geheim. Wurden dafür anfangs invasive Genitaluntersuchungen vorgenommen und später Chromosomenpaare und/oder Testosteronspiegel getestet, so eint all diese Vorgehen: Sie sind willkürlich, denn ein biologisch isolierbarer Faktor, der männlich von weiblich unterscheidet, existiert ebenso wenig wie ein Garant für sportlichen Vorteil.

Trotzdem ordnet der einflussreiche Leichtathletikverband IAAF (heute World Athletics) 1948 die ersten flächendeckend verpflichtenden Geschlechtstests an. Dass damit die Disziplin mit dem damals größten Anteil von Athlet*innen aus rassifizierten Minderheiten und niedrigen sozialen Schichten

als erste betroffen ist, ist kein Zufall. Auch die heutige Obsession mit „richtiger“ Weiblichkeit im Sport inklusive der jüngsten Hasskampagne gegen die bei Olympia 2024 für Algerien angetretene Boxerin Imane Khelif ist nicht nur als transphob, sondern immer im Kontext eines historisch gewachsenen rassistischen Weiblichkeitsbegriffs zu verstehen.

Berührend und fesselnder geschrieben als ein Roman legt Waters in „The Other Olympians“ anhand einzigartiger Archivfunde die Verstrickung der Schicksale nonkonformer Sportler*innen wie Koubek in die Entstehung des olympischen Geschlechterregimes offen. Er zeigt dabei eindrücklich: Die scheinbar unumgängliche geschlechtliche Zweiteilung im Sport ist längst nicht so natürlich, wie sie scheint.

Michael Waters: The Other Olympians: Fascism, Queerness, and the Making of Modern Sports. Farrar, Straus and Giroux, New York 2024. 368 Seiten, 30 US-Dollar.



RUDI HÄLT UNS DEN RÜCKEN FREI

taz * genossenschaft

Betongold? Wir haben eine Immobilie, in der dein Geld wirklich glänzen kann: Wenn du jetzt deinen Anteil aufstockst (oder neu zeichnest!), hilfst du mit, unser *geliebtes altes Haus* in der Rudi-Dutschke-Straße zu sanieren. Dies ist nicht nur notwendig, sondern schafft auch ein langfristiges finanzielles Fundament, auf dem unser unabhängiger Journalismus auch in Zukunft stürmischen Zeiten trotzen kann. Alle Infos und Mitmachen auf taz.de/haus

Schwerin, wie es strahlt und prahlt

Ortsbesuch in der Stadt der neuen Atom-Renaissance – inklusive Treffen mit glibbrigem Sauerland-Godzilla

Von Patric Hemgesberg

„Herzlich Willkommen im Schweriner Atompark!“ Heiner Klauke steht auf der Brücke zum Schloss und begrüßt uns im quietschgelben Schutzanzug. Das Schmuckstück des vor kurzem von der Unesco geadelten Residenzensembles erstrahlt in derart hellem Licht, dass wir den Doktor der Nuklearphysik davor nur schemenhaft erkennen können. Wir folgen dem 47-Jährigen zum Hauptportal.

Unterwegs glauben wir, eine amphibienartige Kreatur mit grünlich fluoreszierender Haut durch den Burgsee schwimmen zu sehen. Kein Hirngespinnst! „Nachdem wir angefangen haben, hier massenhaft hochradioaktive Abfälle zu bunkern, hat sich im Gewässer ein überdimensionierter Lurch entwickelt“, lacht der Vorsitzende des Lobbyverbands „Atomüll nach oben!“ „Weil man aber nie weiß, wann das glibbrige Vieh zum Landbewesen mutiert, sollten wir lieber von hier verschwinden. Kommen Sie!“

Wenig später stehen wir mit unserem Gastgeber im Hof des verschnörkelten Renaissance-tempels. Erschrocken stellen wir fest, dass etliche mit dem Strahlenwarnzeichen besetzte Fässer dort in der Gegend herumliegen. Viele sind zerbeult oder rostzerfressen. Aus eini-



Strahlende Führung durch das neue Atomlager Foto: reuters

gen leckt eine träge fließende Flüssigkeit. Wie Klauke uns erzählt, hat die Kommission der Bundesregierung bei der Endlagersuche Nägel mit Köpfen gemacht und sich nach einer Spende von Klaukes Verband unbürokratisch für die Perle Mecklenburg-Vorpommerns entschieden.

„Unser schöner Atomüll muss an Deutschlands besten Sehenswürdigkeiten für die Ewigkeit drapiert werden. Und das nicht erst in 50 Jahren!“ So will der gebürtige Güstrower bald auch im Kölner Dom und auf dem Münchner Marienplatz strahlende Fakten schaffen. Während wir völlig verdat-

tert die leuchtturmhellen Zinnen des Schweriner Schlosses bestaunen, will uns der Wissenschaftler bei unserem ersten und wahrscheinlich einzigen Besuch so viel von der nuklearen Luxusdeponie zeigen wie nur eben möglich.

„Wegen der stattlichen Gammastrahlendosis dürfen Sie aus gesundheitlichen Gründen leider erst in 400.000 Jahren wieder kommen“, belehrt uns der Kernphysiker keckernd. „Das ist übrigens auch der Grund, warum die Landesregierung das Palais vor kurzem verlassen hat und aus Protest ins Exil nach Travemünde umgezogen ist. Hier geht’s lang!“

Unterwegs bestaunen wir mit Klauke die kostbaren Gemälde in der Ahnengalerie. Dank des atomar betriebenen 1.000.000-Lux-Kronleuchters an der Decke können wir auch in den tiefen Lagen der Porträts auf Detailsuche gehen. Mit Erfolg. Den ehemaligen Fürsten zu Mecklenburg-Schwerin sind durch die radioaktive Dauerbestrahlung bereits Tentakel, Fühler, diverse Bonusfinger oder pikant aufblühende Genitalgeschwüre gewachsen. Bevor uns Ähnliches widerfährt, hasten wir mit Klauke lieber in den protzigen Thronsaal.

„Im Polster des royalen Sessels ist ein kleiner, aber voll funktionsfähiger Minireaktor eingearbeitet“, erklärt uns Klauke die brummend pulsierende Aura um das an Pomp kaum zu überbietende Sitzmöbel. „Der buchstäbliche Platz an der Sonne ist für den Politiker reserviert, der den Atomausstieg rückgängig macht und das nächste nukleare Zeitalter einläutet. Einen erloschenen Brennstab als Zepher und ein Urankrönchen gibt es in dem Fall natürlich gratis dazu. Kommen Sie!“

Nach einem eigentlich bereits viel zu langen Aufenthalt stecken wir plötzlich im schloss-eigenen Hofladen fest. Weil wir eine lebenslange Mitgliedschaft in Klaukes Förderverein abgelehnt haben, lässt er uns nicht

gehen, bevor wir nicht für mindestens 5.000 Euro überteuerte Souvenirs eingekauft haben. Ohne zu fragen, packt er uns sämtliche Plutonium-Schneekugeln, Pilzkonserven in Atomfassoptik und Mutanten-Stofftiere „für die lieben Kleinen“ in den Beutel. Erst nachdem wir geblecht haben, dürfen wir über die Dekontaminationsschleuse nach draußen.

Plötzlich werden wir Zeuge eines Wunders. Der hochgewachsene Monsterlurch kriecht tatsächlich ans Ufer des Burgsees und tapst unbeholfen einige Meter an Land. Zu unserer Überraschung sieht das schlaksige Ungetüm Friedrich Merz täuschend ähnlich. Wie uns Klauke verrät, aus gutem Grund. „Der ist bei einer Ortsbesichtigung vor einigen Monaten ins Wasser gefallen und bislang immer nur kurz wieder aufgetaucht“, winkt der Forscher ab.

„Der Sauerland-Godzilla würde natürlich zu gerne als Gottvater der Atomkraft im Thronsaal Platz nehmen. Um schließlich Markus Söder als Schlossherr zu vorzukommen, müsste er sich statt seiner Kiemen allerdings erst mal eine funktionsfähige Lunge wachsen lassen.“ Aber auch das, flüstert Heiner Klauke uns zu, könne im neuen Schweriner Atompark durchaus ratzfatz gehen. Strahlende Aussichten!



das wetter

Manns Name

Er war ihn leid. Er war umzingelt von ollen Witzsen seinen Namen betreffend. Manfred Hund konnte sie allesamt nicht mehr hören, weshalb sie hier auch nicht referiert werden, weil nicht lustig. „Mann heißt Hund, Mann heißt Hund!“ Grönländ liefen die dicken Kinder von Landau nach Schulschluss durch die schmalen Gassen des Städtchens. Manfred Hund schloss die Fensterläden seiner Mansarde, doch noch immer hörte er die Spotttrufe der Bälger. Die Welt war schlecht. Und Mann hieß Hund. Ein Fall fürs Amt.

gurke des tages

Der Klassiker: Autofahrer tankt, legt Kaffee oder Handy auf dem Autodach ab, vergisst alles und fährt los. Am Sonntag deponierte ein Familienvater auf der A8 beim bayerischen Irshenberg seinen Geldbeutel mit Bargeld und Papieren für den Urlaub auf dem Dach, wie dpa am Montag meldete. Über einhalb Kilometer war alles auf der Fahrbahn verteilt. Die Polizei sperrte die A8, sammelte den Schotter auf und die Familie durfte weiterfahren. Auto-Urlaubsrinn!

Warum Lukas, warum?

Branta canadensis auf großer Tour in Kiel

„Gans, du hast die Küche verwüstet, geh bloß wieder raus!“, diese nur leicht variierte, stark holprige Liedzeile kam uns in den Sinn, als wir Montag und hungrig wie eine Gans noch nicht in der leckeren taz Kantine gespachtelt hatten. Denn was lasen wir auf den Tickern? „Kanadagans verirrt sich in Wohnung in Kiel und randaliert in der Küche“, alertierte die stets alerte AFP aus dem hohen Norden. Demnach war die räuberische Vertreterin der größten europäischen Gänseart aus der Familie der Anatidae, der Entenvogel, wohl auf Küchenkrall gebürstet, als sie das, so die lukullische AFP, „kulinarische Angebot inspierte, wobei kein Topf auf

dem anderen blieb.“ Und weiter atemlos durch die Kieler Behausung: „Nach einer kurzen Verfolgungsjagd durch die Wohnung gelang es einer Beamtin, das Tier einzufangen. Die Gans wurde in eine Decke gewickelt und wohlbehalten im Kleinen Kiel, einem seichten Binnengewässer in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt, ausgesetzt.“ Bingo! Jetzt fehlt uns nur noch zur wahren Berichterstattung mitzuteilen, dass die Gans in Wirklichkeit ein Gänserich war – und von der Polente „Lukas“ getauft wurde. Aber warum nur Lukas? Sachdienliche Hinweise hat sicher die Kieler Spottenbullerei. Ende der Durchsage. Mahlzeit allerseits.



Michael Ringel

Zar und Narr

Wie die meisten Alleinherrscher hält sich auch Bloody Wladi seinen persönlichen Hofnarren. Traditionell ist der Narr von kleiner Gestalt, sitzt jedoch mit am Tisch der Großen. Er hat die berühmte Narrenfreiheit, alles sagen zu dürfen, sogar Kritik am Führer ist ihm erlaubt. Im russländischen Reich Wladimir Putins hat dieses Amt derzeit Dmitri Medwedew inne. Einst fungierte der gern höhnisch wie der „Joker“ grinsende Kleindarsteller sogar übergangsweise als Präsident. Seit dem russländischen Krieg gegen die Ukraine fällt Medwedew vor allem durch eines auf: gruselig verzerrte Auslassungen zum Kriegsgeschehen.

Vor Kurzem erwachte der Kream aus seiner panischen Apathie, nachdem ukrainische Truppen ins Kursker Gebiet einmarschiert waren, und Medwedew bekam die Aufgabe, irgend etwas von sich zu geben. Sonst droht er am liebsten mit Atomwaffen, denn drunter macht es der größtenwahnsinnige Wichtel nicht, wohl wissend, dass bei

einem Einsatz von „taktischen“ Atombomben die wenigen Kombattanten Russlands schlagartig das Schlachtfeld verlassen werden, ein Einsatz von Massenvernichtungswaffen aber den sofortigen Selbstmord nicht nur der Kreml-Clique bedeutete. Jetzt ließ er alle Hoffnung auf Frieden fahren und übersetzte das Gefühl der Panik in die Retrosprache des Sowjet-Irrsinns: „Es wird keine Verhandlungen geben, bis der Feind vollständig und restlos zerstört ist.“

Ein Narr ist, der seine Feinde verachtet, schrieb einst der Barock-Satiriker Georg Rollenhagen. Abgesehen davon, dass es ein Oxymoron ist, mit einem Feind erst dann verhandeln zu wollen, wenn er vollständig und restlos zerstört ist, möchte der Scheinriese mit seinem lauten Geschrei wie immer Angst verbreiten, obwohl jeder sehen kann, dass das angeblich große russländische Reich und seine Rote Armee auf tönernen militärischen Füßen stehen.

Symbolhaft verkörpert Medwedew mit seinen Omnipotenzfantasien das megalomane

Russland, während sein schrilles Waffenklirren im Wind der Realität verhallt. Er inszeniert sich bewusst als Outlaw der Weltgemeinschaft. Der aufgeplusterte Angebertonfall soll dabei die Furcht des Narren am Hofe des Zaren übertönen, eines Tages wie die Romanows vor einem Erschießungskommando zu enden. Medwedew ahnt, dass er nicht alt im Bett, sondern in seinen blank polierten Betrügerschuhen sterben wird. Dem Narren wachsen keine grauen Haare.

Betrüger sind auch immer Selbstbetrüger. Deshalb ist die Figur des Narren für Medwedew schon viel zu hoch gegriffen. Nicht einmal der Verachtung ist er wert. Letztlich ist er nur ein Würstchen. Vor dem in erster Linie die wagengeknechteten German-Angsthasen mächtig bibbern. Doch selbst wenn dieses Würstchen tatsächlich gefährlich wäre, bleibt es immer noch nur ein Würstchen. Es hat zwei Enden. Eines ist die Geburt. Und das andere steht ihm bevor. Die nicht allzu ferne Zukunft wird es richten.

Überforderte Köpfe

Fordern, fordern, nichts als Forderungen überall

Nach Amok- oder Terrorataten wie in der Klingenstein Solingen jetzt ist das kleine Wörtchen „fordert“ stets das meist geforderte der Stunde. Immer ergänzt mit irgendeinem Politikernamen. Kleine Auswahl vom Montag aus den Nachrichtentickern gefällig? Bitte schön: „Scholz fordert“ oder „Wüst fordert“ oder „Merz fordert“ oder „Wegner fordert“ oder „Wagenknecht fordert“ oder „Voigt fordert“ oder „Weidel fordert“ oder „Reul fordert“ und so weiter und so fort. Dabei ist es auch egal, welche Forderung die Forderer genau erheben. Hauptsache, fordern. Ziel ist es, die eigene Überforderung zu überdecken. Denn selbstverständlich führen 99 Prozent der Schnellschüsse auf dem Forder-Basar zu nichts, weil sie entweder nicht praktikabel oder juristisch mindestens fragwürdig sind. Aber wenn schon nichts getan werden kann, muss wenigstens gefordert werden, lautet die forsche Devise. Wir stellen hier auch nicht die wohlfeile Forderung nach Besinnung auf, Besinnlichkeit gehört in die kirchliche Kuschelgruppe. Aber etwas mehr Verstand fordern wir schon ein. Wohl wissend, dass wer Köpfe fordert, meist nur schlecht gelüftete Oberstübchen bekommt.



Dummyfoto: reuters

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschaftler: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680

E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!

Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €





Unter die Räder gekommen

2018 bezogen und mit hohen Ansprüchen: der „Möckernkiez“
Foto: imago

Hat die Möckernkiez-Genossenschaft die Barrierefreiheit einer Wohnung zerstört? Das wirft ihr die Familie einer verstorbenen Bewohnerin vor. Berlinweit liegt bei barrierefreiem Wohnen viel im Argen

Von **Claudius Prößer**

Das Logo des Kreuzberger „Möckernkiezes“ zeigt Piktogramme von Menschen – einer davon sitzt im Rollstuhl. Es drückt das Selbstverständnis der Wohnungsgenossenschaft am Gleisdreieckpark aus: „gemeinschaftlich und Generationen verbindend, ökologisch, nachhaltig, barrierefrei und sozial“. Nun ist die Familie einer kürzlich verstorbenen Bewohnerin an die Presse herangetreten, die Vorwürfe gegen den Vorstand der Genossenschaft erhebt: Barrierefreiheit werde von diesem „aktiv verhindert“, eine vorbildlich rollstuhlgerechte Wohnung „zerstört“.

Laut Leena Simon, eine Tochter der verstorbenen Genossin, hatte ihre Mutter rund 30.000 Euro in Einbauten investiert, um sich ein selbstbestimmtes Leben im Rollstuhl zu ermöglichen. Zu den „umfangreichen und intelligenten“ Anpassungen gehörten Podeste, auf denen Möbel oder die Waschmaschine standen, damit diese den Füßen der Nutzerin beim Heranfahren nicht im Weg waren, auch unterfahrbare Arbeitsflächen, herausziehbare Schrankablagen und ein höhergesetztes Sofa.

„All das kann man nicht im Laden kaufen“, sagt Simon. Auch die „AG Barrierefreiheit“ in der Möckernkiez-Genossenschaft habe die Ausstattung der

Wohnung als modellhaft bezeichnet. Deswegen habe man sich gewünscht, dass die Wohneinheit wieder an einen auf einen Rollstuhl angewiesenen Menschen vergeben würde – innerhalb der Genossenschaft oder zur Not an eine externe Person. Als Abstandszahlung hätte die Familie ein Drittel der investierten Summe akzeptiert.

Weil laut dem Genossenschaftsvorstand aber keine entsprechenden BewerberInnen Interesse anmeldeten, wurde die Wohnung an eine Person vergeben, die mit den Umbauten nichts anfangen kann und ihren Ausbau ver-

„Ein moralischer Skandal“

Leena Simon, Angehörige

langte. „Wir bleiben auf den Kosten sitzen und müssen sogar die Zerstörung der Barrierefreiheit bezahlen“, kommentiert das Leena Simon. Sie spricht von einem „moralischen Skandal“ und sagt: „Auf dem freien Markt hätten wir mehr Möglichkeiten gehabt als in dieser angeblich behindertenfreundlichen Genossenschaft.“

Von „Zerstörung“ könne keine Rede sein, sagt Ansgar Dietrich vom Möckernkiez-Vorstand. Es handele sich um eine der Genossenschaftswohnungen, die als rollstuhlgeeignet eingestuft seien, entsprechend habe man sie intern ausgeschrieben – „mit dem Hinweis, dass es für Rollstuhlfahrer:innen einen unmittelbaren Vergabevorrang gibt“. Die Ausstattung sei mit einer Fotostrecke dargestellt worden, trotzdem habe sich kein Mitglied beworben, das auf einen Rollstuhl angewiesen ist.

Laut Dietrich labelt die Genossenschaft 220 von 471 Wohneinheiten als „rollstuhlgeeignet“, auch wenn keine Wohnung „rollstuhlgerecht“ gemäß DIN ist. Für diese Wohnungen bekämen BewerberInnen mit Rollstuhl einen direkten Zuschlag. Anderenfalls diene vor allem die Dauer der Mitgliedschaft als Kriterium.

Die Vergabe einer Wohnung außerhalb der Mitgliedschaft sei nicht möglich, so Dietrich: „Das würde den Vergabegrundsätzen und unserer Satzung widersprechen.“ Er verweist auf „rund 2.000 unversorgte Mitglieder“. Immerhin habe man entschieden, die sanitären Umbauten der verstorbenen Bewohnerin zu erhalten und dafür einen Abschlag zu zahlen.

Leena Simon findet, der Fall hätte die Ausnahme einer externen Vergabe gerechtfertigt. Zumindest habe es der Vorstand versäumt, die Vorzüge der Wohnung intern offensiv zu bewerben: „Sie haben Fotos ins Portfolio gestellt, aber in der E-Mail nicht darauf hingewiesen.“ Im Nachhinein hätten sich drei RollstuhlfahrerInnen aus dem Kreis der Genossenschaft bei ihr gemeldet, die davon nichts mitbekommen hätten – da war es aber schon zu spät. Wobei Simon glaubt, dass der Fall bei künftigen Entscheidungen eine Rolle spielen wird: „Die haben schon gemerkt, dass sie Mist gebaut haben.“

Der Fall im Möckernkiez verweist auf eine umfassendere Problematik: In Berlin gibt es nach Einschätzung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Christine Braunert-Rümenapf, immer noch viel zu wenige Wohnungen, die das Kriterium „uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar“ erfüllen oder zumindest das weniger ambitionierte Label „barrierefrei“ verdienen. In ihrem letzten Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderung auf dem Berliner Wohnungsmarkt von 2019 führte sie aus, dass nur knapp 1.800 Wohnungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und

in den Sozialwohnungskatastern der Bezirke als uneingeschränkt rollstuhlgerecht geführt wurden. Im dreijährigen Berichtszeitraum hätten die landeseigenen Wohnungsunternehmen gerade einmal 59 solcher Wohnungen errichtet, gleichzeitig seien fast 300 solcher Wohnungen aus der Belegungsbindung gefallen.

Problematisch laut Bericht: Die Datenlage bei Wohnungen auf dem freien Markt sei völlig unzureichend, und der Senat ergreife weder „hinreichende Maßnahmen zur Verbesserung“ noch schaffe er „zeitgemäße Instrumente zur Vermittlung barrierefreier und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbarer Wohnungen“. Im Grundsatz hat sich daran laut Braunert-Rümenapf zuletzt wenig geändert.

Die Berliner Bauordnung sieht nur vor, dass bei Neubauprojekten von Gebäuden mit mehr als 100 Wohneinheiten eine pro 100 Wohnungen rollstuhlgerecht sein muss. Die Hälfte der Wohnungen muss barrierefrei nutzbar sein, und ab 2025 müssen drei Viertel der Wohnungen barrierefrei erreichbar sein. Ein allgemeines Kataster solcher Wohnungen gibt es nicht, wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung der taz bestätigte.

Erik Peter über eine Kampagne zur Gesundheitsversorgung für alle

Wenn sich die Parteien ernst nehmen würden

Nach der Sitzung des Senats sitzt Bürgermeister Kai Wegner (CDU) vor der Presse. Er spricht nicht über Einsparpotenziale oder Symbolpolitik (Görlitzer Park), stattdessen präsentiert sich der Regierende als echter Macher. Er sagt: „Wir müssen uns bewusst machen, dass es Menschen in unserem Land gibt, die keinen Zugang zur Krankenversicherung haben – seien es Deutsche, Migrantinnen und Migranten oder Illegalisierte.“ Dies sei ihm gerade „als Christdemokrat“ besonders wichtig, denn „der Zugang zur medizinischen Versorgung ist ein universelles Menschenrecht.“ Hat das Vornamens-Abfrage-Kai

wirklich gesagt? Selbstverständlich nicht. Selbstverständlich? Für das Medibüro Berlin, das mithilfe von Spenden Gesundheitsversorgung für nicht-versicherten Migrant:innen organisiert, ist es das nicht. Denn die demokratischen Parteien sind sich programmatisch prinzipiell einig: Gesundheit ist ein hohes Gut und Menschenrechte gelten für alle. Um den Widerspruch zwischen allgemeinen Lippenbekenntnissen und der konkret diskriminierenden Politik aufzuzeigen, hat das Medibüro die Kampagne AKKA in Leben gerufen – First Aid Argumentation-Kit Krankenversicherung für alle! In fiktiven Reden wird Politiker:in-

nen von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken ihr Einsatz für einen Zugang für alle ins Gesundheitssystem in den Mund gelegt. Das funktioniert unabhängig davon, ob dies mit Bezug auf „Solidarität“ (SPD) oder „Freiheit“ (FDP) erfolgt. Und es gibt für das Medibüro noch einen übergeordneten Grund: „Wir nehmen die demokratischen Parteien beim Wort, sich von der AfD und anderen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Positionen unterscheiden zu wollen.“

Vor den kommenden Landtagswahlen könnten mutige Demokrat:innen darüber sprechen, dass es sich eine Gesellschaft nicht leisten kann, Menschen

unversorgt zu lassen oder wie bei Asylsuchenden nur in Notfällen zu versorgen. Allein die Streichung des urdeutschen Paragraphen 87 des Aufenthaltsgesetzes würde die Situation verbessern. Demnach müssen Sozialämter bei der Ausstellung eines Krankenscheins die Daten von Migrant:innen ohne Papiere an die Ausländerbehörde weitergeben, also mit Abschiebung bedrohen. Darüber hinaus wäre auch eine richtige Lösung denkbar: die Aufnahme aller hier lebenden Menschen in eine Krankenkasse.

In Berlin sind Menschen ohne Versicherung bislang auf die Hilfe vom Medibüro oder der vom Senat finan-

zierten Clearingstelle angewiesen, die im vergangenen Jahr mit einem Etat von 2,6 Millionen Euro Behandlungsgutscheine ausstellen durfte. Doch der Bedarf ist damit nicht gedeckt und die Clearingstelle als befristetes Projekt stets gefährdet. In Brandenburg gar fehlen solche Strukturen ganz.

Die Kampagne kommt zum ungünstigsten Zeitpunkt. Nach dem Attentat von Solingen wetteifern Politiker:innen wieder darum, wer die beste AfD-Sprechpuppe abgibt. Aber man wird ja noch träumen dürfen. Von Kai Wegner wie er sagt: „Sie müssen entscheiden, ob es ein Weiter-so gibt oder einen echten Neustart.“

Uta Schleiermacher klickt sich durch den Brandenburg-Wahl-O-Mat

Entscheidungshilfe für Wähler*innen

Wie viel Einfluss wird es auf die Zukunft Brandenburgs haben, ob die kommende Landesregierung sich an ihre Bürger, an ihre Bürger*innen, ihre Bürger_innen, ihre Bürger:innen oder an ihre Bürgerinnen und Bürger wendet? Hot take: Wohl erst mal wenig. Doch ein Teil der Wähler*innen sehnt sogenannte Gender-Verbote scheinbar sehlich herbei, und so findet sich im aktuellen Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Brandenburg auch die Forderung: „In Veröffentlichungen des Landes sollen Schreibweisen, die neben der männlichen und weiblichen auch andere Geschlechteridentitäten enthalten, verboten werden.“

Im am Montag veröffentlichten Wahl-O-Mat zur Brandenburgwahl am 22. September finden sich daneben auch Aussagen dazu, dass Brandenburg den Ausbau der Windkraft stoppen sollte oder, dass das Land vorrangig ökologische Landwirtschaft fördern und Moore vernässen sollte. Oder die Frage, ob das Land weiterhin Projekte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus fördern sollte.

Potenzielle und noch schwankende Wähler*innen können sich mit dem Wahl-O-Mat durch 38 Thesen klicken und jeweils beantworten, ob sie der These zustimmen, sie ablehnen oder ihr neutral gegenüber stehen. Die jeweiligen Antworten vergleicht das Programm dann mit den Positionierungen der Parteien zu den Thesen und zeigt an, welche Parteien der eigenen Positionierung am nächsten steht.

Erstellt hat den Wahl-O-Mat die Bundeszentrale für politische (bpb) Bildung gemeinsam mit der Brandenburger Landeszentrale. 13 der zur Landtagswahl zugelassenen Parteien haben sich zu den Thesen geäußert, nur die KPD habe nicht geantwortet. Die Thesen hatte ein Team zusammengestellt: Dazu gehörten Jungwähler*innen – über deren Beteiligung sich die Leiterin der Landeszentrale bei der Freischaltung besonders freute, außerdem Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Vertreter*innen aus dem Bildungsbereich. Zur Landtagswahl 2019 war der damalige Wahl-O-Mat rund 315.000 Mal genutzt worden.

Es fällt auf, dass sich einige Thesen (zur Kürzung von Bürgergeld und zu Waffenlieferungen an die Ukraine) auf Themen beziehen, auf die die Landesregierung direkt erst mal keinen Einfluss hat – ein Anzeichen für die zunehmende Popularisierung der Politik. Und übrigens ist es am Ende wohl doch entscheidend, ob die kommende Regierung Politik für Brandenburgs Bürger oder Bürger:innen macht. Denn die Parteien, die eine geschlechtergerechtere Sprache ablehnen, haben auch zu den wirtschaftlich und politisch handfesteren Thesen nur rückwärtsgewandte Antworten.

Debatte um Ticket

Giffey verteidigt das 29-Euro-Ticket, sieht aber zugleich Evaluierungsbedarf

Berlins Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey hat das 29-Euro-Ticket trotz geplanter Milliardeneinsparungen im Landeshaushalt noch nicht abgeschrieben – und pocht auf Verlässlichkeit in der Politik. „Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Versprechen gehalten werden sollten“, sagte die SPD-Politikerin in einem Interview der *Berliner Morgenpost*. Sowohl die SPD als auch die CDU hätten das 29-Euro-Ticket, das erst zum 1. Juli eingeführt wurde, im Wahlkampf versprochen und im Koalitionsvertrag vereinbart.

„Das war in einer Zeit, die von großen Krisen geprägt war, die sehr viele Menschen an den Rand gebracht hat und in der sich sehr viele Menschen Entlastung gewünscht haben“, so Giffey. „Wir haben das Versprechen eingelöst und sehen, dass mittlerweile 206.000 Menschen dieses Ticket in Anspruch nehmen.“

Giffey rechnet mit weiteren Ticketverkäufen. Sie gehe davon aus, dass nach den Sommerferien weitere Ticketverkäufe dazukommen, sodass es bis

zum Jahresende vielleicht 300.000 Nutzer seien.

Es gebe viele Menschen, für die das 29-Euro-Ticket ein gutes Angebot sei, auch weil manche das 49-Euro-Ticket für den ÖPNV in ganz Deutschland nicht benötigten oder ihnen dieses zu teuer sei, so Giffey. „Trotzdem haben wir auch gesagt, nach einem Jahr muss das Ticket evaluiert werden. Wie viel waren denn Neukunden, welche Gruppen von Kunden waren es? Und dann müssen wir uns gemeinsam überlegen, ob und für welche Zielgruppen das Ticket weiter angeboten werden kann.“

Die schwarz-rote Koalition plant nach ersten Kürzungen in diesem Jahr 2025 mit Einsparungen von drei Milliarden und für 2026 von fünf Milliarden Euro.

In dem Zusammenhang steht – kaum eingeführt – auch das 29-Euro-Ticket auf dem Prüfstand. Bisher sind im Landeshaushalt für das nur in Berlin gültige Angebot jährliche Kosten von bis zu 300 Millionen Euro veranschlagt. (dpa)

Mieten lohnt sich nicht

In ein altes Hotel in Lichtenberg sollen Geflüchtete ziehen. Der Senat will nur mieten, dabei wäre ein Kauf der Gebäude günstiger



Noch Bettenburg, bald Geflüchteten-Unterkunft: das „City Hotel Berlin East“ an der Landsberger Allee
Foto: Schöning/imagoo

Von Hanno Fleckenstein

Wichtig ragen die drei grauen Hoteltürme an der Kreuzung Landsberger Allee/Weißenseer Weg in Hohenschönhausen empor. Jedes der Häuser hat 13 Stockwerke; das „City Hotel Berlin East“ verfügt über 473 Zimmer mit rund 700 Betten – noch. Denn ab November haben die Gebäude einen neuen Mieter: das Land Berlin. Der Komplex soll dann in ein Geflüchtetenheim mit rund 1.200 Plätzen umgebaut werden, die ersten Bewohner*innen laut Planung bereits im Winter einziehen, der volle Betrieb im Juli 2025 losgehen.

Es ist eine von drei geplanten Gemeinschaftsunterkünften in bestehenden Immobilien, mit denen der Senat für Entlastung in der chronisch überfüllten Notunterkunft in Tegel sorgen will. Zwei weitere Standorte mit insgesamt rund 2.500 Plätzen sollen in Kreuzberg und Westend entstehen. Zudem sollen 16 Containerdörfer für rund 6.000 Menschen gebaut werden.

Doch die schwarz-rote Koalition, sonst penibel aufs Sparen bedacht, hat sich in Hohenschönhausen nicht für die wirtschaftlichste Option entschieden. Das rechnet die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM)

in einer aktuellen Analyse vor. Demnach könnte das Land fast 38 Millionen Euro sparen, wenn die Gebäude nicht gemietet, sondern gekauft würden – wozu der Inhaber auch bereit gewesen wäre, so die BIM.

Stattdessen ist geplant, dass Berlin die Hochhäuser für zehn Jahre anmietet. Für die Miet- und Nebenkosten sowie den Umbau sind insgesamt 140 Millionen Euro veranschlagt.

Für einen – eigentlich lohnenswerten – Kauf seien im Haushalt allerdings keine Mittel eingeplant gewesen, räumt die BIM ein. Zudem sei ein Erwerb noch in diesem Jahr ohnehin „nicht mehr zu realisieren“.

Der finanzpolitische Sprecher der Linken-Fraktion, Sebastian Schlüsselburg, widerspricht: „Es gibt durchaus Haushaltstitel, mit denen Immobilien angekauft werden können“, sagte er am Montag zur taz. Außerdem hätte das Land Berlin einen sogenannten Transaktionskredit aufnehmen können, der ausdrücklich von der Schuldenbremse ausgenommen ist.

„Stattdessen werden dem Eigentümer fast 38 Millionen Euro hinterhergeworfen. Das ist ein unnötiger Verlust“, kritisierte er. Ein Kauf hätte dem Land darüber hinaus ermöglicht, die Gebäude nach Ablauf der zehn Jahre auch anders weiterzu-

nutzen. Etwa hätte dort ein Studierendenwohnheim entstehen können.

Mit seiner Kritik an der Entscheidung des Senats für die Anmietung des Objekts will Schlüsselburg – direkt gewählt in Lichtenberg – zwar nicht falsch verstanden werden: „Es ist völlig klar, dass dringend neue Plätze für Geflüchtete geschaffen werden, damit die menschenwürdigen Bedingungen in Tegel ein Ende finden.“ Dennoch sei unverständlich, warum in Lichtenberg eine große Unterkunft errichtet wird. Der Bezirk versorgt bereits 4.000 Geflüchtete; nur in Marzahn-Hellersdorf und Pankow sind, Stand August 2024, mehr Schutzsuchende untergebracht.

In der Eile bleiben offenbar noch weitere Dinge auf der Strecke. Fraglich ist etwa, wie schon so bald die nötige soziale Infrastruktur am Standort Landsberger Allee entstehen soll: Kinderbetreuung, Sprachkurse, Beratungsstellen. Für die erste Phase der Nutzung werde das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) eine aufsuchende Sozialberatung finanzieren, erklärte die Senatsverwaltung für Integration auf taz-Anfrage. Bezüglich weiterer Angebote und möglicher Träger befänden sich LAF und Bezirk „aktuell in Abstimmung“.

Geflüchtete

Von Belarus nach Brandenburg

Die Bundespolizei hat im laufenden Jahr bis Juli 6.547 sogenannte „unerlaubte Einreisen“ aus dem Ausland nach Brandenburg und Berlin festgestellt. 2021 waren es im ganzen Jahr 8.400, im vergangenen Jahr 15.000. Dabei geht es oft um Flüchtlinge, die über die sogenannte Belarus-Route nach Deutschland kommen. Die EU beschuldigt den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, seit 2021 gezielt Menschen aus Krisenregionen mit Visa und Logistik dabei zu helfen, unerlaubt in die EU zu gelangen. Mitte Oktober 2023 hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) temporäre stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz angeordnet und bei der Europäischen Kommission angemeldet. Diese wurden seither mehrfach verlängert. Der Begriff „unerlaubte“ oder „illegale“ Einreisen ist insofern problematisch, als es de facto kaum legale Möglichkeiten für Flüchtlinge gibt, mit einem Visum nach Deutschland zu kommen. (dpa, taz)

Bafög

Viele bekommen Höchstsatz

Mehr als die Hälfte der Bafög-Empfängerinnen und Empfänger in Berlin und Brandenburg hat vergangenes Jahr den maximalen Förderbetrag erhalten. In der Hauptstadt erhielten rund 64 Prozent eine Vollförderung, in Brandenburg rund 60 Prozent, wie das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mitteilte. Die Höhe sei abhängig von der Bildungseinrichtung und davon, ob die Empfänger bei den Eltern wohnen oder nicht. Bundesweit liegt der Bafög-Höchstsatz bei 992 Euro. Insgesamt erhielten in Berlin vergangenes Jahr 45.201 Schüler und Studierende Bafög. Das ist ein Prozent mehr als im Vorjahr. In Brandenburg bekamen 14.830 Personen die staatliche Förderung. Laut Amt entspricht das einem Anstieg um 0,4 Prozent. (dpa)

Fahrradfahrer:innen ausgebremst

Von sechs geplanten Fahrradparkhäusern sollen aufgrund fehlender Finanzierung nur noch vier entstehen

Von Emma Dörmann

Der Senat scheint nach dem Motto zu handeln: Wenn schon keine Schnellradwege gebaut werden, braucht es auch weniger Abstellmöglichkeiten. Damit fällt eine wichtige Errungenschaft für die vielen Fahrradfahrer weg, die dringend benötigt wird.

Ursprünglich waren sechs Standorte für neue Fahrradparkhäuser geplant, um wettergeschützte und sichere Abstellplätze zu schaffen. Doch aus einer Anfrage der Linken an die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt geht hervor, dass nun nur noch zwei dieser Fahrradparkhäuser – in Schönweide und

Mahlsdorf – realisiert werden sollen. Die Baufertigstellung ist für Ende 2026 und 2028 geplant.

Niklas Schenker (Linke) kritisiert diese Entscheidung: „Es bestätigt sich immer wieder, dass der Senat dem Radverkehr keine Priorität einräumt.“ Somit werde die Mobilitätswende erneut hinten angestellt, ähnlich wie zuvor bei den Schnellradwegen, die ebenfalls an der Finanzierung gescheitert sind.

Fahrradparkhäuser sind ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrspolitik, da sie es ermöglichen, verschiedene umweltfreundliche Verkehrsmittel miteinander zu verknüpfen. Gerade an Verkehrsknotenpunkten wie Bahnhöfen sind sichere Abstellmöglichkei-

ten wichtig, um den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern. Sie bieten die Möglichkeit, das Fahrrad morgens abzustellen und mit der Bahn die oft weiten Strecken in Berlin zu bewältigen, ohne sich Sorgen machen zu müssen, dass am Ende des Tages das Fahrrad fehlt.

Geplant waren weitere Fahrradparkhäuser an den Bahnhöfen Haselhorst, Ostkreuz, Pankow und Landsberger Allee. Diese Projekte scheitern nun an fehlender Finanzierung. „Es ist mir absolut schleierhaft, warum insbesondere das Ostkreuz als größter Umsteigebahnhof Berlins kein Fahrradparkhaus bekommen soll“, äußert sich Schenker. In anderen Ländern wie den

Niederlanden sind Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen längst Standard. Auch in Deutschland gibt es bereits Vorbilder, etwa die Radstation im Potsdamer Hauptbahnhof. Dieses Fahrradparkhaus bietet 557 gesicherte Stellplätze, Schließfächer und Akkuladestationen. Es entstand 2016 durch die Umnutzung eines PKW-Parkhauses, wodurch 44 Autostellplätze in über 500 Fahrradstellplätze umgewandelt wurden.

Mit der Entscheidung, die geplanten Projekte zu streichen, kippt nicht nur die Hoffnung auf eine schnelle Mobilitätswende, sondern auch die Zuversicht vieler, dass die Stadt tatsächlich auf eine nachhaltige Zukunft zusteuert.



Abschiedsfeier der russischen Streitkräfte im Hauptquartier in Wünsdorf
Foto: akg

„In Russland wurde das als Niederlage gesehen“

Vor 30 Jahren endete der Abzug sowjetischer Truppen aus Brandenburg. Die Nachnutzung der militärischen Flächen ist zum Teil eine Erfolgsgeschichte, meint die Forscherin Małgorzata Popiołek-Roßkamp

Interview **Uwe Rada**

taz: Frau Popiołek-Roßkamp, am 31. August 1994 endete offiziell der Abzug der früheren sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland. Die Hälfte der 500.000 Soldaten war in Brandenburg stationiert. Wie fest ist das Datum in der Erinnerungskultur verankert?

Małgorzata Popiołek-Roßkamp: Nicht nur in Brandenburg, in ganz Deutschland spielt dieses Datum kaum eine Rolle. Allerdings gibt es einige Initiativen, die sich um dieses Thema bemühen.

taz: Welche zum Beispiel?

Popiołek-Roßkamp: In Zusammenhang mit dem 30-jährigen Jubiläum finden verschiedene Veranstaltungen statt. Allerdings gibt es wenig, was davon außer Publikationen dauerhaft bleibt. Im Brandenburg Museum in Potsdam wird der Abzug, neben der Sonderausstellung mit Kunstprojekten von Sven John, in Form von Interventionen in der Dauerausstellung zur Geschichte Brandenburg thematisiert.

taz: Und in Wünsdorf, wo sich das Hauptquartier der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte befand?

Popiołek-Roßkamp: Dort beschäftigt sich das Rote Stern Museum mit den sowjetischen Truppen in Brandenburg. Das ist eine private Initiative. Gleichzeitig ist Wünsdorf auch ein Gradmesser dafür, wie wichtig oder auch unwichtig dieser Teil der Geschichte in Brandenburg ist.

taz: Inwiefern?

Popiołek-Roßkamp: Ein Großteil der militärisch genutzten Areale steht immer noch leer. Das Haus der Offiziere in Wünsdorf ist teilweise eine Ruine. Zwar gab es nach dem Abzug die Idee, dort ein Friedensmuseum zu gründen. Einen Teil davon hätte das Diorama werden können, das die Schlacht um den Reichstag von 1945 darstellte. Doch man konnte sich nicht auf den Preis einigen, und es wurde mitgenommen. Aus den Überlegungen in den 1990er Jahren ist nichts geworden. Bis heute gibt es keinen zentralen Erinnerungsort.

taz: Sie sprechen vom Abzug als dem endgültigen Ende des Kalten Krieges. War der nicht schon mit der Auflösung der Sowjetunion beendet?

Popiołek-Roßkamp: Man könnte auch sagen, dass der Kalte Krieg bereits mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag beendet war. Oder mit der Vereinigung Deutschlands. Man muss sich aber in Erinnerung rufen, dass zum Zeitpunkt des Abzugs, der ja einige Jahre gedauert hat, in der vereinigten und souveränen Bundesrepublik eine fremde Armee stationiert war. Dass der Abzug am Ende friedlich und ohne Zwischenfälle verlaufen ist, war nicht unbedingt selbstverständlich. Da mussten 500.000 Menschen mitsamt ihres militärischen Gerätes Ostdeutschland verlassen, um in ein Land mit

manövern, Truppenbewegungen, Umweltverschmutzung und Gewaltakte außerhalb der Kasernen. In Wünsdorf war die Bundesstraße 96 gesperrt, da musste die Lokalbevölkerung einen Umweg nehmen. Also die Erleichterung war schon spürbar.

taz: Sie erforschen den Abzug wissenschaftlich am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner. Was genau ist Ihr Thema?

Popiołek-Roßkamp: Ich erforsche die Wege in die zivile Umnutzung militärischer Flächen in Brandenburg. Dazu gehören auch die poli-

ten keine Perspektive. Viele Gelder, die für den Wohnungsbau zur Verfügung standen, kamen allerdings überhaupt nicht vor Ort an.

taz: Welche Rolle spielt der Abzug in der russischen Erinnerungskultur?

Popiołek-Roßkamp: Der Abzug wurde von den Soldaten, aber auch den Menschen in Russland als eine Niederlage angesehen und wird von vielen immer noch so wahrgenommen. Auch die Tatsache dass keine Abschiedsveranstaltung für alle vier Alliierten zustande gekommen ist, war für Russland ein Affront. An das friedliche Ende des Kalten Krieges oder das Erbe Gorbatschows wird in Russland nicht gedacht. Bereits damals wurden übrigens die Grundlagen für den aktuellen Konflikt gelegt. Das angebliche Verbot der Nato-Osterweiterung war im Zwei-plus-Vier-Vertrag im Verbot der Stationierung der Nato-Truppen in Ostdeutschland von der Sowjetunion mitgedacht, aber nie schriftlich festgehalten worden.

taz: In Polen fand der Abzug der sowjetischen Streitkräfte bereits 1993 statt. Das abgeschotete Hauptquartier befand sich mitten im Zentrum der Großstadt Legnica/Liegnitz. Welche Parallelen und Unterschiede gibt es zwischen dem Brandenburger Erinnern und dem Erinnern in Polen?

Popiołek-Roßkamp: Die Dimension war eine andere. In Polen waren 50.000 sowjetische Soldaten stationiert. In Ostdeutschland waren es 500.000. Auch die Vorgeschichte ist eine andere. In Polen wurde Russland nie als Befreier wahrgenommen. Stattdessen gab es die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt und den darauffolgenden Einmarsch der Sowjetunion in Polen am 17. September 1939. Erinnert wurde auch an das Nichtthelfen beim Warschauer Aufstand gegen die Deutschen im August 1944 und die fehlende Unabhängigkeit des Landes als Teil des Ostblockes. Während des Abzuges skandierten die Menschen in Polen „Sowjets nach Hause!“ Dieser Spruch hat es sogar auf die Jubiläumsmünze zum 30. Jahrestag des Abzugs 2023 geschafft. In Deutschland war die Stimmung in der Bevölkerung deutlich versöhnlicher.

Truppenabzug: eine organisatorische Meisterleistung

Der Abzug sowjetischer Truppen gilt als die größte Truppenverlegung in Friedenszeiten und logistisches Meisterwerk. Nachdem Wünsdorf 1951 Sitz des Oberkommandos wurde, lebten dort bis zu 75.000 sowjetische Militärs und Zivilist*innen. Noch 3 Jahre vor Abzug befanden sich auf ostdeutschem Gebiet 338.000 Soldaten und Offiziere sowie 180.000 Familienangehörige. Hinzukamen Tausende Panzer und Geschütze, Hunderte Flugzeuge, Hubschrauber und Raketen. Wie sich später herausstellt, waren viele der Liegenschaften mit Altlasten verseucht. Seit 1994 wird das Areal von der Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf genutzt. In ihrem Bestand befinden sich das Haus der Offiziere und die Villa Burlakow, Residenz des letzten Oberbefehlshabers. (taz)

ungewisser Zukunft aufzubrechen. **taz:** Welche Bedeutung hatte der Abzug für die Menschen vor Ort? Überwog da Erleichterung oder stellte sich auch die Frage, was aus den Flächen und Gebäuden werden soll?

Popiołek-Roßkamp: Es war zum einen natürlich die Erleichterung. Und auch Neugier. Das Betreten der Flächen war früher verboten. Nachdem die Entscheidung über den Abzug gefallen ist, wurden in vielen Kasernen Tage der offenen Tür veranstaltet. Das war in Westberlin mit den Westalliierten schon lange geübte Praxis. Das Interesse war auch in Brandenburg sehr groß.

taz: Hatte es keine größeren Konflikte gegeben? Da haben Panzer ja manchmal auch Gartenzäune niedergewalzt.

Popiołek-Roßkamp: Zum Zeitpunkt der Stationierung gab es diverse Einschränkungen und Störfaktoren, etwa nächtliche Militär-

tischen und die zivilgesellschaftlichen Prozesse, die zum Abzug führten und die verschiedenen Konversionsprojekte. Zu meinen Fallstudien aus dem Großraum Berlin gehören unter anderem Wünsdorf, Jüterbog, Neuruppin und die Kyritz-Ruppiner Heide. Diese Orte zeigen exemplarisch die unterschiedlichen Umnutzungsstrategien in den 1990er Jahren. Zum Schluss stelle ich die Frage nach dem Umgang mit dem sowjetischen Erbe in Deutschland bis heute.

taz: Wissen Sie, was aus den ehemaligen Soldaten der Sowjetarmee und Russlands geworden ist? Da hat die Bundesrepublik auch in den Bau von Wohnanlagen in Russland investiert.

Popiołek-Roßkamp: Das war ein Teil der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die wirtschaftliche Situation in Russland schwierig. Die meisten Soldaten, die abzogen, hat-

taz: Warum wurde der Abzug erst 1991 beschlossen?

Popiołek-Roßkamp: Polen hat mit den Gesprächen über den Abzug gewartet, weil es wissen wollte, ob das wiedervereinigte Deutschland die Oder-Neiße-Grenze auch in einem Vertrag mit Polen anerkennen würde. Zuvor gab es nur den Görlitzer Vertrag der DDR mit der Volksrepublik Polen. Die Sowjetunion wurde also bis zum Abschluss des Grenzvertrags als eine Art Garant der Oder-Neiße-Grenze betrachtet.

taz: Gibt es auch Gemeinsamkeiten?

Popiołek-Roßkamp: Das Thema der Altlasten, also Umweltzerstörungen, kontaminierte Böden. Da gab es ähnliche Auseinandersetzungen darüber, wer die Sanierung bezahlt. Die Sowjets wollten nicht dafür haften. Im Gegenzug wurde die militärische Infrastruktur, die die Sowjets hinterlassen haben, mit den Kosten für die Sanierung verrechnet. In der polnischen Erinnerungskultur spielt der Abzug übrigens auch keine Rolle.

taz: Ist die Konversion in Brandenburg unterm Strich gelungen?

Popiołek-Roßkamp: Immerhin sind über 90 Prozent der militärischen Flächen erfolgreich umgenutzt worden. Dabei sind die Altlasten natürlich immer noch ein Problem. Nicht umsonst spricht man in diesem Zusammenhang von einer Jahrhundertaufgabe. Je nachdem, wo man sich in Brandenburg befindet, kann man von einer Erfolgsgeschichte, aber auch einer gemischten Bilanz sprechen.

taz: Wo ist die Bilanz eher gemischt?

Popiołek-Roßkamp: Jüterbog kämpft immer noch mit der Umweltverschmutzung. Auch gibt es dort noch viel Leerstand und Ruinen, und das in unmittelbarer Nähe zu nachgenutzten Liegenschaften. Ein großer Erfolg ist die gute Zusammenarbeit der betroffenen Kommunen, organisiert seit 1997 im Netzwerk Fokus. Neben den Fachveranstaltungen werden im Rahmen dieser Initiative jeden Sommer auch Führungen durch Konversionsstandorte für breites Publikum angeboten. Diese Konversionsfamilie, wie sie sich selbst nennen, ist ein beeindruckendes Erbe des Abzugs und seiner Folgen.



Małgorzata Popiołek-Roßkamp
geboren 1986 in Warschau, arbeitet im Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung und beschäftigt sich mit dem Erbe des Militärs und der Alliierten in Berlin.

Foto: privat

berliner szenen

Ein Dreieck des Fressneids

ine Frau mit einem kleinen vorwitzigen Hund und ich sitzen in der S-Bahn einem apfelessenden Mann gegenüber. Es kracht richtig, wenn er in den Apfel beißt, so knackig ist er. Der Hund, die Frau und ich sehen sehr interessiert zu, sodass der Mann irgendwann unangenehm berührt aus dem Fenster sieht. Wahrscheinlich mag er es nicht, wenn ihm andere Leute beim Essen zusehen, die selbst nichts essen. Ich nämlich auch nicht. Andersherum mag ich aber noch weniger, zusehen zu müssen, wie jemand mir gegenüber etwas ganz allein isst. Das geht sogar so weit, dass ich mir bei Verabredungen im Café immer zumindest etwas Kleines bestelle, selbst wenn ich absolut gar keinen Hunger habe. Eine Vorspeise oder eine Suppe gehen immer noch. Ich frage mich grad, ob das eine Form des Fressneids sein könnte, hole eine Laugenstange aus meiner Tasche, als der Mann den Apfelmännchen, den er mittlerweile zu einer kleinen sehr runden Kugel abgenagt hat, aus Versehen auf die Erde unter die Bank fallen lässt. Er bückt sich, aber bevor er ihn zu fassen bekommt, ist der kleine Hund schon dran, frisst ihn und leckt sich das Maul.

Der Mann sieht die Frau an. Sie grinst. „Darf er das essen? Ich dachte, die Kerne sind schlecht für Hunde?“, fragt er. Die Frau winkt ab: „Nicht für meinen, was der alles verträgt! Aber was er gar nicht leiden kann, ist, wenn man ihm was vorisst.“ Die Frau grinst wissend.

Ach, er also auch, denke ich und sehe den Hund an. Der Mann guckt ebenfalls den Hund an. Der leckt sich grad die Schnauze mit seiner rosa Zunge und sieht zwischen mir und dem Apfel-Mann erwartungsvoll hin und her, ob vielleicht noch etwas abfällt. Der Mann sieht auf meine Laugenstange. Und irgendwie gibt es da ein unsichtbares Dreieck zwischen dem Apfel-Mann, dem Hund und mir. Ein Dreieck des Fressneids. *Isobel Markus*

verweis

Eine Woche kurze Texte

Der Kurzgeschichte kommt meistens wenig Aufmerksamkeit zu, sie geht oft unter neben ihrem großen Bruder, dem Roman. Analog zu dem bislang kurzen deutschen Sommer widmet sich das Literaturforum im Brecht-Haus nun der kurzen Form – eine ganze Woche lang. Beim „Short Story Long Story“-Festival stellen noch bis Freitag täglich Autor:innen ihre Erzählungen vor. Heute Abend liest Helene Hegemann, die 18-jährig mit ihrem Roman „Axolotl Roadkill“ (2010) debütierte und zuletzt eine Kurzgeschichtensammlung („Schlachtensee“) veröffentlichte. Es lesen ebenfalls heute Mel Berger, Julienne De Muirier, Matthias Nawrat. Los geht's um 19 Uhr, Karten kosten 6 Euro.



Nachkommen des 2015 verstorbenen senegalesischen Perkussionisten Doudou N'Diaye Rose D'Diaye Rose spielten dessen Kompositionen
Fotos: Helena Majewska (links), Helge Mundt (rechts)



Rhythmen aus dem Jenseits

Sphärische Klänge, prasselnde Drums, viele Fragezeichen. Am Wochenende veranstaltete Berlin Atonal unter dem Titel „Openless“ drei Themenabende und -nächte mit Konzerten, Performances und DJ-Sets

Von **Julian Weber** und **Beate Scheder**

Wie ein Bandwurm wirkt die Menschenschlange vor dem Kraftwerk Köpenicker Straße. Nur langsam werden Besucher:innen am Eingang abgefertigt. Um das Gelände für das Festival „Berlin Atonal“ zu betreten, braucht es am Eröffnungsfreitag viel Geduld. Rätselraten um das Motto „Openless“: Weniger offen? Geschlossen? Bodenlos?

Vergangenes Jahr wurde vermeldet, Berlin Atonal fände fortan nur noch alle zwei Jahre statt, in der Vollversion also erst wieder 2025. „Openless“ ist somit ein Zwischenspiel. Festival nennt es sich aber dennoch, die Kommunikation ist verwirrend. An den drei Abenden selbst werden die Unterschiede zum „echten“ Atonal dann aber deutlich: „Openless“ ist nicht nur kürzer – 2023 dauerte Atonal ganze elf Tage – sondern auch fokussierter. Jeder Konzertabend hat ein eigenes Thema, das mitunter Atonal-untypisch musikalisch und performativ durchgespielt wird, eine Ausstellung gibt es auch nicht.

Der Freitag ist für Projekte reserviert, in denen Sound, Kunst und Recherche verzahnt werden, wie bei „A Forbidden Distance“, das den großen Raum des Kraftwerks bespielt: Die Zusammenarbeit der iranisch-kanadi-

schen Brüder Mohammad und Mehdi Mehrabani (alias Saint Abdullah), der italienisch-australisch-jüdischen Videokünstlerin Rebecca Salvadori und des irischen Elektronikproduzenten Eomac (Ian McDonnell) macht aus den Bindestrich-Biografien Bindestrich-Kunst. Die vier Beteiligten werfen dafür eine opulente Bild-Klang-Textmaschine an. Auf einer Leinwand sind Homemovies einer ungenannt bleibenden Familie zu sehen. Zu sehen gibt es eine Stadt in Nordamerika, darin eine vermutlich migrantische Familie, der Vater ist abwesend. Die Kamera wird von der Mutter Mehrabani geführt und sie filmt ihre vier Kinder, zwei Jungen, zwei Mädchen, die beide Kopftücher tragen. Die Szene wirken unbeschwert, lachende Kinder lachen, bei Alltagsverrichtungen zu Hause, auch mal betend mit dem Koran. Was den religiösen Kontext angeht, kann man nur rätseln.

Schon öfters haben sich Saint Abdullah mit ihren Musikprojekten um eine differenzierte Darstellung von schiitischem Glauben bemüht. Ihre Familie musste aus dem Iran emigrieren. Salvadori, deren deutsche Großmutter vor den Nazis nach Australien flüchtete, schreibt in Echtzeit Untertitel, die dann als Textbänder aufblitzen. Etwa „Es gibt keine Geheimnisse jenseits

der Bilder“. Die Tonspur der Bilder fehlt, stattdessen gibt es Fieldrecordings mit Stimmfetzen zu hören, HipHop-Beats unterlegt mit Soundschnipseln von Begräbniszereemonien und andere, impressionistisch anmutende Elektroniksounds. Im Programmheft steht, das audiovisuelle Projekt untersuche „den Zusammenhang zwischen Selbstwertgefühl und Entwurzelung“. Die Musiker liefern dazu teils verkitschte, Sounds. Trübt der Schein von der Idylle des Familienlebens?

Voll auf die Zwölf geht es beim Laptop-gestützten Blastbeat-Brutalismus des kenianischen Deathmetalduos Lord Spikeheart. Beide Künstler, dünn wie Silberfische, bieten muskulöse Akrobatik, für die der Sänger theatralisch auf einem Gerüst herumturnt, während aus dem Laptop 147 bpm Doublebassdrumschläge prasseln und Gitarrensoli mit der Kraft von 50 Kreissägen quietschen.

Den Globus-Dancefloor eröffnet später US-Produzentin Laurel Halo mit einem formstrengen Ambientset. Einige Anwesende machen dazu Yoga-Übungen am Boden, strecken ihre Glieder, andere schlafen ein, kriegen die Musik gar nicht mit, die sich so gerade oberhalb des Gesprächspegels vom Treppen durchsetzt. Der ganz normale Atonal-Wahnsinn.

Am Samstag ist die Energie wieder voll da, angeheizt wird sie vom eindringlichen Trommeln der Sabar, wie sie der 2015 verstorbene senegalesische Perkussionist Doudou N'Diaye Rose meisterlich beherrschte. Sein rhythmisch-musikalisches Erbe ist Thema des Abends. Aber wie! Das hat man bei Atonal auch noch nicht erlebt, dass einer die zumeist schwarzgewandete, ernst dreinblickende Menge zum Mitsingen und Mitklatschen auffordert – und diese

Das hat man bei Atonal auch noch nicht erlebt, dass einer die Menge zum Mitsingen auffordert

das auch noch tut. Viermal tragen Nachkommen von N'Diaye Rose am Samstag sichtlich bewegt von den Reaktionen des Publikums dessen Rhythmen und Kompositionen vor.

Aber nicht nur die Family, auch das Duo Studio Labour, bestehend aus Farahnaz Hatam und Colin Hacklander, und Produzentin Nkisi huldigen ihn in ihren Performances. Magische Momente schafft vor allem Nkisi analog wie elektronisch, gehüllt in einen transpa-

renten, floral bestickten Überwurf und schwelendem Räucherwerk scheint sie singend und trommelnd und mit Synthesizer und Drum-Computer als spirituelle Hilfsmittel den Geist N'Diaye Roses beschwören zu wollen. Nicht ganz konsequent erscheint nach all dem der zweite Clubabend, der rhythmischer, drumlastiger hätte ausfallen können.

Am Sonntag schließlich fühlt es sich dann doch so an, wie man es von Berlin Atonal kennt: Lichtblitze, Trockeneisnebel und flächiges Dröhnen von den italienischen Musiker*innen Grand River und Abul Mogard erfüllen die monumentale Kraftwerkhalle – passenderweise heißt die Komposition „In Uno Spazio Immenso“. Die italienische DJ und Vokalistin Sara Persico und die französisch-japanische Klangkünstlerin Mika Oki erforschen mittels Fieldrecordings das nie vollendete, von Oscar Niemeyer in Tripolis geplante Kuppeltheater. Hinter sich haben sie einen riesigen Mond aufgehängt, der in allen Farben in die Dunkelheit strahlt. Dem dominikanischen Produzenten und Songwriter Kelman Duran und Frankie, bekannt vor allem für ihre Zusammenarbeit mit Künstlerin Anne Imhof, genügen indes Laptop, Kontrabass und Gesang, um in himmlische Höhen zu entführen.



Ausgehen und rumstehen
von Laura Lückemeyer

Mit Regencap im Märchenland

Ich schaue zur Bühne und werde vom warmen, gelben Licht geblendet, das sich passend zu den Beats der Musik bewegt. Der Nieselregen ergänzt das DJ-Set perfekt, und die herabfallenden Regentropfen werden durch die Lichtreflexionen der vielen Scheinwerfer zu Glitzer, das auf die Menschenmasse niederrieselt. „Habt ihr Lust zu tanzen?“, fragt Monolink spielerisch die Menge und stimmt dabei seinen letzten Song an. Wir jubeln. Wow, was für ein Closing.

Es ist, 22.00 Uhr. Der Bus zurück in die Realität geht morgen früh um 9.00 Uhr. Das haben L. und ich an einem Februarrabend so beschlossen. Die letzten Töne faden langsam aus und der Nieselregen verwandelt sich in stärker werdenden Regen, als hätten Künstler und Wetter sich perfekt aufeinander abgestimmt.

„Wir müssen jetzt logisch nachdenken“, sage ich, als wären wir in einem Escape-Room à la Festival Edition. Es gibt drei Möglichkeiten: nass weiter tanzen,

zum Zelt gehen und Regenjacken holen, die dem strömenden Regen sowieso nicht lange standhalten, um dann erst einigermaßen trocken, dann halb nass und schlussendlich nass mit einer am Körper klebenden Regenjacke weiter zu tanzen, oder schlafen gehen. Option drei ausgeschlossen. Es darf so jetzt nicht enden. Nicht um 22.30 Uhr.

Eben noch im Märchenland bei strahlendem Sonnenschein, mit Elfen, Feen und nackten Menschen tanzend auf einem Podest, bin ich nun wieder in der Realität gelandet, die leider immer kälter wird. Statt den bunten Bewohner:innen des Märchenlandes sehe ich jetzt nur Regencapes und Regenschirme, die wie ferngesteuert durchs dunkle Nass stapfen. Für eine Sekunde wünsche ich mir, der Typ zu sein, der L. bei Sonnenaufgang auf dem Weg zum Zelt gefragt hat, welchen Tag wir so ungefähr haben. Während ich versuche auszuloten, was wir jetzt am besten machen, hat M. ein

Handtuch aus meiner Tasche gekramt, das wir verzweifelt über unsere Köpfe zu halten versuchen. Wir stehen da wie drei bedröppelte Pinguine. „Los, wir gehen zum Zelt“, sagt J. und erlöst mich vom Grübeln.

Am Camp angekommen, wählen wir einen verlassenen Pavillon mit Lichterkette als Base für unsere Gruppe aus, wobei M. beschließt, sich ins Zelt zu verkrümmeln. Frisch eingekleidet mit meiner Regenjacke sitze ich dort wartend auf J., als eine Frau einen Stuhl abstellt und sich für das Ausleihen bedankt. „Kein Problem“, sage ich, obwohl mir hiervon ja selbst nichts gehört. J. kommt hinzu und L. hat nun auch zu unserer neuen Bleibe gefunden. Auch C. und N. haben beschlossen, uns Gesellschaft zu leisten, wobei den beiden unser heimeliger Unterschlupf gehört. Wir teilen unser letztes Wasser, updaten den Regenradar und immer wieder stiefelt einer von uns fünf zu seinem oder ihrem Zelt, um mehr Kippen,

Snacks oder warme Klamotten zu holen. Ich rufe A. an, die mir sagt, dass sie fröhlich in der Menge tanze, der Regen scheinbar sei, ihr nicht kalt sei und wir auch kommen sollen.

Mist, denke ich, alles falsch gemacht. „Aber so ist es doch gerade auch ganz okay“, entgegnet mir J. Wir verharren weiter und erzählen uns von unseren Festival-Highlights, N. jammert, dass ihm alles weh tue und generell reden wir so, als würden wir uns schon ewig kennen. Es ist kurz nach 0 Uhr, und der DJ, den ich sehen will, fängt gerade an zu spielen. „Es wird Zeit, Leute, sonst kommen wir nie los.“ Wir verabschieden uns von C. und N., die sich entscheiden, zu bleiben. Nach über einer Stunde bei den beiden stiefeln wir wieder in die Nacht hinein und bemerken freudig, dass der Regen weniger wird. Die Realität hat weitere acht Stunden und 30 Minuten Pause und wir sind uns einig: Das haben wir voll gut abgepasst.

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de



Quer soll eine Ortsumgehung verlaufen, hoch die Autobahn Richtung Lüneburg: geplanter A39-Abschnitt im Kreis Gifhorn
Foto: XKP
Visual Engineers BV / Die Autobahn

Ein Minister baut vor

Der BUND klagt erneut gegen die geplante A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Das Land Niedersachsen verzichtet darauf, den Bau im Eilverfahren durchzudrücken, gibt aber Geld für eine Ortsumgehung frei, die nur Sinn ergibt, wenn die Autobahn irgendwann einmal gebaut werden sollte

Von Gernot Knödler

Dass die A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg irgendwann einmal gebaut wird, ist nicht gewiss. Trotzdem hat Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) vergangene Woche das Geld für eine Ortsumgehung freigegeben, die nur Sinn ergibt, wenn die Autobahn kommt. „Uns vor vollendete Tatsachen zu stellen, in der Hoffnung, dass die A39 doch noch finanziert wird, halte ich für starken Tobak, wo doch anderswo so viele Mittel gebraucht werden“, sagt Karin Loock, Grünen-Abgeordnete im Gifhorer Kreistag.

Minister Lies bezeichnet die A39 als eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte Niedersachsens, die Handelskammer Lüneburg/Wolfsburg sieht darin „das zentrale Verkehrsprojekt der Region“. Es erschließt „Deutschlands größten autobahnfreien Raum“, entlaste die vielbefahrene A7 und die Ortschaften, durch die sich heute die Lasten schieben. Und nicht zuletzt erschließt die Autobahn diesen Raum für das VW-Werk in Wolfsburg.

Die Autobahn habe ein „ausgesprochen schlechtes Nutzen-Kosten-Verhältnis“, kritisiert der BUND. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist für die gesamte 105 Kilometer lange Neubaustrecke ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 2,1 angeführt. Ein Gutachten im Auftrag der Grünen-Landtagsfraktion, das von sehr viel höheren Baukosten ausgeht, taxierte das Verhältnis 2016 auf 0,85 – der Nutzen wöge die Kosten also nicht auf.

Dazu kommt die Frage, ob so ein Projekt unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten noch zeit-

gemäß ist. So wundert sich der BUND, dass der Bundesverkehrswegeplan zwar dem Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ fröne, das Vorhaben aber trotzdem in den „vordringlichen Bedarf“ aufgenommen habe. Dabei seien EU-Vorgaben zur Strategischen Umweltprüfung nicht angewandt und umweltfreundliche Alternativen nicht geprüft worden.

Beim Abschnitt 7 zwischen Ehra und Wolfsburg moniert der BUND konkret, dass die Folgen für das Weltklima nicht geprüft sowie das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet Vogelmoor in den Plänen nicht richtig abgegrenzt worden sei. „Es fehlen nach wie vor belastbare Angaben zur Chloridbelastung zahlreicher Gewässerarten im Einzugsbereich der Kleinen Aller“, sagt Manfred Michel, Vorsitzender der BUND-Gruppe Gifhorn.

Vom Stand des Planverfahrens her ist der Abschnitt Ehra – Wolfsburg am weitesten unter den insgesamt sieben Bauabschnitten gediehen. Ob die Bundesregierung das Geld für die Autobahn bereitstellt, ist jedoch ungewiss. Sie findet sich nicht in der Liste der 144 Autobahnprojekte, die im März 2023 als von „überragendem öffentlichen Interesse“ eingestuft wurden. Die Liste ermöglicht es, dass die Gerichte mögliche Klagen gegen diese Vorhaben prioritär behandeln. Kleinere Mängel sollen nicht mehr zu einem gerichtlichen Stopp des Projekts führen.

Für den planfestgestellten Abschnitt 7 hat Wirtschaftsminister Lies (SPD) mitgeteilt, dass er auf den sofortigen Baubeginn vorerst verzichte. Damit erübrige es sich für die Kläger gegen die A39 unter Führung des BUND, ein einstweiliges Rechtschutzverfahren anzustrengen, um

den Bau zu stoppen. „Das hilft, die Gerichte zu entlasten“, teilte Lies mit. Die Klage wird also nur in einem Hauptverfahren abschließend verhandelt.

Lies verband den Aufschub aber mit etwas, das die Projektgegnerin Anne-Kathrin Schulze aus Ehra-Lessien als „üblen Taschenspielertrick“ bezeichnet: den Bau der Ortsumgehung nördlich an den Dörfern Ehra und Lessien vorbei. „Der Bau der

Ob die Bundesregierung das Geld für die Autobahn bereitstellen wird, ist jedoch völlig ungewiss

Ortsumgehung soll jetzt gefühlt das A-39-Zeitalter in der Region einleiten“, sagt Schulze. Weil die Finanzierung der mindestens 1,6 Milliarden Euro teuren Autobahn fraglich sei, schaffe Lies mit dem Geld des Landes schon mal Fakten.

Die Ortsumgehung kreuzt die A39, die zwischen Ehra und Lessien hindurchführen soll und schafft die Voraussetzungen für eine aufwändige Anschlussstelle. Neun Millionen Euro soll sie nach Angaben des Landes kosten, zuzüglich 1,8 Millionen Euro Planungskosten – jeweils zu 70 Prozent vom Bund und zu 30 Prozent vom Land getragen. Das Geld des Bundes stehe bereit, sagt Ministeriumssprecher Florian Mosig. In diesem Herbst werde die Autobahn GmbH des Bundes das Projekt ausschreiben. Im Frühjahr 2025

solle mit dem Bau begonnen werden. Dabei ist allen – auch dem Ministerium – klar, dass die Ortsumgehung nur im Zusammenhang mit der Autobahn sinnvoll ist, indem sie die Anschlussstelle ermöglicht. Denn aus Osten werde nach dem Scheitern einer Ortsumfahrung für Brome nicht viel Verkehr kommen und den Nord-Süd-Verkehr werde eine Ost-West-Ortsumgehung nicht aufnehmen.

„Wir brauchen eine Entlastung der Ortschaft“, sagt der stellvertretende Bürgermeister Ehra-Lessiens, Peter Albrecht (SPD). „Wir wollen, dass die Autobahn schnell kommt.“ Den zahlreichen Autobahngegnern wirft er vor, dass ihre Alternativvorschläge wegen der nötigen neuen Planungen einen jahrelangen Stillstand bedeuten würden. „Wenn die Autobahn jetzt platzt, fangen wir bei Null an“, sagt Albrecht.

Dabei nehmen die Planer auf die Bedürfnisse des Doppelortes wenig Rücksicht. Nach jetzigem Stand soll die Landstraße samt dem Radweg, die heute Ehra und Lessien direkt verbindet, als Ausgleichsmaßnahme für die Umgehungsstraße zu einem Schotterweg zurückgebaut werden.

Verschnupft zeigen sich die Grünen, weil Lies sie nicht über sein Vorhaben informiert hat. Denn am selben Tag als der Minister seine Pressemitteilung verschickte, hätten die Grünen in Ehra-Lessien sich über den Stand der Autobahnplanungen informiert und von nichts gewusst, erzählt die Kreistagsabgeordnete Loock. „Das ist ein Affront gegen die Grünen“, sagt Loock. Sie vermutet, der SPD-Mann Lies wolle sich wohl mit Blick auf die Landtagswahl im kommenden Jahr empfehlen.

südwester

Identitätsstiftend

Das niedersächsische Oldenburg will nicht mit Oldenburg in Schleswig-Holstein **verwechselt werden** und trägt darum einen Zusatz mit sich herum: Oldenburg (Oldenburg). So hat es das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz einst festgeschrieben. Oldenburg will aber Oldenburg (Oldb) heißen und die Kommunalaufsichtsbehörde fordert eine Anpassung der Schreibweise, weil die seit Jahrzehnten verwendet werde und **Teil der städtischen Identität** sei. Der **südwester** fragt sich zwar schon, wie die Identität einer Stadt an den **Buchstaben e, n, u, r und g** hängen kann. Aber das scheint nun egal zu sein: Seit gestern Abend ist Oldenburg (Oldenburg) die ungeliebten fünf Buchstaben wohl los. Die **Zustimmung des Rates** zu dem Umbenennungsplan galt als sicher.



Birte Müller
Schwer mehrfach
normal

Mit Akkustaubsauger beim Wildcampen

Mein Mann und ich waren in diesem Jahr nur noch mit unserer 15-jährigen Tochter unterwegs. Ein wenig hatten wir zuvor damit geliebäugelt, sogar alleine fahren zu können – ich bin in diesem Alter jedenfalls ohne meine Eltern weggefahren. Unsere Tochter empfand es allerdings als geradezu empörend, dass wir während der vorhergehenden Überlegungen zur benötigten Größe des neuen Campinggefahrts immer wieder verkündeten, dass sie ja ohnehin bald nicht mehr mit uns in den Urlaub fahren wolle. Sie erkundigte sich genervt, woher wir eigentlich wüssten, was sie will und ob nicht vielmehr wir diejenigen seien, die lieber allein fahren möchten.

Nach dem Urlaub weiß ich nun, dass ich es damit nicht eilig habe: Zu zweit wegfahren wird definitiv eine noch größere Herausforderung für meinen Mann und mich. Wir sind es offensichtlich nicht mehr gewohnt, uns so sehr auf der Pelle zu hocken.

Zuhause ist es Matthias schon zu eng, wenn beim Kaffeekochen morgens eine zweite Person in der Küche ist. Jetzt musste der Arme drei Wochen lang zu dritt in einem Raum in Küchengröße verbringen, der gleichzeitig auch noch Bad, Schlaf- und Wohnzimmer darstellte. Und das, wo ihm schon das Geräusch auf den Senkel geht, wenn ich in meinem Tee herumrühre. Schon vor 25 Jahren im VW-Bus hat mein Mann immer fleißig mit einem kleinen Handfeger den Sand aus dem Wagen gefegt. Damals hatten wir weder Kühlschrank noch Toilette an Bord – auf was wir heute beide nicht mehr verzichten wollen.

Aber worauf Matthias im Urlaub auch nicht mehr verzichten kann – und ich traue mich kaum das offen zuzugeben – ist sein geliebter Akkustaubsauger. Beim Wildcampen! Wir sind definitiv beide noch verkaufter als früher.

Natürlich habe ich mich über seinen Staubsauger fleißig lustig gemacht. Oder darüber, dass er ständig vergnügt neben seinem Solarpanel saß und in seiner App verfolgte, wie viel Watt er damit gerade erzeugt, um so sein Bier zu kühlen und natürlich den Staubsauger-Akku aufzuladen. Was er uns dann andauernd laut verkündete. Überhaupt ist mir aufgefallen, dass mein Mann Hörspielartig alles Mög-

Dieser Urlaub hat gezeigt: Mein Mann und ich sind definitiv noch verkaufter als früher

liche bekanntgibt. Zum Beispiel, wenn er sich ein Sandwich macht oder auf die Toilette muss – dabei entgeht einem im Wohnmobil weder das eine noch das andere.

Im Urlaub sitze ich nie einfach herum. Und Staubsaugen tue ich schon gar nicht. Ich bin eigentlich durchgängig damit beschäftigt, Schwemmholz, Strandgut, Steine oder anderes Zeug zu sammeln und daraus Kunst zu basteln (natürlich nicht ohne dabei alles um mich herum gnadenlos vollzusanden). Leider durfte ich nur eine Kiste Werkzeug mit auf die Reise nehmen und die Bohrmaschine passte nicht mehr rein.

Zugegeben, es war dennoch eine große Kiste. Die Box hatte ich so komprimiert gepackt, dass es mir kein zweites Mal gelang, sie wieder zusammen zu puzzeln. Danach musste allerhand Krams von mir in Matthias' Kiste beim Staubsauger liegen, von der er behauptet hatte, sie sei voll. Aber ich kenne das schon: Mein Mann behauptet ständig irgendetwas sei komplett voll, zum Beispiel unser Gartenhaus oder die Küchenschublade mit den Tupperdosen. Ich wäre dagegen in der Lage, dort locker nochmal das Vierfache hineinzustapeln. Ich muss jedoch zugeben, dass ich auch meine Eigenarten habe: Im Urlaub eine Sammlung plattgefahrener und getrockneter Tiere anzulegen, ist wohl nicht weniger schrullig als ständig staubzusaugen – und eindeutig ekliger.

Zusammenfassend könnte ich sagen, dass beim Urlaub im Camper grundlegende Ehekonflikte so deutlich wurden, dass die mitgereiste Teenagerin doch langsam eine Ahnung davon bekommen hat, warum sie nächstes Jahr möglicherweise wirklich nicht mehr mitfahren will.

Birte Müller ist Illustratorin, Autorin und Mutter von Willi (17) mit Downsyndrom und Olivia (15) mit Normal-syndrom. 2021 hat sie zusammen mit Yannick de la Pêche das Kinderbuch „Wie krank ist das denn?“ veröffentlicht.

Soli-Konzert auf dem Viva-La-Bernie-Hof 2018: An der entgegengebrachten Sympathie mangelt es nicht, am Geld schon. Foto: Bodo Marks/dpa

Investoren gegen Investoren gesucht

Der Hamburger Kunst- und Handwerkhof „Viva La Bernie“ schien schon gerettet, doch nun droht der Verkauf an die Hofgemeinschaft zu scheitern. Es fehlen 2,2 Millionen Euro

Von **Knut Henkel**

Die Lücke ist bedenklich groß: 987.000 Euro weist das Finanzierungsbarometer auf der Homepage des Hamburger Kunst- und Handwerkhofs „Viva La Bernie“ auf. Doch bei 3,2 Millionen Euro müsste es eigentlich stehen. „Uns fehlen also 2,2 Millionen Euro und das liegt aus unserer Perspektive daran, dass bei vielen Menschen nach dem Verhandlungserfolg vom November 2023 der Eindruck entstanden ist, dass wir als Werkhof-Gemeinschaft gerettet sind“, sagt Viva-La-Bernie-Sprecher Ralf Gauger. „Das ist aber nicht der Fall“.

Im November 2023 wurde mit viel medialer Resonanz der Kompromiss zwischen den beiden Investoren und der Werkhof-Gemeinschaft unter Einbindung der gemeinwohlorientierten Lawaetz-Stiftung besiegelt: Die beiden privaten Eigentümer verkaufen die Immobilie an die Stiftung, die sie wiederum an die Nutzer:innen in Erbpacht weitergibt. Die Hofgemeinschaft soll dann für Erhalt, Sanierung und Vermietung verantwortlich sein – in Eigenregie.

Es war ein bahnbrechender Erfolg für die Viva-La-

Bernie-Gemeinschaft, die aus Musiker:innen, Künstler:innen, Filmemacher:innen und Handwerker:innen besteht und die die mehr als ein Jahrhundert alten Gebäude als Werkstätten, Ateliers und Wohnungen nutzen. Wäre es nicht zur Einigung gekommen, hätten sie befürchten müssen, aus dem Hinterhof-Areal im Stadtteil Altona verdrängt zu werden.

Wo sind die Mäzene?

Doch nun herrscht Ernüchterung, weil eben jene Differenz zwischen dem Verkehrswert des Grundstückes von 6 Millionen Euro auf der einen Seite und andererseits dem Kaufpreis in Höhe von 8,5 Millionen Euro und den Kauf-Nebenkosten noch nicht aufgebracht worden ist. „Die Summe ist so etwas wie unser Eigenanteil. Der ist nötig, damit die Lawaetz-Stiftung den Kredit bei der Bank aufnehmen kann, um den Hof endgültig kaufen zu können“, erklärt Gauger, der als Bauunternehmer tätig ist und auf dem Werkhof einer von rund 20 Mieter:innen und insgesamt rund 100 Nutzer:innen ist.

Bis Ende August sollte eigentlich das Geld zusammen gesammelt sein. Doch bei Viva La

Bernie und ihren Förder:innen hakt es – trotz erfolgreicher Aktionen, wie etwa Kunst-Auktionen, Konzerten oder Soli-Partys. Und die Zeit könnte bald ablaufen. „Zwar wissen wir, dass die Lawaetz-Stiftung genauso wie die Politik und beiden In-

„Wenn 1.000 solidarische Menschen uns 3.000 Euro leihen, sind das drei Millionen Euro, in etwa die Summe, die wir brauchen“, sagt Gauger, der aktuell weiter im Gespräch mit potenziellen Sponsoren ist. Doch dass es da kaum Fortschritte gibt, ist ebenso am Finanzierungs-Barometer abzulesen: Seit Ende Juli steht es stabil auf der Summe von 987.000 Euro und hat sich trotz etlicher Aktionen zuletzt nicht nach oben bewegt.

Bereicherung für die Stadt

Das ist dramatisch für den Hinterhof, der immer mal wieder als „Soziotop“ deklariert wird, weil sich die Nutzer:innen über Jahre hinweg eigene solidarische Strukturen aufgebaut haben und damit einen Gegenentwurf zur uniformen Stadt bewahrt haben. Auch Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) befand den 4.800 Quadratmeter großen Hinterhof schon als eine Bereicherung für die Stadt.

Mit einem Werbefilm, der in Hamburgs Programmkino läuft, hofft der Kreativhof noch die nötige Unterstützung zu finden. Kommt die nicht, dürfte es wohl bald zu spät sein.



vestoren hinter dem ausgehandelten Kompromiss stehen, aber deren Geduld ist endlich. Wir brauchen Unterstützung: über solidarische Kredite, aber auch von Mäzenen, die in der Lage sind, uns größere Summen zu geringen Zinssätzen zur Verfügung zu stellen“, so Gauger. Zinssätze von maximal 1,5 Prozent könne Viva La Bernie bedienen.



nachrichten

Fischer sollen weniger fangen

Fischer sollen nach einem aktuellen Vorschlag der EU-Kommission 2025 in der Ostsee weniger Fisch fangen dürfen. Der Vorschlag sieht niedrigere Mengen für Sprotte, Lachs und Kabeljau vor, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. Die Fangmenge der Sprotte etwa soll im Vorjahresvergleich um rund 42 Prozent auf etwa 117.000 Tonnen fallen. Hingegen sollen Fischer in der mittleren Ostsee um 108 Prozent mehr Hering fangen dürfen. Der Vizepräsident der EU-Kommission

Maros Sefcovic sagte laut Mitteilung, es werde Jahr für Jahr deutlicher, wie wichtig es sei, etwas gegen den desolaten Zustand der für die Wirtschaft wichtigen Arten zu unternehmen. (dpa)

Radfahrer totgefahren

Bei einem schweren Verkehrsunfall im Heidekreis ist ein 65 Jahre alter Radfahrer ums Leben gekommen. Am Sonntagabend habe eine 18 Jahre alte Autofahrerin in Steinbeck beim Überqueren einer Kreuzung of-

fensichtlich den Radfahrer übersehen, der Vorfahrt gehabt habe, teilte die Polizei mit. Es kam zum Zusammenstoß. Der 65-jährige wurde so schwer verletzt, dass er noch an der Unfallstelle starb. Die Kreuzung wurde zwischenzeitlich für die Unfallaufnahme gesperrt. (dpa)

Mehr Gehalt in der Altenpflege

Die mehr als 3.000 Beschäftigten der Altenpflege im Bereich der Tarifgemeinschaft Pflege im Land Bremen erhalten ab Septem-



Gegen Bedrohungen aus der Luft möglicherweise unzureichend geschützt: Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel
Foto: Ulrich Perrey/dpa

Drohnen über rostige Castor-Behälter

Illegale Überflüge verletzen seit Anfang des Monats die Flugverbotszone über dem LNG-Terminal, dem Chemiepark und dem Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel

Von **Esther Geißlinger** und **Ilka Kreuzträger**

Seit Wochen kreisen Drohnen unbekannter Herkunft über dem Industriestandort Brunsbüttel, die Staatsanwaltschaft Flensburg ermittelt wegen des Verdachts der „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“. Die nächtlichen Überflüge sollen seit Anfang August stattfinden, wie zuerst der *Spiegel* und die *Bild* berichteten. Möglicherweise handelt es sich um russische Drohnen vom Typ Orlan-10. Versuche, sie abzufangen, sind bisher gescheitert.

Wie lange es von der ersten Sichtung dauerte, bis einem Spionageverdacht nachgegangen wurde, wie viele Drohnenüberflüge registriert worden sind, ob es sich tatsächlich um russische Drohnen handelt oder ob es andere Hinweise auf Typus und Herkunft der Drohnen gibt? Zu all dem wollte die Staatsanwaltschaft Flensburg, die für Staatsschutzbelange in Schleswig-Holstein zuständig ist, gestern auf taz-Nachfrage nichts sagen. Aus „ermittlungstaktischen Gründen“, so Oberstaatsanwalt Thorkild Petersen-Thrö. Auch das Innenministerium hält sich mit dem Hinweis auf laufende Ermittlungen bedeckt.

Dabei ist das von den Drohnen überflogene Gebiet ein sensibles: Bei Brunsbüttel mündet der Nord-Ostsee-Kanal in die Elbe, zahlreiche Firmen haben sich angesiedelt, darunter aus der chemischen und Mineralöl-Industrie im Chemcoast-

Park. Ein LNG-Terminal entsteht gerade. Ebenfalls in Brunsbüttel liegt ein Atomkraftwerk, das sich im Rückbau befindet. Die Anlagen gelten als Teil der kritischen Infrastruktur.

Zunächst war die Polizei vor Ort nur von nicht angemeldeten Drohnenflügen in der Flugverbotszone ausgegangen. Solche Flugverbote gelten um kerntechnische Anlagen grundsätzlich, so das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung. In Brunsbüttel ist es besonders heikel, denn auf dem Gelände lagern Castor-Behälter, seit 2015 ohne Genehmigung. Der Grund, aus dem ein Gericht das Zwischenlager verbieten hatte, ist die Sorge darüber, dass die Kavernen, also die unterirdischen Lagerstätten, nicht ausreichend gegen Terrorangriffe gesichert sein könnten.

Im Jahr 2004 hatte ein Anwohner aus Angst vor zufälligen oder geplanten Flugzeugabstürzen geklagt – seit dem Angriff auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 ein denkbare Szenario. Mehr als zehn Jahre lang stritt der Kläger, unterstützt von Naturschutzvereinen, vor Gericht.

In den Verfahren erklärte das Bundesamt für Strahlenschutz, es habe „die potentiellen radiologischen Auswirkungen eines Flugzeugabsturzes“ umfassend geprüft, sogar gegen „den Widerstand der kernkraftwerkbetreibenden Stromversorger“ mehr Szenarien untersucht, als gesetzlich vorgeschrieben gewesen sei. Grundsätzlich seien in Folge des 11. September bei allen

Standort-Zwischenlagern gezielte Flugzeugabstürze als Gefahr einbezogen worden, heißt es seitens des Bundesamtes.

Dennoch sahen sowohl das Ober- als auch das Bundesverwaltungsgericht Fehler im Prüfverfahren und entzogen dem Zwischenlager in Brunsbüttel die Genehmigung. Seit 2015 ist das Lager per ministerieller Anordnung also nur noch „geduldet“. Die Castorbehälter stehen

„Aus Rücksicht auf schützenswerte taktische Entscheidungen treffen wir keinerlei Aussage dazu, für welche Technik sich die Landespolizei entschieden hat“

Sprecher des Innenministeriums Schleswig-Holstein

bloß deshalb noch dort, weil es keinen anderen Ort gibt, der sie aufnehmen könnte. Im Jahr 2014 kam heraus, dass mehrere Fässer rosten, aus ihnen tritt strahlende Flüssigkeit aus.

Alles gute Gründe für ein besonderes Schutzkonzept für den Himmel über Brunsbüttel. Aber auch Tage nach dem Bekanntwerden der Drohnenüberflüge ist die Informationslage dürftig. Das schleswig-holsteinische Innenministerium erklärte bloß,

die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder hätten schon vor Längerem vor Spionage und Sabotage gewarnt und man sei sehr wachsam. Und die Bundeswehr stellt der Polizei laut Verteidigungsministerium Radardaten zur Verfügung, um das Lagebild zu vervollständigen, heißt es.

Aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Februar zur Gefahr durch Drohnen in Schleswig-Holstein geht unter anderem hervor, dass die Landesregierung plant, die Landespolizei mit Geräten zur Drohnenabwehr auszustatten. Auf die Frage, ob die angeschafften Geräte Drohnen orten und verfolgen können und warum sie bisher offenbar nicht eingesetzt worden sind, antwortet ein Sprecher des Innenministeriums lediglich, dass es verschiedene Geräte zur Drohnenabwehr auf dem Markt gebe. „Ein wesentliches Element beim Einsatz der Mittel bei der Landespolizei ist es, dass wir aus Rücksicht auf schützenswerte taktische Entscheidungen keinerlei Aussage dazu treffen, für welche Technik und Wirkungsweise sich die Landespolizei entschieden hat“. Auf die Frage, wie die Abläufe im Falle von Drohnenansichtungen in Brunsbüttel sind, heißt es: Dazu sage man nichts, um die Maßnahmen nicht zu gefährden.

Am kommenden Mittwoch sind Drohnen Thema im Innen- und Rechtsausschuss. Da kommen die Drohnen über Brunsbüttel sicher auf den Tisch.

ber mehr Geld. „Mit 200 Euro plus 5,5 Prozent auf das Tabellenentgelt liegen die Pflegekräfte dann zum Teil oberhalb der Verdienste ihrer Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern“, teilten die Tarifgemeinschaft und die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di am Montag in einer gemeinsamen Erklärung mit. Pflegefachkräfte verdienen dann den Angaben zufolge in Vollzeit bis zu 4.393 Euro plus Zulagen und Zuschläge. „Die Vergütungen in der Pflege sind jetzt auf einem wettbewerbsfähigen Ni-

veau, das im Branchenvergleich sogar überdurchschnittlich ist“, sagte der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft, Gero Kettler. (epd)

Bremen gegen Problemimmobilien

Bremen will mit einer „gemeinsamen Verwaltungseinheit“ gegen sogenannte Problemimmobilien vorgehen. Innensenator Ulrich Mäurer und Bausenatorin Özlem Ünsal (beide SPD) haben eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Häuser in schlechtem Zustand wirkten sich nachteilig

auf das Umfeld aus. Sie könnten die Sicherheit und die Sauberkeit der Stadt gefährden und in benachteiligten Quartieren eine Abwärtsspirale auslösen. Dem werde jetzt ein Riegel vorgeschoben. Mit der Einheit werde es eine zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger geben. Problemimmobilien sollten gezielt identifiziert und überwacht werden, um Sicherheit und Ordnung zu fördern, teilten beide beteiligten Ressorts mit. Das sei auch so im Koalitionsvertrag verabredet. (epd)

abgerüstet

Schulsenatorin reduziert Prüfungen, um Turbo-Abi zu retten

Mit einem überraschenden Vorstoß meldet sich Hamburgs Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) aus den Ferien zurück: Die vor 20 Jahren eingeführten zentralen Abschlussprüfungen in den 10. Klassen am Gymnasium in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache fallen weg. „Wir möchten, dass die Klasse 10, in der es am Gymnasium eine besondere Verdichtung gibt, entzerrt wird“, sagte sie dem *Hamburger Abendblatt*.

Damit versucht die Senatorin, der Volksinitiative „G9 Hamburg – Mehr Zeit zum Lernen“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die aus Eltern bestehende Initiative möchte, dass Hamburgs Gymnasien vom achtjährigen Turbo-Abitur zum neunjährigen Gymnasium (G9) zurückkehren. Sie steht in den Startlöchern zum Volksbegehren, dem zweiten Schritt auf dem Weg zu einem Volksentscheid: Am 10. September beginnt die dreiwöchige Sammelphase für die nötigen 66.000 Unterschriften. Damit rückt das Thema, und das besorgt die Senatorin, in das letzte Halbjahr vor der Hamburg-Wahl, das „von parteipolitischer Profilierung geprägt“ sei.

Eine Rückkehr zu G9 an Hamburgs Gymnasien, so die Befürchtung, würde die Stadtteilschulen schwächen, die bereits das neunjährige Abitur anbieten, und zugleich Schulform für alle Kinder und Abschlüsse sind. Deswegen einigten sich 2019 SPD, Grüne, CDU und FDP im „Schulfrieden“ auf den Erhalt des achtjährigen Gymnasiums (G8).

Doch verstärkt durch die Ausnahme-situation in der Coronapandemie und durch inzwischen verdichtete Bildungspläne erhöhte sich bei Eltern eine Unzufriedenheit mit diesem Schulsystem, die zur Gründung der Volksinitiative führte. Dass es ein Problem gibt, räumt nun auch die Schulsenatorin ein. Die Erfahrungen während und nach der Pandemie wiesen darauf hin, „dass Hamburgs Schülern und Schüler stark belastet sind“, teilte ihre Behörde mit.

Die Initiative begrüßt die Bekeris-Ankündigung. Die Aussetzung der Prüfungen sei jedoch nur einer von vielen nötigen Schritten, um Hamburgs Gymnasien zu entlasten und „Chancengleichheit mit den anderen Bundes-

Abschlussprüfungen in den zehnten Klassen an Hamburger Gymnasium fallen weg – doch der Volksinitiative gegen das Turbo-Abi reicht das nicht

ländern“ herzustellen, die bereits zum G9 zurückgekehrt sind. „Die Schulsenatorin gibt mit diesem Schritt mittelbar zu, dass Dichte und Qualität der Stoffvermittlung im G8-System eben nicht übereinkommen können“, sagt Initiativen-Sprecherin Sammar Rath. Die Schüler litten zugleich unter zu großer Stoffverdichtung in der Mittelstufe, ergänzt ihre Mitstreiterin Iris Wenderholm. Und Gunnar Matschenus, ebenfalls Mitstreiter, sieht hier ein Eingeständnis, dass G8 die Jugendlichen unverantwortlichem Stress aussetzt.

Sprich: Bekeris Vorstoß hält die Initiative nicht vom Sammeln ab. Das hätte im Februar, als die Initiative gerade die für die erste Stufe nötigen 10.000 Unterschriften beisammen hatte und im Parlament ihr Anliegen vorzutragen, vielleicht noch anders ausgesehen. Üblich war einmal, dass die regierenden Parteien mit Volksinitiativen verhandelten, ob ein Kompromiss möglich ist. Doch das lehnten SPD, Grüne und die Senatorin hier kategorisch ab.

Bekeris sagt auch, die Prüfungen seien verzichtbar, weil Hamburg inzwischen ein so enges Netz an Lernstandserhebungen über mehrere Klassenstufen hinweg habe, dass man die Entwicklung jedes Schülers auch so beurteilen könne. Besagte Tests gibt es allerdings schon seit zwölf Jahren. Warum also reifte Bekeris Erkenntnis in der Schulbehörde nicht schon früher? Vermutlich, weil ihr Vorgänger Ties Rabe (SPD) sich zu gern als Hardliner profilierte, was Bekeris offenbar nicht ist.

Der Raum für Verhandlungen ist damit vielleicht wieder vorhanden. Besser wäre es für alle – will man die polarisierte Auseinandersetzung noch vermeiden.

Kaija Kutter

das wird

„Mit ihrer Pfahlwurzel kann die Grasnelke Trockenheit gut ab“

Der Grasnelke als der „Blume des Jahres“ widmet sich eine Tagung

Interview **Luisa Gohlke**

taz: Nach welchen Kriterien wird eine Blume die Blume des Jahres?

André Palm: Ein wichtiger Faktor ist die Schönheit, weil die Blume des Jahres die Fahnenträgerin für unsere Umweltkampagne ist, die ein Jahr läuft. Seltenheit und Gefährdungsgrad und die letzten Vorkommen spielen auch eine wichtige Rolle. Anhand der Blume wird Umweltschutz betrieben, für die Blume selbst und den Lebensraum, in dem sie vorkommt.

taz: Sind andere Pflanzen zu hässlich, sodass Sie „nur“ eine Blume des Jahres statt einer Pflanze des Jahres küren?

Palm: Nein, aber einige Pflanzen sind für die breite Masse vielleicht etwas unspektakulär. Pflanzen haben allgemein das Problem, dass sie sich nicht bewegen können, nicht flauschig sind und keine Knopfaugen haben. Die Blume des Jahres soll daher ästhetisch ansprechend sein. Meistens wählen wir dafür eine spannende krautige, blühende Pflanze. „Blume“ gibt es als botanischen Begriff so nicht.

taz: Eine Besonderheit sind die Lebensräume verschiedener Grasnelken. Wie funktioniert deren Anpassung an nährstoffarme, salzige und sogar mit Schwermetallen belastete Böden?

Palm: Nährstoffarmut ist förderlich für die Artenvielfalt. Wenn zu viele Nährstoffe verfügbar sind, wachsen gewisse Pflanzen zu schnell. Dann ersticken sie die anderen Pflanzen, zum Beispiel die Grasnelke, denn die wächst sehr langsam. Mit wenigen Nährstoffen im Boden wachsen alle ein bisschen gemütlicher – oder die besonders hungrigen Pflanzen siedeln sich woanders an. Auf Salzwiesen an der Küste kann die Grasnelke auch wachsen. Das über das Wasser aufgenommene Salz schwitzt sie wieder aus. Mit ihrer tiefen Pfahlwurzel kann die Grasnelke sogar Trockenheit gut ab. Bleiwurzwachse können Schwermetalle aus dem Boden filtern und in ihren Zellen ablagern. Dadurch wird ihr Stoffwechsel nicht beeinträchtigt.

taz: Die Gewöhnliche Grasnelke steht auf der Vorwarnliste der Roten Liste. Was müsste sich ändern, damit der Bestand nicht weiter zurückgeht?

Palm: Vor allem müssten die Salzwiesen geschützt werden. Salzwiesen sind nicht so artenreich, aber eine ganze Menge Vogelvieh und andere Tiere leben von und auf ihnen.

taz: Und die Mager- und Trockenrasen?

Palm: Die dürften nur extensiv genutzt werden. Das größte Problem ist da der Nährstoffeintrag durch die Landwirtschaft. Wenn man regelmäßig und zum richtigen Zeitpunkt mäht und das Schnittgut von der Fläche trägt, werden Nährstoffe entfernt. Durch Mahd wird dann der Konkurrenzvorteil einiger Pflanzen zurückgesetzt.

taz: Kann die Grasnelke auf einem Hausdach die gleichen ökologischen Funktionen erfüllen wie im natürlichen Habitat?

Palm: Die Grasnelke blüht von Mai bis teilweise in den Oktober hinein. Sie versorgt also die Insekten mit Pollen und Nektar. Die Insekten sind wiederum Snacks für die Vögel. Ob die Insekten 20 Meter hoch auf ein Dach fliegen oder nicht, ist denen egal. Wahrscheinlich wären sie froh, dass überhaupt was zu essen da ist, weil die Stadt ja sonst ein komplett versiegeltes Totraum ist.

taz: Was bräuchte es, damit Pflanzen keine Blume des Jahres mehr werden müssen, um Aufmerksamkeit zu bekommen?

Palm: Ich wäre dann auf jeden Fall arbeitslos... Der Mensch macht das, was er am besten kann: Mensch sein. Solange er Lebensräume schädigt, wird es immer Pflanzen geben, die bedroht sind. Solange werden wir weiterhin Umweltschutz machen.

Fachtagung

zur Blume des Jahres, „Auf dem Dach, da ist was los!“, 29. 8., 9.30 Uhr, DESY Hamburg, veranstaltet von der Loki-Schmidt-Stiftung



André Palm Jahrgang 1988, Biologe, leitet für die Loki-Schmidt-Stiftung das Projekt „Blume des Jahres“.

der harte-arbeit-glamour

Hart arbeiten Influencer*innen wie Deniselangemak aus Glinde. So hat die 23-jährige smartphonevideografiert, wie ihr von einem Fachmann in Hamburg Botox in den Kopf gespritzt wird, und diese Aufnahmen mit ihren 956.600 TikTok-Follows geteilt. So würde sie auch für andere Waren oder Dienstleistungen werben bei Zahlung von 850 \$ pro Clip.

Die Ungeduld der Guten

Mit Bernhard Schlinks Drama „20. Juli“ fragen die Kammerspiele Hamburg nach der Legitimität von Gewalt im Kampf gegen Rechts. Brachial sind die dramatischen Mittel

Von **Jens Fischer**

Es ist Bernhard Schlinks erstes Theaterstück. Und wirkungsvoll hat er die Zutaten der dramatischen Gemengelage von „20. Juli“ komponiert: Es spielt auf einer Abiturfeier. Im Geschichtsunterricht war lang und breit der Nationalsozialismus verhandelt worden. Die Schüler:innen hatten dabei die Widerstandskämpfer:innen als Losser entdeckt, die den Holocaust nicht verhindert hatten. Gleichzeitig hatte der Lehrer Zivilcourage gepredigt und Moral.

Und dann hat irgendjemand die Abifeier ausgerechnet auf den 20. Juli gelegt, an dem Adolf Hitler vor 80 Jahren mit einem Bombenanschlag hätte getötet werden sollen. Zudem erreicht gerade eine rechtspopulistische Partei, die Deutsche Aktion (DA), bei Wahlen über 30 Prozent der Stimmen – Tendenz stetig steigend.

Wenn man an die bevorstehenden Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen denkt, ist die Ausgangssituation des Stücks hochaktuell. Dessen Premiere an den Hamburger Kammerspielen war am Samstag als „Uraufführung“ angekündigt, auch wenn die vor vier Monaten im Heidelberger Karlstorbahnhof stattfand.

In Hamburg inszeniert Franz-Joseph Dieken. Er findet gleich zu Beginn ein kraftvolles Bild. Jede Figur springt in ihrer ganz eigenen Empörung an die Rampe: mit aggressiv verzerrter Mimik, zuckenden Fäusten, Kung-Fu-Tritten oder panisch aufgerissenen Augen. Das siebenköpfige Ensemble kommt von der Schule für Schauspiel Hamburg und entwickelt einen enormen Drive. Der verdeutlicht die Dringlichkeit des Anliegens, zeigt aber auch, dass noch keine Vollprofis auf der Bühne stehen. Schlink macht es ihnen aber auch nicht leicht. Er hat die Rollen nicht zu vitalen Bühnenfiguren entwickelt. Dem emeritierten Juraprofessor geht es als Dramatiker um die Zuspitzung des Diskurses. Wäre es notwendig und gerechtfertigt, auf den Rechtsruck mit Gewalt gegen deren Propagandisten vorzugehen, um Schlimmeres zu verhindern?

„Wer zu spät schießt, den bestraft das Leben“, heißt es im Stück. Muss also beispielsweise

ein mit Nazi-Parolen um sich werfender AfDler wie Björn Höcke mit einer Pistole mundtot gemacht werden? Auf der Bühne ist ein sprachmächtiger smarter Vertreter der jungen gebildeten Rechten Objekt des Hasses. Rudolf Peters wird die zynische AfD-Jargon-Schleuder genannt. Constantin Moll

Der Lehrer ist von Schlink als inkompetenter Großschwätzer angelegt

spielt ihn mit gefährlicher Souveränität und darf in knuddeliger Harmlosigkeit auch noch einen Alt-68er darstellen. Eine äußerst fragwürdige Doppelbesetzung, da sie doch eine Gleichsetzung von rechtem Auf- und linkem Ruhestand nahelegt.

Die Bühne ist ein Kampfzonenquadrat, von Traversen und Bänken begrenzt. Der rasant vorgetragene, prononciert formulierte Argumente- und Meinungs-Ping-Pong wird ab und an durch Musikzuspielun-

gen übertönt und immer wieder eingeebelt. Aber die Eskalationsdynamik funktioniert. Ausgangspunkt ist die These, die Attentate auf Hitler wären zu spät erfolgt. Er hätte bereits deutlich vor 1933 vom Rednerpult geschossen werden müssen. Dieser Fehler soll sich nicht wiederholen, finden die Jugendlichen.

Sofort kommt Gegenwind vom Lehrer: Straf- und das Völkerrecht erlaubten keinen präventiven Mord. Nur gewinnt diese Position wenig Gewicht. Der Lehrer ist von Schlink als handlungsinkompetenter Großschwätzer angelegt. Vollends unsympathisch macht ihn, dass er das Klischee bedient, eine der Abiturientinnen geschwängert zu haben. Insgesamt bleiben die theatralen Mittel etwas plump. So muss extra ein Hund totgefahren werden, damit eine Figur zeigen kann, wie nah am Wasser ihr Gemüt gebaut ist.

So divers wie ihre Studiumswahl – Journalismus, Ingenieurwesen, Medizin, Geschichte, Jura – diskutieren die jungen Hitzköpfe mit postpubertärem Übermut. Sie distanzieren sich, koalieren wieder und beginnen das Attentat zu planen. Sie wandeln dabei auf dem schmalen

Grat zwischen gerechtem Zorn, weil dem Rechtsstaat zunehmend weniger vertraut wird, und aktivem Terrorismus, der nach eigenen Gesetzen neue Fakten schaffen will. Die historisch oberflächliche Parallelisierung der politischen Entwicklungen in Weimarer Republik und heutigem Deutschland wird aber nur andeutungsweise kritisiert.

Als die Weltretter-Euphorie der Jugendlichen schwächelt, zünden Rechte ein Geflüchteten-Wohnheim an. So stehen alle plötzlich provoziert und provozierend wieder an der Rampe – und singen „Smells like teen spirit“ von Nirvana.

Das verkleinert das Thema zum Ausdruck einer perspektivlos von Zukunftssorgen erregten Jugend. Ein kluger Einwand der Regie für diese leidenschaftlich dargebotene Premiere des textlich sehr grob gestrickten, arg pädagogischen, dabei aber in der Haltung eben doch unentschiedenen Stücks.

Theater „20. Juli“: Nächste Aufführungen am 29. 9., 18 Uhr und 30. 9., 19.30 Uhr, Kammerspiele, Hartungstr. 9–11, Hamburg



Das Ensemble entwickelt einen enormen Drive Foto: Olaf Weiss/KammerspieleHH

kritisch gesehen: ein neues buch der bremer autorin heidemarie voigt

Krieg ist ganz was schlimmes

Oh man, schon dieser Titel: „Krieg?“ heißt Heidemarie Voigts Buch, mit einem ersten Fragezeichen. Und: „Oder Heimkehr in die innere Heimat?“, mit noch einem. Das klingt nicht nur sprachlich holprig. Es wirkt auch, als wisse die Autorin nicht, was sie sagen will, außer, dass es viel ist. Und in ein Buch gehört. Das stellt sie am Dienstag mit einer Lesung in Bremen vor.

So unterstreicht sie noch die von der Neuerscheinung aufgeworfene Frage, ob die radikal liberale Programmpolitik des Kellner Verlags zu loben ist: Die scheint nämlich noch jedes von anderen wegen Qualitätsmängeln abgelehnte Typoskript gebunden und gedruckt in die Realität treten zu lassen, sofern es mit dem Verlagsort Bremen zu tun hat. Hätten Editions Häuser nicht die Aufgabe, auch mal Nein zu sagen? Aber warum? Und mit welcher Begründung?

Erwachsene Autor*innen wie die 1942 in Dresden geborene Voigt vor sich selbst zu schützen zu wollen, wäre ja Entmündigung pur. Und für literarische und selbst für

denkerische Qualität gibt's nun mal keine objektiven Maßstäbe: Auch, wo munter an der Bedeutung des lexikalischen Materials vorbeiformuliert wird, muss nicht immer ein Fehler vorliegen. So heißt es bei Voigt: „Wissenschaft hat den Anspruch, objektiv zu sein, und hat dafür die Beweislast zu erbringen.“ Klar, das klingt nach Quatsch. Denn erbringen lassen sich Beweise, und gefordert werden sie von denen, die eine Beweislast schultern. Aber eine Beweislast zu erbringen, noch dazu für einen Anspruch, na, auf die Idee ist noch niemand gekommen. Insofern ist der Satz originell. Es könnte sich um eine nonsenspoetische Intervention in die eigene Prosa handeln, die deren Floskelhaftigkeit aufdeckt und zerstört. Eine raffinierte, ja meisterhafte Textstrategie also. Die würde erklären, warum sich solche Lapsus und schiefen Konstruktionen massenhaft in dem, in vier große und etliche Mini-Abschnitte unterteilten, mit Zeichnungen garnierten Sammelsurium-Buch finden.

Doch dafür müsste auch die platte Botenschaft des Opus ironisch gelesen werden,

dass Krieg nun mal etwas Schlimmes ist. Und das geht nicht: Die ungelungenen Verse und die betroffenenheischenden Shortstories sind ernst gemeint, auch wenn sich die besseren von ihnen lesen wie Vorübungen auf dem leider nicht zu Ende beschrittenen Weg zu einer gelungenen „Gruppe 47“-Parodie.

Zwischendurch soll offenkundig über Sprache nachgedacht werden. Doch über ein bloßes Raunen kommt Voigt dabei nie hinaus. Nur ab und an erhellen wie Gedankenblitze Textauszüge und Spruchweisheiten von Alexander Kluge, Christa Wolf, Alice Miller und wem auch immer den Gedanken nebel. Sie sind, oft auch mit vernünftigen Quellennachweis, klar die besten Momente des Werks. Benno Schirrmeyer

Buch Heidemarie Voigt, „Krieg? Oder Heimkehr in die innere Heimat?“, Bremen Kellner-Verlag, 160 S., 20 Euro

Lesung Di, 27. 8., 19.30 Uhr, Gemeindezentrum Zion, Bremen